Brüderle Opfer der »Bilderberger«? S.5 und 8

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,50 Euro

Nr. 6 – 9. Februar 2013

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Verschlafenes Zypern: Laut EZB-Chef Mario Draghi ist der kleine Inselstaat aber systemrelevant

Bild: mauritius

Zynisch, zynischer, Zypern

Deutsche Steuerzahler sollen offenbar Mafia-Bosse und Geldwäscher retten

Zwar soll Zypern Geld aus dem Euro-Rettungsfonds nur unter strengen Auflagen erhalten, doch deren Umsetzung ist mehr als ungewiss.

Der Präsident des EU-Parlaments, Martin Schulz, bringt die wachsende Nervosität der Politik auf den Punkt: „Die EU ist tödlich bedroht“, so der Sozialdemokrat. Wenn sich „die Menschen von einem Projekt, von einer Idee abwenden, dann geht das irgendwann seinem Ende entgegen“, das lehre die Erfahrung. Die EU müsse daher umgebaut werden, um verlorene Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen.

In den kommenden Wochen können die verunsicherten Berliner Politiker ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis stellen, bei der Abstimmung über Milliardenhilfen für Zyperns Banken (siehe Seite 7). Das Problem: Die von der EZB und der EU angestrebte Hilfe auf Kosten der Steuerzahler ist mit keiner der erprobten Ausreden mehr zu rechtfertigen. Selbst dem Gutgläubigsten springt ins Auge: Hier geht es nicht um „Solidarität mit den Menschen“ eines Euro-Landes. Bei Zypern handelt es sich um die Schatzinsel von Mafia-Geldwäschern und milliardenschweren Steuerhinterziehern, deren Beute zu Lasten der hart arbeitenden und sparenden Bürger aus dem Feuer riskanter Spekulationen geholt werden soll.

> »Der größte Raubzug der Geschichte«

Winken die Parlamentarier das durch, dann lassen sie in den Augen der skeptischen Öffentlichkeit die Maske fallen. In ihrem Buch „Der größte Raubzug der Geschichte“ bezeichnen die Autoren Marc Friedrich und Matthias Weik die „Rettungspolitik“ als gigantischen Betrug, bei dem die Masse der Bürger zugunsten sehr weniger, unfassbar reicher Finanzmagnaten bestohlen werde. Und die Politik? Die stehe Schmiere bei dem Raub, als Komplize.

Hilfe für Zyperns Banken erschiene wie die Bestätigung dieser massiven Anklage. Der Politik droht ein propagandistisches Desaster. Im Wissen um diese Gefahr versuchen Schulz’ Berliner Parteifreunde, sich mit dem Aufstellen vermeintlich hoher „Hürden“ für die Zypern-Hilfe aus der Affäre zu stehlen. Die SPD, so Peer Steinbrück, stimme beispielsweise nur zu, wenn den Zyprioten aufgetragen werde, die Geldwäsche zu unterbinden und ihre Steuern zu erhöhen. Ähnlicher Manöver dürfte sich auch die Bundesregierung bedienen, um den Deutschen den Eindruck zu vermitteln, dass ihre Interessen in guten Händen seien.

Doch bleibt fraglich, ob es diesmal wieder gelingt, die Wähler auf diese Weise zu beruhigen. Zu oft haben sie gehört, dass deutsche Hilfen und Garantien nur unter „strengen Auflagen“ gewährt würden. Zu oft haben sie dann erleben müssen, wie schnell diese Auflagen übergangen wurden, sobald das deutsche Geld auf dem Tisch lag. Und noch nie war ein Hilfsgesuch von solcher Dreistigkeit gezeichnet wie das aus Zypern. Hier kann es daher nur ein kategorisches Nein geben, wenn nicht der letzte Rest Glaubwürdigkeit zerstört werden soll. Sonst könnte die finstere Vision von Martin Schulz Realität werden. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Alles Nazis?

In immer mehr Städten gibt es Initiativen zur Umbenennung von Straßen, die nach Paul von Hindenburg benannt sind, weil dieser angeblich Hitler ins Amt gehievt habe. Das ist historisch zwar nicht korrekt, was aber anscheinend niemanden stört. Bei dieser Gelegenheit sollen auch gleich andere Straßennamen auf den Prüfstand kommen, die auf hohe Offiziere zurückgehen. Und damit die Forderung eindringlicher wirkt, ist von „Nazi-Generälen“ die Rede. Einer von denen, um die es geht, ist Generaloberst Hans von Seeckt, ab 1920 Chef der Heeresleitung der Reichswehr. Nun ging Seeckt allerdings schon 1926 in den Ruhestand, zu einem Zeitpunkt also, als Hitler noch weit vom Reichskanzleramt entfernt war und krakeelend durch Deutschlands Bierstuben tingelte. Von 1930 bis 1932 saß Seeckt für die von Gustav Stresemann mitgegründete nationalliberale Deutsche Volkspartei im Reichstag. Außerdem gehörte er einem Kulturzirkel an, aus dem später der sogenannte Solf-Kreis, eine Widerstandsgruppe gegen den Nationalsozialismus, hervorging. Seeckt starb 1936. Ein Nazi?

Das ZDF dichtet einem bereits braunes Gedankengut an, wenn man folgendes Zitat verwendet: „Der Gott, der Eisen wachsen ließ, der wollte keine Knechte.“ Die Begründung lautet, diese Zeile sei bei den Nazis populär gewesen. Offensichtlich wissen die geschichtlich unbewanderten öffentlich-rechtlichen Volksaufklärer nicht, von wem der Text stammt. Damit beginnt das „Vaterlandslied“ von Ernst-Moritz Arndt, geschrieben 1812 im Zuge der Erhebung der europäischen Völker gegen die napoleonische Fremdherrschaft. Aber Arndt gilt den Gesinnungswächtern ja auch schon lange als geistiger Wegbereiter Hitlers. Gegen Dummheit ist eben kein Kraut gewachsen.

Von Ragnit nach Lubmin

Russen wollen ostpreußischen Strom in die Bundesrepublik liefern

Bereits weit vorangeschrittenen sind Planungen für eine Stromtrasse in der Ostsee, um das Königsberger Gebiet an das deutsche Stromnetz anzubinden. Das ist das Ergebnis mehrerer parlamentarischer Anfragen der Linkspartei und der Grünen zu Plänen, russischen Atomstrom in das deutsche Energienetz einzuspeisen. Konkret geplant ist ein russisches Projekt zur Verbindung des Atomkraftwerks „Baltijskaja“, das sich derzeit unweit der Stadt Ragnit im Bau befindet, mit Lubmin in Mecklenburg-Vorpommern. Herzstück der Stromleitung soll ein 560 Kilometer langes Unterseekabel sein, das bereits im Jahr 2018 in Betrieb genommen werden soll. Möglich werden könnte die schnelle Realisierung der Stromtrasse durch einen Trick: Wenn die Verlegung des Unterseestromkabels im Korridor der bereits existierenden Nord-Stream-Erdgasleitung erfolgt, sind keine neuen Räumungsarbeiten und auch kein neues Raumordnungsverfahren erforderlich.

Ärger droht von Umweltschützern

Massiver Ärger droht indessen von Umweltschutzgruppen, sollte mit dem Stromtrassenbau durch die Ostsee tatsächlich Atomstrom des russischen Energieexporteurs Inter RAO UES eingespeist werden. Schon ein Gas- und Dampfturbinenkraftwerk, das die Landesregierung gern in Lubmin errichtet haben will, trifft auf massive Kritik von Umweltschützern. Sie werfen dem Projekt vor, es solle mit russischem Erdgas aus der Nord-Stream-Pipeline, also fossilem Brennstoff, betrieben werden. Dass sei jedoch nicht „nachhaltig und zukunftstauglich“, so die Kritik. Tatsächlich sind die hocheffektiven Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerke wegen ihrer Flexibilität und kurzen Anlaufzeiten allerdings die optimale Ergänzung zu den stark schwankenden Einspeisungen aus der regenerativen Energieerzeugung. *Norman Hanert*

(siehe Seite 5)

Pimco erwartet »Supernova«

Bill Gross: Finanzmärkte werden explodieren wie sterbender Stern

Bill Gross, Direktor des größten Vermögensverwalters der Welt, Pimco, erwartet, dass die Weltfinanzmärkte gleich einer „Supernova“ explodieren und verglühen werden. Dies melden die „Deutschen Wirtschafts-Nachrichten“. Pimco mit Sitz in Kalifornien ist eine 97-prozentige Tochter des Münchener Allianz-Konzerns.

Eine „Supernova“ tritt ein, wenn ein Stern, ungleich größer als die Sonne, sein Leben aushaucht. Dann nimmt die Leuchtkraft noch einmal um das millionen- bis milliardenfache zu, der Stern bläht sich gewaltig auf und fällt schließlich in sich zusammen. Als Anlass für seine Befürchtung nimmt Gross, dass das viele frische Geld, das die Notenbanken derzeit wie noch nie in die Märkte pumpen, immer weniger reales wirtschaftliches Wachstum auslöse. Stattdessen würde neu geschaffenes Geld nur noch zur Bedienung alter Schulden verwendet. Dies sei ein Zeichen dafür, dass ein Schneeballsystem an sein Ende gerate.

Das Ende eines Schneeballsystems

Hinweise auf das finale Aufglühen einer Finanzblase sind an den Börsen zu beobachten: Dort stiegen im Januar die Kurse immer höher, obwohl die Realwirtschaft dahindümpelte, ja, viele Länder tief in einer zähen Rezession stecken und stecken. Das passt zu Gross' Bild von der Supernova.

Der Pimco-Chef empfiehlt Anlegern, nicht zu sehr auf Rendite zu achten, sondern vor allem Aktien von Firmen mit soliden Einnahmen zu bevorzugen. Darüber hinaus rät er zu Sachwerten wie Gold oder Rohstoffen. Allerdings sollten sich Anleger bewusst sein, dass Staaten im Falle des finanziellen Kollapses dazu neigten, alles in Beschlag zu nehmen, „was ihnen dienen könnte“. Laut dem Pimco-Chef läuft den Menschen die Zeit davon, er erwartet den Knall also eher bald. *H.H.*

MELDUNGEN

England wird langam polnisch

London – „Polish Specialities – Polskie Delikatesy“: Mit zweisprachigen Ladenschildern illustrieren britische Blätter derzeit gern die Ergebnisse der Volkszählung 2011 in England und Wales. Danach sprechen die 56,1 Millionen Einwohner über 100 Sprachen, wobei Polnisch mit 546 000 Sprechern in England zweithäufigste Sprache ist, nur von 562 000 Gälisch sprechenden Einwohnern in Wales überboten. Details nennt das „Office of National Statistics“, wonach Polnisch die Sprachen einstiger Kolonialvölker überflügelt, Chinesisch mit 67 Dialekten präsent ist und dass im Londoner Stadtteil Hillingdon 107 Sprachen zu hören sind. Urheber dessen war 2004 Premier Tony Blair, der den Arbeitsmarkt für Polen öffnete, so dass 2009 bereits über eine Million im Land waren. *W.O.*

Chinesen wollen Christen werden

Peking – Der zum Christentum übergetretene chinesische Wissenschaftler Zhao Xiao schätzt, dass bis 2030 rund 1,3 Milliarden, also 30 Prozent, seiner Landsleute den christlichen Glauben annehmen werden. Offiziell gibt es nur etwa 19 Millionen Christen in der Volksrepublik. Schätzungen christlicher Organisationen rechnen aber mit bis zu 80 Millionen, Tendenz steigend. Staatlich anerkannte Religionen sind Katholizismus, Protestantismus, Buddhismus, Islam und Daoismus. Allerdings gilt für alle das strikte Gesetz, dass keine Kirche aus dem Ausland gesteuert sein darf. Als Grund für das Wachsen christlicher Gemeinden gilt die im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs einsetzende Auflösung alter Strukturen, die von den Dogmen der kommunistischen Partei nicht aufgefangen werden. Die Menschen, so der Ökonom und Wissenschaftler Xiao, suchten nach einem Halt. Und den gäbe ihnen der Glauben an die Verkündungen der Bibel. *J.F.*

Mit der Waffe des Schwächeren

China testet Raketen und riskiert Wettrüsten mit den USA – Angst in der Region wächst

Für westliche Luftbildauswerter war der riesige Betonquader im chinesischen Teil der Wüste Gobi zunächst ein Rätsel. Erst als Einschlagspuren von Raketentreffern sichtbar wurden, war klar, was die chinesische Volksbefreiungsarmee in der Steppenwüste übt – den Angriff auf Flugzeugträger.



Militärparade in Peking: Trotz hoher Rüstungsausgaben ist China technisch noch lange nicht auf US-Niveau Bild: pa

Meldungen wie diese müssen in US-Medien immer öfter dafür herhalten, dass China als militärische Bedrohung für die USA dargestellt wird. Noch sieht die Realität allerdings anders aus. Die Volksbefreiungsarmee war über Jahrzehnte vor allem darauf ausgerichtet, mit Menschenmassen einen Landkrieg zu führen. Die einstige Zielvorgabe ist bis heute an zahlreichen Details absehbar. Was von der eindrucksvollen Luftflotte von rund 1500 rotchinesischen Kampfflugzeugen im Ernstfall zu halten ist, wurde beispielsweise von Wayne Ulman, einem Analysten des National Air and Space Intelligence Center vorgerechnet. Kommt es im Ernstfall zu einem Luftkampf über Taiwan, dann werden sich nur rund 50 bis 60 rotchinesische Kampfflugzeuge für wenige Minuten einschalten können. Der Grund: Die Volksbefreiungsarmee verfügt kaum über nennenswerte Luftbetankungskapazitäten. Während die USA rund 500 Tankflugzeuge im Arsenal haben, mussten sich die rotchinesischen Luftstreitkräfte bisher mit 16 leistungsschwachen Tankern begnügen. Derartige Mängel ziehen sich bis heute quer durch das chinesische Rüstungsarsenal, von fehlenden Marineversorgern bis zur anhaltenden Unfähigkeit, ein leistungsfähiges Flugzeugtriebwerk auf gleichbleibendem Qualitätsniveau zu bauen. Die Antwort Pekings auf die technische Unterlegenheit ist zweigeteilt. Langfristig sollen die Streitkräfte zu einer modernen Armee aufgerüstet werden. Bis dahin versucht man, die Unterlegenheit mit Raketen auszugleichen. Im Arsenal sind inzwischen rund 2000 nicht-nukleare ballistische Raketen. Sollte es etwa zu einem Angriff auf Taiwan kommen, wird mit einem Schlag von bis zu 1000 ballistischen Raketen und Marschflugkörpern zunächst gegen Taiwan und US-Marinebasen gerechnet. Das Ziel wäre, die gegnerische Luftabwehr so weit zu schwächen, dass mit den begrenzten Möglichkeiten der rotchinesischen Luftwaffe eine Chance besteht.

Mängel ziehen sich quer durch Chinas Rüstungsarsenal

Angesichts der maritimen Unterlegenheit Chinas wären auch gegen die US-Flotte Raketen das Mittel der Wahl. Neben schierer Masse an Flugkörpern zur Überlastung der US-Abwehrsysteme setzt China hierbei auch auf hochwertige Entwicklungen. Von Russland ist China mit der modernsten Variante von Anti-Schiffs-Raketen, der SS-N-27 „Klub“ – in der Nato-Terminologie „Zissler“ genannt –, ausgerüstet worden. Die Rakete ist ein sogenannter Sea Skimmer, eine Anti-Schiffs-Rakete, die nur wenige Meter über der Meeresoberfläche fliegt und daher kaum zu orten ist. Als ebenso gefährlich gilt eine chinesische Eigenentwicklung: die ballistische Rakete Dongfeng DF-21D. Sie stößt auf ihr Ziel aus dem All herab – ebenso wie die „Zissler“ erfolgt der Angriff in der Schlussphase mit mehrfacher Schallgeschwindigkeit. Vor allem die Dongfeng gilt als ernstzunehmende Bedrohung für Flugzeugträger. Zumindest gilt dies momentan. Am Ende könnte sich die chinesische Raketenrüstung nämlich als kostspieliger Holzweg herausstellen. Sowohl in Frankreich als auch in den USA wird intensiv an der Raketenabwehr per Laser geforscht. Als Fehlschlag könnte sich langfristig allerdings auch die gesamte Militärstrategie Chinas erweisen. Peking zielt mittel- bis langfristig auf zweierlei: Dominanz in den sogenannten „nahen Meeren“, dem Gelben Meer, dem Ostchinesischen Meer und dem Südchinesischen Meer. Angestrebt ist sogar die Fähigkeit, im Notfall fremden Flotten den Zugang zu verwehren, um Gebietsfragen ungestört militärisch lösen zu können. Abgesichert werden soll dies durch eine garantierte nukleare Zweiteinsatzfähigkeit Chinas gegen die USA. Hält China an beiden Zielen fest, ist ein Rüstungswettlauf zu erwarten wie in der Endphase des Kalten Krieges.

Ehemalige Kriegsgegner tun sich zusammen

Wer in der Neuauflage des Wettrüstens den längeren finanziellen Atem hat, ist noch nicht ausgemacht. Schon jetzt absehbar ist allerdings ein Nebeneffekt, den Peking vermutlich nie beabsichtigte. In der Region wächst die Angst vor China, die USA werden immer öfter als Verbündete wahrgenommen. Die Entwicklung zeigt erstaunliche Resultate: Die ehemaligen Kriegsgegner Vietnam und USA beginnen, immer stärker zu kooperieren, und Japan erhält ausgerechnet von einem einstigen Weltkriegsgegner, den Philippinen, die Empfehlung aufzurüsten. *Norman Hanert*

Die Schulden-Uhr: Mehr als die Kanzlerin?

Genau 4365 Beamte der Europäischen Union verdienen netto mehr als die deutsche Bundeskanzlerin. Auf diese Meldung der „Bild“-Zeitung reagierte die EU-Kommission zum ersten, indem sie die Bezüge der Kanzlerin auf 25 000 Euro hoch zu rechnen versuchte und beteuerte, dass kein EU-Beamter so viel verdiene. Zum zweiten führte sie zur Verteidigung an, dass sie bereits seit Längerem Gehaltskürzungen zwischen 20 und 45 Prozent bei bestimmten Gehaltsgruppen vorgeschlagen habe. Schließlich wurde zum Vergleich auf die Privilegierung deutscher Beamter (im Auslandsdienst) verwiesen, wegen der die EU für ihren Apparat nicht genügend Bewerber aus Deutschland finde. *M.R.*

2.066.650.081.744 €

Vorwoche: 2.066.135.808.987 €
Verschuldung pro Kopf: 25.203 €
Vorwoche: 25.197 €

(Dienstag, 5. Februar 2013, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Schnellschuss nach Gutsherrenart«

Hamburger Senat will Massenunterkunft für Asylbewerber in Wohnquartier – Bürger setzen sich zur Wehr

Die Bundesregierung hat ihren neuesten Migrationsbericht vorgelegt. Danach gewinnt Deutschland bei Zuwanderern weiter an Attraktivität. Deutschland sei im europäischen Vergleich „ein Hauptzielland von Migration“ und zu einem Einwanderungsland geworden, so Maria Böhmer, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Das ist auch kaum verwunderlich, denn die wirtschaftlichen Vorteile und vor allem das großzügige deutsche Sozialsystem mit den unlängst angehobenen Leistungen für Asylbewerber laden geradezu zur Zuwanderung ein. Dem Bericht zufolge wurden im Jahre 2011 fast eine Million „Migranten“ registriert. Im Vergleich zum Vorjahr ist das ein Anstieg um 20 Prozent. Gleichzeitig stieg die Zahl der Asylbewerber um 41 Prozent an. Die Gewerkschaft der Polizei beunruhigt eine weitere in dem Bericht genannte Zahl, nämlich die der illegal eingereisten Personen. Diese ist im gleichen Zeitraum auf gut 21 000 gestiegen. Fachleute gehen davon aus, dass die Dunkelziffer hier noch zehnmal höher liegt als die registrierte Zahl.

Für Bundespräsident Joachim Gauck ist die Zuwanderung von Millionen bekanntlich eine „Bereicherung“ für unsere Gesellschaft. Im Gegensatz zu seinen Landeskindern, deren Wohl und Nutzen er gemäß seinem Amtseid verpflichtet ist, muss er ja auch nicht befürchten, dass in seiner Nachbarschaft eine „Gemeinschaftsunterkunft für Zuwanderer“ eingerichtet wird, deren Bewohner auf dem gepflegten Rasen des Schlosses Bellevue herumlungern. Welcher Art diese „Bereicherung“ tatsächlich ist, sollen jetzt die Bürger von Hamburg-Farmsen erfahren. Die Hamburger Sozialbehörde beabsichtigt, mitten im grünen, gutbürgerlichen Wohnstadtteil eine Unterkunft für 318 Asylbewerber zu schaffen. Als Standort sind drei leer stehende Gebäude des Alten- und Pflegeheims Farmsen vorgesehen. In dieser Einrichtung werden 220 alte und hilfebedürftige Menschen betreut. Außerdem gibt es auf dem Gelände eine Kindertagesstätte mit 140 Plätzen, die unter dem Motto „Alt und Jung gemeinsam“ mit dem Heim kooperiert. Das Heim gilt als gut in seine Umgebung integriert und ist mit seiner parkartigen Gartenanlage seit Jahrzehnten ein beliebter Treffpunkt im Stadtteil.

Mitten in diesem sozial intakten Quartier will die Stadt nun – angeblich befristet bis März 2016 – eine „zentrale Einrichtung für die Aufnahme Asylsuchender“ betreiben. Begründet wird dies damit, dass es in der Hansestadt durch den starken Zustrom von Flüchtlingen – seit Juli 2012 hat sich die Zahl der Asylsuchenden im Vergleich zum Vorjahr um rund 50 Prozent erhöht – zu einem Engpass bei der Unterbringung komme. Dieser Herausforderung müsse sich Hamburg stellen und kurzfristig zusätzliche Unterkünfte schaffen, so Jan Pörksen (SPD), Staatsrat der Sozialbehörde in einem der *PAZ* vorliegenden Schreiben an das zuständige Bezirksparlament Wandsbek. Dabei habe die Notwendigkeit, „schnell umsetzbare Lösungen zu finden“, Vorrang vor anderen Aspekten wie beispielsweise der Sozialverträglichkeit. Die Gebäude in Farmsen hält seine Behörde – nach Renovierung und Umbau versteht sich – „zur Nutzung für öffentlich-rechtliche Unterbringung“ für geeignet.

Fatale Entwicklung, faule Begründungen und falsche Zahlen

Bei den Anwohnern sorgt das für Empörung. Einige haben bereits in Eigeninitiative Flugblätter verteilt, in denen sie gegen die hohe Zahl der geplanten Unterbringungsplätze protestieren. Hier setzt auch die Kritik des Vorsitzenden des Bürgervereins Farmsen-Berne an: „Es stellt sich die Frage, ob die Unterbringung von Menschen unterschiedlicher Nationalität in einem Quartier dieser Größenordnung nicht Probleme schafft.“ Er hält Massenunterkünfte für „die denkbar schlechteste Lösung“ und plädiert für eine Verteilung auf kleinere Wohneinheiten an verschiedenen Orten. Nach seiner Kenntnis seien Unterbringungsmöglichkeiten in anderen Stadtteilen gar nicht geprüft worden, da dort mit stärkerem Widerstand als in Farmsen zu rechnen sei. Unverständlich sind ihm die Pläne auch deshalb, weil an der Stelle eigentlich in den nächsten Jahren 350 Wohnungen gebaut werden sollen. Immerhin beklagen der Senat und Mietervereinigungen immer wieder, dass in Hamburg zehnausende Wohnungen fehlen würden. Zudem kritisiert der Bürgerverein die fehlende Einbindung der Anwohner in den Entscheidungsprozess. Auch der CDU-Ortsvorsitzende Olaf Böttger, Mitglied der Bezirksversammlung Wandsbek, spricht gegenüber der *PAZ* von einem „Schnellschuss nach Gutsherrenart“. Besonders empört ihn, dass man sich nicht auf die Zusage des Bezirksamtsleiters Thomas Ritzenhoff (SPD) verlassen könne. Dieser habe zunächst von etwa 100 Plätzen gesprochen. Entweder habe er bei der Zahl geschwindelt oder er sei gegenüber seinen Parteigenossen im Senat schnell eingeknickt, so Böttger. Die Unterbringung von Asylbewerbern stellt Böttger nicht grundsätzlich in Frage, er fordert aber ein Vorgehen mit Augenmaß und vor allem mit Bürgerbeteiligung. „Anders ist eine Akzeptanz der Asylunterkunft im Stadtteil nicht zu erreichen“, ist er überzeugt. Ansonsten hält sich die Politik im von der SPD dominierten Bezirk Wandsbek bedeckt.

Auch das ärgert die Anwohner. Elfi Damian, eine direkte Nachbarin des Pflegeheims, ist „stinksauer“. Sie hat Verständnis für die Lage „echter Flüchtlinge“, will aber keine „Massenunterkunft für Wirtschaftsasylanten vom Balkan“ vor ihrer Haustür. Und sie ist sicher: „Das geht nicht nur uns in Farmsen an. Denn wenn es mit der Zuwanderung so weiter geht, ist Farmsen bald überall.“ *Jan Heitmann*

Der unendliche Ströbele

Von Theo Maass

Am 2. Februar hat eine Versammlung der Grünen-Parteimitglieder in Friedrichshain-Kreuzberg beschlossen, Hans-Christian Ströbele wieder als Kandidaten zur kommenden Bundestagswahl für den Berliner Wahlkreis 84 aufzustellen. Damit zerschlugen sich alle Hoffnungen anderer grüner Nachwuchspolitiker, den „Alten" zu beerben.

Der 73-jährige Ströbele ist der erste und bislang auch der einzige Bundestagskandidat, der für die Grünen ein Direktmandat erringen konnte. 2002 wollte das Partei-Establishment die „Fundi-Ikone" entsorgen und verweigerte ihm einen Platz auf der Landesliste. Aber es kam anders: Als Wahlkreiskandidat in Kreuzberg-Friedrichhain gewann er – damals überraschend – die meisten Erstimmen.

Zu seinen innerparteilichen Feinden gehören wohl neben Ex-Außenminister Joseph „Joschka" Fischer auch Claudia Roth. Zu Fischer geriet er vor allem in Gegensatz wegen dessen Kriegspolitik. Folgerichtig lautete einer von Ströbeles damaligen Slogans: „Ströbele wählen heißt Fischer quälen." Sein Abstimmungsverhalten in Sachen Euro-Rettung bereitet auch heute noch der Parteiführung Magengrimmen, denn der ehemalige RAF-Anwalt stimmt mit schöner Regelmäßigkeit gegen alle „Rettungsschirme". 2002 setzte er den Rücktritt Claudia Roths als Parteivorsitzende durch.

Ab Ende der 60er Jahre betätigte sich Ströbele im linksextremen und linksradikalen Milieu (RAF-Anwalt, Gründungsmitglied der Tageszeitung „taz", Gründung der „Alternativen Liste" Berlin, Kampf für die Legalisierung von Cannabis, Verurteilung wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung u.v.a.m.). Seine Überzeugungen machten ihn gelegentlich auch in Kreisen seiner eigenen Partei lächerlich, wenn es um die Forderung eines muslimischen Pendants zum „Wort zum Sonntag", seinen „Widerstandskampf" 2007 gegen die Errichtung einer McDonald's-Filiale in Kreuzberg oder sein „Unwohlsein" angesichts von Deutschlandfahnen anlässlich der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland ging.

Ströbeles Verhältnis zum eigenen Land wird vielleicht am besten bei seiner Haltung zur deutschen Vereinigung und zum entsprechenden Staatsvertrag deutlich, die er als „größte Landnahme der deutschen Industrie seit den Kolonialkriegen, sieht man mal von der Nazi-Zeit ab" bezeichnete. Bei der Bildung einer „rot-grünen" Koalition auf Bundesebene im Herbst 2013 – wenn die Mehrheiten das hergeben – werden Trittin, Roth, Steinbrück, Steinmeier und Gabriel sich auf die politischen Störfeuer des „Alten" einrichten müssen.

Ideologie auf Kosten der Kleinen

»Inklusion«: Berlin schließt lernbehinderten Kindern die Förderschulen



Lernbehinderte Schüler sind keineswegs die Gewinner der neuen Strategie: Gemeinsamer Unterricht bedeutet auch fehlende individuelle Betreuung

Bild: laif

Berlins SPD-CDU-Senat bereitet eine Schulreform vor: Die Inklusion, der „Einschluss" lernbehinderter und entwicklungsauffälliger Kinder in Regelschulen, steht im Mittelpunkt. Doch dem Bildungswesen der Stadt fehlt es schon jetzt allgemein an Geld und Lehrkräften.

Noch diesen Monat will Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) die neuen Pläne näher vorstellen. Kritiker fürchten, mit der Abschaffung von Sonderschulen und ein paar Prozent mehr Lehrerplanstellen an Regelschulen sei das Projekt kaum ein Gewinn für die betroffenen Schüler.

2014 und 2015 soll die Inklusion umgesetzt werden. Doch schon jetzt üben Berlins Bezirke laut Verband Bildung und Erziehung (VBE) Druck aus: „Es werden Förderzentren verkleinert, Beförderungskosten restriktiv und zögerlich bewilligt und es wird darauf gedrungen, diese Kinder in der Schulanfangsphase in die Regelschule einzuschulen."

Inklusion gilt europaweit als positiver Leitbegriff zeitgemäßen Umgangs mit Behinderten. Diese sollten selbst entscheiden, nicht mehr in Sondereinrichtungen abgeschoben zu werden, so der Gedanke, dem sich Deutschland spätestens mit seiner Unterschrift unter die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen von 2006 angeschlossen hat. Bereits 50 Prozent der Kinder mit entsprechendem Bedarf sind in Berlin auf Regelschulen verwiesen worden. Rund 9500 gelten somit als inkludiert. Berlins Senat verbucht das als Erfolg, das Land gilt bundesweit als Inklusionsspitzenreiter. Schüler mit Problemen bei „Lernen, emotionaler und sozialer Entwicklung, Sprache", kurz LES, machen den Hauptanteil der nun Umgeschulten aus.

Für Berlin und seinen angeschlagenen Haushalt bringe diese Art Inklusion nicht neue Gleichheit und neue Wahlmöglichkeiten, sondern die Schließung bisheriger Einrichtungen und Fördermaßnahmen ohne entsprechenden Ersatz, fürchten indes Experten mit Erfahrung in der Arbeit mit Lernbehinderten. Der Sozialverband VBE warnt zudem auch davor, dass bisherige Prinzipien wie das Elternwahlrecht auf der Strecke blieben. Kinder mit LES würden schon jetzt „leider kaum entsprechend gefördert, denn in der Schulanfangsphase stehen pro Klasse flächendeckend nur vier (!) Förderstunden pro Woche zur Verfügung".

> Kritiker: Es soll vor allem Geld gespart werden

Entscheiden wird sich die Reform an der Kostenfrage, über sie wird derzeit am meisten gestritten. „Eine kostenneutrale Realisierung des Konzeptes ist nicht verantwortbar", mahnt der VBE. Ausdrücklich warnt der Verband: „Bei aller Ausstattung muss berücksichtigt werden, dass die Rechte der Schüler ohne Förderbedarf nicht eingeschränkt werden dürfen." Die Pläne des Senats seien „unausgegoren" und „unterfinanziert".

Zu den Kritikern der Inklusion gehören zunehmend auch Eltern. An einer Kreuzberger Schule schrieben sie bereits einen offenen Brief, der fehlende Erzieher und den Ausfall „zäh erkämpfter Förderstunden" für Kinder mit entsprechendem Bedarf anprangert.

Die politisch von einer breiten Parteienmehrheit getragene Inklusion droht so ausgerechnet in der Hauptstadt als vor allem ideologisch motivierter Großversuch zu scheitern. Erst würden Fördereinrichtungen mit Verweis auf Inklusion geschlossen, dann die individuelle Förderung an Regelschulen zusammengespart. Ein für die Inklusion geschaffener 20-köpfiger Beirat habe zudem bei seinen Empfehlungen vorrangig Spareffekte statt Kindeswohl vor Augen gehabt, kritisiert der VBE.

Dabei bereitet sich Berlin schon eine Weile auf das Projekt vor: „Seit September 2011 hatten über 30 Verbands- und Gremienvertretungen in sechs Sitzungen die Gelegenheit, mit den Fachkräften der Senatsbildungsverwaltung zu diskutieren und zu den relevanten Aspekten des Gesamtkonzepts ‚Inklusive Schule in Berlin' Stellung zu nehmen", verteidigt sich das Haus von Bildungssenatorin Scheeres in einer Stellungnahme zur Berufung von Sybille Volkholz als Vorsitzende des Inklusionsbeirats. Volkholz verteidigt nun die Inklusionspläne. Eltern sollten demnach gerade nicht mehr Bittsteller sein.

Berlins Wirklichkeit bleibt jedoch geprägt von großen Klassen, frustrierten Lehrern, die diesem Schulsystem wegen schlechter Bezahlung, fehlender Verbeamtung sowie grassierender Gewalt zu entfliehen versuchen. Offiziell 1836 Gewaltvorfälle und Notfälle wurden im Schuljahr 2011/12 an Berlins Schulen gemeldet. „Das sind rund 25 Prozent mehr als im Vorjahr", so der Gewaltpräventionsbericht der Berliner Schulverwaltung. Vor allem Beleidigungen, Drohungen und Tätlichkeiten sind demnach „deutlich gestiegen". Dass Lern- und sonstige Behinderte in diesem Umfeld besser und selbstbestimmter als an ihren bisherigen Schulen lernen, überzeugt kaum.

Neueste demografische Entwicklungen mit mehr Kindern lassen einen allgemeinen Schulkapazitätsmangel an der Spree erkennen – kein guter Zeitpunkt für Schulschließungen. Die auch bundesweit bemerkte starke Zunahme von Kindern mit Aufmerksamkeitsstörungen beantwortet Berlin mangels Mitteln nur mit ein paar mehr Planstellen. Schon mit dem reformerischen Schnellschuss des Jahrgangsübergreifenden Lernens verbrannte sich Berlin die Finger: Diese Pflicht für Grundschulen musste wieder aufgehoben werden. Ebenso steht das Senatsvorhaben „Einschulung mit fünf Jahren" mangels Machbarkeit auf der Kippe.

Sverre Gutschmidt

Nun auch Häuser gefährdet

Brandanschläge: Linke Szene aggressiver, Medien wiegeln ab

Auf dem Parkplatz des Bezirksamtes Berlin-Mitte brannten fünf Fahrzeuge. Zeugen sahen 15 Vermummte fliehen. Zwei Fahrzeuge brannten vollständig aus, zwei weitere sind schwer beschädigt. Brandstiftungen wie diese von vergangener Woche gehören fast zum Alltag in Berlin. Dass Brandstifter nur zufällig die direkt vor der Behörde abgestellten Autos anzündeten, ist kaum anzunehmen. Ermittler vermuten ein politisches Motiv, der Staatsschutz hat sich des Falls angenommen.

„Hinter diesen Taten stecken offenbar nur noch in den seltensten Fällen Linksextremisten", behauptet hingegen der „Tagesspiegel". Weil inzwischen immer mehr Kleinwagen und Transporter brennen, tun sich linke Medien und Berlins Politik schwer, politisch motivierte Täter zu erkennen. Eine Brandstiftung auf zwei Telekomfahrzeuge will die Zeitung als einzige von Linksextremen dieses Jahr begangene Brandattacke anerkennen, weil es in diesem Fall ein Bekennerschreiben gebe.

Soweit die Sichtweise von Berliner Medien. Der Verfassungsschutz warnt indes aktuell vor zunehmender linker Gewalt. Der Jahrestag der Räumung eines besetzten Hauses in der Liebigstraße in Friedrichshain sowie ein Polizeikongress in Berlin böten der Szene Anlass. Von „schweren Straftaten" und „sinkender Hemmschwelle" warnen die Verfassungsschützer. Am 29. Januar brannte ein Mercedes-Geländewagen in Niederschöneweide aus. Auch in diesem Fall ermittelt der Staatsschutz, will die Polizei eine politische Tatmotivation nicht ausschließen.

> Berlin-Mitte: Gezielt Fahrzeuge vor Behörde angezündet

Die Serie der Autobrände hat sich um regelmäßige, noch gefährlichere Brandstiftungen an Gebäuden erweitert. Am Sonntag brannte ein Müllcontainer in Tempelhof, laut Polizei vorsätzlich. Am Freitag war ein Geldautomat im Stadtteil Prenzlauer Berg angezündet worden. In diesen Fällen hätte das Feuer leicht auf bewohnte Gebäude überspringen können. Am Mittwoch vergangener Woche zündete ein Brandstifter Kabelschächte der S-Bahn an. Ein Zugführer sah den Täter fliehen, löschte das Feuer.

Doch selbst Attacken auf Fahrzeuge der gehobenen Klasse, Bankautomaten und den Staat (Bahn und Ämter) werden inzwischen nicht mehr unbedingt als politisch motiviert eingestuft. Nachahmungstaten nähmen zu, die Hemmschwelle zur Brandstiftung an sich sinke, heißt es aus Expertenkreisen.

SV

NPD in Neukölln

Veranstaltung am 16. Februar sorgt für Wirbel

Die NPD will am 16. Februar im „Gemeinschaftshaus Gropiusstadt" in Berlin-Neukölln eine Veranstaltung zum Thema „Asylmissbrauch" durchführen. Als Hauptredner ist NPD-Bundesvize Udo Pastörs angekündigt. Die Ankündigung hat bereits zu heftiger Aufregung geführt.

Der Bezirk ist gesetzlich verpflichtet, Parteien bezirkseigene Räume für Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Dies bekam der Bezirk unlängst in einem Rechtsstreit mit der Partei „Pro Deutschland" bestätigt. Die Verwaltung hatte versucht, „Pro" die Räume zu verwehren, verlor jedoch vor Gericht und musste die Verfahrenskosten tragen. Die Erfahrung hat Sozialstadtrat Bernd Szczepanski (Grüne) veranlasst, die Raumvergabe an die NPD in Neukölln zu verteidigen. Das Bezirksparlament hatte die NPD-Veranstaltung in der vergangenen Woche einstimmig verurteilt.

Die Linkspartei erwartet vom Bezirksamt offenbar einen Rechtsbruch. Linken-Bezirksvorstand Moritz Wittler hätte sich eine Absage „gewünscht": „Klar, die NPD hätte klagen können. Aber es wäre ein deutliches Zeichen gewesen."

> Bezirk fürchtet neue Schlappe vor Gericht

Unterstützung erfährt die Linke von einer kleinen Schar Anwohner: „Der Bezirk hätte eine Absage erteilen und es auf eine Klage ankommen lassen müssen", fordern 40 Bewohner einer nahegelegenen Siedlung. Ungeachtet des Bürgerrechts der Versammlungsfreiheit und einschlägiger Gerichtsurteile mobilisiert eine linksextreme Internet-Plattform ihre Anhänger: „Wir rufen euch auf, am 16. Februar die NPD-Veranstaltung in Gropiusstadt mit vielfältigen und kreativen Aktionen zu stören."

T.M.

Abgelehnte sollen gehen

Linke, Grüne und „Piraten" sind bei der jüngsten Sitzung des Berliner Abgeordnetenhauses mit ihrem Antrag gescheitert, während der Wintermonate die aus Serbien und Montenegro in die Hauptstadt gelangten Wirtschaftsflüchtlinge, die meist dem Zigeunerstamm der Roma angehören, nicht abzuschieben. Canan Bayram von den Grünen: „Wenn Sie mich fragen: Wollen Sie denn, dass diese Menschen alle hier bleiben? – dann sage ich Ihnen: Ja, das möchte ich, weil wir diese Menschen brauchen. Es sind die Stärksten und die Besten, die es bis zu uns nach Deutschland schaffen." Innensenator Frank Henkel (CDU) verwies darauf, dass auch bereits zu Zeiten des rot-roten Senats in den Wintermonaten abgeschoben wurde. So erscheine die Haltung der „Linken" in dieser Frage im Zwielicht. Seitdem Asylbewerber nach einem Richterspruch im vergangenen Sommer deutlich mehr Geld erhalten, ist ihre Zahl sprunghaft angestiegen.

T.M.

Zeitzeugen



Theodor Heuss – Von den 2,5 Millionen Fällen, die auf seinen „Aufruf zur Registrierung der Kriegsgefangenen und Vermissten“ hin gemeldeten wurden, konnten rund 1,2 Millionen geklärt werden. Der erste Bundespräsident amtierte von 1949 bis 1959 und starb 1963, wo er 1884 geboren worden war: in seinem geliebten Schwaben.

Kurt Wagner – Der 1911 im Landkreis Döbeln geborene Mathematiker hatte wie sein Landsmann Helmut Schelsky an der Ostfront gekämpft, bevor die beiden den DRK-Suchdienst gründeten. Gemeinsam entwickelten die beiden das sogenannte Parteibegegnungsverfahren. Im DRK stieg der Mann, dem heute vor allem seine vorausgegangene NSDAP-Karriere vorgeworfen wird, bis zum Stellvertretenden Generalsekretär auf. 2006 ist er verstorben.



Helmut Schelsky – Der 1912 in Chemnitz geborene Sachse hatte an der Ostfront gekämpft, bevor er als Verwundeter gegen Kriegsende nach Flensburg kam. Nach der Mitarbeit beim Aufbau des DRK-Suchdienstes knüpfte er in Hamburg an seine bereits vor dem Krieg begonnene wissenschaftliche Karriere an. Er wurde Professor, erst 1949 an der dortigen Akademie für Gemeinwirtschaft und dann 1953 an der dortigen Universität. 1960 wechselte er nach Münster, wo er 1984 starb.

Paul Ruegger – Dem 1897 geborenen Schweizer Juristen und Diplomaten lag das humanitäre Völkerrecht stets besonders am Herzen. Im Februar 1948 wurde er zum Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) gewählt. Als Bundeskanzler Konrad Adenauer ihn 1955 darum bat, dass das IKRK die Leitung des Internationalen Suchdienstes übernehmen solle, stimmte Ruegger sofort zu.



Konrad Adenauer – Das Schicksal der Verschollenen und im Osten Inhaftierten bewegte den greisen Bundeskanzler zutiefst. Damit die Arbeit des Internationalen Suchdienstes nicht weiter durch politische Animositäten behindert wird, sorgte er dafür, dass das Internationale Rote Kreuz dessen Leitung übernahm. Außerdem setzte er sich in Moskau für die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen ein. Die „Heimkehr der Zehntausend“ gilt vielen als seine größte Leistung.

Hoffnung von Millionen

Nach 70 Jahren hat der Internationale Suchdienst seine Mission erfüllt

„Ein Kontinent auf Wanderschaft.“ So beschrieb der Schriftsteller Otto Zierer das Europa der Kriegs- und frühen Nachkriegszeit. Millionen waren als Flüchtlinge, Vertriebene, Deportierte, Internierte, Arbeitssklaven, repatriierte Fremd- und Zwangsarbeiter, als Kriegsgefangene und entlassene Kriegsgefangene in alle Richtungen unterwegs. Ihre Hoffnung, jemals wieder zu ihren Angehörigen und Freunden zu finden, ruhte auf den Suchdiensten, deren Vorläufer vor 70 Jahren ins Leben gerufen wurde.

Schon 1943 ging man im Alliierten Hauptquartier davon aus, dass rund elf Millionen Menschen als Flüchtlinge und „Displaced Persons“ entwurzelt worden waren. Diese über den gesamten deutschen Machtbereich verstreuten Massen zu repatriieren und die zwangsgetrennten Menschen wieder zusammenzuführen, sahen die Westalliierten als eine ihrer wichtigsten administrativen Aufgaben für die Zeit nach dem von ihnen sicher erwarteten Sieg an. Zu diesem Zweck richteten sie in London ein Suchbüro ein, das alle verfügbaren Informationen über nichtdeutsche Personen sammeln sollte, die im Verlauf des Krieges verschleppt worden waren oder aus anderen Gründen vermisst wurden. Die Suche nach Kriegsgefangenen gehörte dagegen nicht zu seinen Aufgaben. Dafür war die Zentralstelle für Kriegsgefangene des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IRK) in Genf zuständig.

Neue Aufgaben in Forschung und Dokumentation

Nach Kriegsende wurde der Suchdienst der United Nations Relief and Rehabilitation Administration (UNRRA, Nothilfe- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen) übertragen. Diese sicherte zunächst alle verfügbaren deutschen Akten über nichtdeutsche Häftlinge und Verschleppte und brachte sie ins hessische Bad Arolsen, nahe dem Schnittpunkt der britischen, amerikanischen und französischen Besatzungszonen. Zur gleichen Zeit mussten im Zuge von Flucht und Vertreibung wieder Millionen ihr Zuhause verlassen. Mit der Bewältigung dieser zusätzlichen, ungeheuren Aufgabe war der UNRRA-Suchdienst überfordert. Deshalb erhielt das Deutsche Rote Kreuz den Auftrag, für Nachforschungen nach deutschen Staatsbürgern, sofern sie nicht als Opfer des Nationalsozialismus galten, einen eigenen Suchdienst einzurichten (siehe Bericht unten). Zunächst beteiligte sich auch die Sowjetunion an der Erfassung und Repatriierung der von den Deutschen in alle Himmelsrichtungen verschleppten Ausländer. Doch diese Zusammenarbeit endete 1947 in Folge des Kalten Krieges. Dadurch versiegte der Dokumenten- und Informationsaustausch zwischen Ost und West, was die Arbeit beider Suchdienste erheblich erschwerte. 1947 ging die Leitung des International Tracing Service (ITS, Internationaler Suchdient) an die UN-Flüchtlingskommission über, 1951 an die Alliierte Hochkommission. Ab 1955 war der ITS beim Internationalen Roten Kreuz angesiedelt. Seine Hauptaufgabe war nun die Sammlung und Auswertung von Unterlagen über zivile Opfer des Nationalsozialismus, deren Schicksal und Verbleib ungeklärt ist.

Seit der Gründung des Internationalen Suchdienstes sind sieben Jahrzehnte vergangen. Seine Mission ist erfüllt. Wen er bis heute nicht gefunden hat, der wird wohl verschollen bleiben. Demzufolge können seine Akten nur noch der Forschung dienen. Das IRK hat dem Rechnung getragen und die Verwaltung der Bestände in Bad Arolsen zum Jahreswechsel dem deutschen Bundesarchiv übertragen. Unter der Leitung der US-amerikanischen Geschichtsprofessorin Rebecca Boehling erfolgt nun die Umwandlung der traditionsreichen Einrichtung von einem der Aufklärung von Schicksalen verpflichteten Suchdienst zu einem Dokumentationszentrum. *Jan Heitmann*



Aus der Heimat vertrieben: Zahlreiche Flüchtlinge wurden während der Flucht von Familie und Freunden getrennt Bild: Archiv

Russland hat seine Archive geöffnet

Lange Zeit waren sowjetische Archive verschlossen. Erst nach dem Zerfall der Sowjetunion konnte das Deutsche Rote Kreuz (DRK) eine Freigabe von Daten aus dem zentralen Sonderarchiv vereinbaren. 1992 wurden die Daten von rund 330000 deutschen Kriegsgefangenen, die in sowjetischen Lagern umgekommen und dort beerdigt worden waren, übergeben. In der Folge konnten über den Suchdienst des DRK Hunderte von Schicksalen aufgeklärt werden. Ab Mitte der 90er Jahre erklärten sich russische Behörden zur Zusammenarbeit mit deutschen Suchdiensten bereit. Die umfangreichen Archivunterlagen des KGB wurden einzelnen Forschern geöffnet. Dort waren die persönlichen Lebensdaten und Dokumente der Internierten erfasst. Einziges Problem: Namen wurden nach Gehör in die kyrillische Schrift umgesetzt, wodurch sich bei der Rückübertragung Fehler ergaben.

Freundschaftsliga hilft bei der Suche

1995 sorgte der Verein „Liga für Russisch-Deutsche Freundschaft e.V.“ für die Aufklärung deutscher Schicksale. Die „Aktion Versöhnung“ wurde anfänglich noch behindert. Dennoch machten es sich erfahrene Archivare zur Aufgabe, die Schicksale der im Zweiten Weltkrieg vermissten deutschen Soldaten und internierten Zivilpersonen im Bereich der ehemaligen Sowjetunion aufzuklären, persönliche Papiere wie Soldbücher, Briefe, Fotos, Vernehmungsprotokolle und Bescheinigungen aus den Archiven herauszubekommen, um sie den Familienangehörigen in Deutschland zu übergeben. Auch die Zusammenarbeit mit russischen Behörden und Veteranenverbänden hat sich zu einem freundschaftlichen Miteinander entwickelt. Über das DRK ist es auch heute noch möglich, Suchanfragen an die entsprechenden russischen Stellen zu richten. *MRK*

In Flensburg fing alles an

Der DRK-Suchdienst führte Millionen Deutsche zusammen

Wie viele zivile Flüchtlinge kam auch der Oberleutnant Helmut Schelsky, der später in der Bundesrepublik als Soziologe nicht nur in Fachkreisen Berühmtheit erlangen sollte, gegen Kriegsende aus dem Osten nach Flensburg. Im Angesicht des Flüchtlingselends gründete er mit seinen Kameraden Kurt Wagner und Joachim Leusch von der Seetransport-Leitstelle des Marineoberkommandos Ost aus eigener Initiative und ohne Weisung im April 1945 ein Flüchtlingshilfswerk mit dem Zweck, Auseinandergerissene wieder zusammenzuführen. Die Offiziere setzten dabei auf das sogenannte Karteibegegnungsverfahren. Ausgehend von der Annahme, dass jeder Suchende auch ein Gesuchter ist, wurde bei jedem Suchwunsch nicht nur für den Gesuchten, sondern auch für den Suchenden eine Karteikarte angelegt und entsprechend abgelegt. Schelsky machte dann in der Soziologie Karriere, das nach dem Zweiten Weltkrieg erst einmal paralysierte Deutsche Rote Kreuz übernahm die Verwaltung des Suchdienstes und Wagner wurde dessen Leiter.

Noch in seinem Gründungsjahr wurde der Suchdienst nach Hamburg verlegt, das die Briten zur Hauptstadt ihrer Zone machen wollten. Analog dazu entstand für die US-amerikanische Besatzungszone in München ein weiterer Suchdienst. Nach dem Zusammenschluss der westlichen Besatzungszonen zur Bundesrepublik fiel die Entscheidung auf die bayerische Landeshauptstadt als dem Standort für die Zentrale Namenskartei. Das Bundesinnenministerium übernahm die Dienstaufsicht und dem Suchdienst standen nun auch Staatsgelder zur Verfügung. Ab dem Februar 1950 hatte er sogar eine eigene „Suchdienst Zeitung“. Im selben Monat erlebte das Projekt einen wichtigen Schub, indem der Bundespräsident seine Landsleute dazu aufforderte, die ihnen bekannten Kriegsgefangenen und Vermissten registrieren zu lassen. Innerhalb kurzer Zeit wurden zweieinhalb Millionen Personen gemeldet. Eine weitere wichtige Zäsur war das Ende des Kalten Krieges, das eine ganz neue Zusammenarbeit mit dem ehemaligen russischen Feind ermöglichte.

Mit der Zeit änderten sich auch die Aufgaben

Das Ende der bipolaren Weltordnung brachte dem Suchdienst jedoch auch neue Aufgaben. Heute zählt er neben der Nachforschung nach Vermissten des Zweiten Weltkriegs auch die folgenden Aufgaben zu den seinen: Suche nach voneinander durch Aussiedlung nach Deutschland getrennten Personen; internationale Suche nach Angehörigen, die durch bewaffnete Konflikte, Katastrophen und Migration voneinander getrennt wurden; Austausch von Familiennachrichten mit Angehörigen in Konflikt- und Katastrophenregionen sowie inhaftierten Familienmitgliedern weltweit; Familienzusammenführung von Deutschen und deren Angehörigen aus den Aussiedlungsgebieten; Familienzusammenführung von in Deutschland lebenden Flüchtlingen und deren Angehörigen; Personenauskünfte nach den landesrechtlichen Vorschriften zum Katastrophenschutz; Dokumentation der Bestände. *Manuel Ruoff*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Harald Tews; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2013: Inland 10 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 12,50 Euro, Luftpost 16,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de
E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3549**

Die Rache der »Bilderberger«?

Alles nur Kampagne: Ein Publizist behauptet, Rainer Brüderle habe sich mit den Falschen angelegt

Sind die Sexismus-Vorwürfe gegen den Spitzenkandidaten der FDP, Rainer Brüderle, nur eine Retourkutsche von ihm enttäuschter Kreise?

Hervorgeholt wurde die Anschuldigung gegen Brüderle allerdings erst jetzt, als er Spitzenkandidat seiner Partei geworden ist und auch der Abwärtstrend der FDP gebrochen scheint. Zu Recht hat der Publizist Gerhard Wisnewski auf eine erstaunliche Parallele zu den aktuellen Vorgängen aufmerksam gemacht. Bereits im Jahr 2009 waren liberale Wahlerfolge schlagartig beendet, nachdem eine breite Front etablierter Medien kein gutes Haar mehr an der FDP gelassen hatte. Als Ursache sieht Wisnewski die damalige Enthaltung Deutschlands, als es um einen Militäreinsatz in Libyen ging. Die treibende Kraft, dass Deutschland gegen den Wunsch der USA, Großbritanniens und Frankreichs einen Militäreinsatz ablehnte, war Guido Westerwelle, damaliger FDP-Parteichef und Bundesaußenminister.

Der Medientenor, der nach Westerwelles Enthaltung bei der Uno einsetzte, war eindeutig: „Deutschlands feige Außenpolitik“ titelte die „Zeit“; „Die deutsche Enthaltung ist unverantwortlich“, so der Kommentar der „Welt“. Bei nüchterner Analyse kann man durchaus vermuten, dass aktuell nach ähnlichem Muster Rainer Brüderle per Medienkampagne wie Westerwelle in der Versenkung verschwinden soll.

Anlass für interessierte Kreise, Brüderle als „unsicheren Kantonisten“ einzustufen, gäbe es genug, etwa seine Rede im Deutschen Bundestag im Jahre 2012 zu den Aktivitäten Jürgen Trittins (Grüne). Brüderle hatte es gewagt, ein politisches „Un-Thema“ zu erwähnen: die „Bilderberger“-Konferenzen der Hochfinanz, die sich jährlich unter konspirativen Bedingungen treffen und sich Politiker und Medienvertreter dazuladen. Einer der geladenen Gäste des Jahres 2012 war Jürgen Trittin (Grüne) gewesen. Zwar ohne größeres Medienecho, aber immerhin in der Öffentlichkeit warnte Brüderle vor einer „unheiligen Allianz der Inflation“, welche die „angelsächsische Finanzlobby und ihre Verbündeten bei den Linken in Europa und in Deutschland“ umfasse. Auch zur europaweiten Bankenunion fand Brüderle klare Worte: „Herr Trittin will: die deutsche Oma haftet mit ihrem Sparbuch für ausländische Investmentbanken.“ Obendrein wagte der Liberale es auch noch, an die linksextremistische Vergangenheit des Grünen-Spitzenpolitikers Trittin zu erinnern: „Es ist offenbar ein langer Weg vom Kommunistischen Bund Westdeutschlands zur Bilderberg-Konferenz der Hochfinanz“, so Brüderle.

> Machogehabe von Muslimen wird dafür totgeschwiegen

Aussagen wie diese, zusammen mit dem jüngsten Wahlerfolg der Liberalen in Niedersachsen könnten durchaus Anlass gewesen sein, per Medienkampagne die Notbremse zu ziehen. Denn schließlich ist ja nicht völlig auszuschließen, dass Reden Brüderles irgendwann sogar mal Taten folgen und die FDP sich querstellt, wenn es darum geht, neue Milliarden für die Euro-Rettung locker zu machen. Zumindest bei der Stammwählerschaft der Liberalen könnte die Kampagne gegen Brüderle sogar einen Mobilisierungseffekt auslösen. Zu offensichtlich war die Zielrichtung der Vorwürfe.

Der „Stern“ selbst unternahm nicht einmal den Versuch, zu verbergen, dass die Sexismus-Vorwürfe eine politische Stoßrichtung gegen die gesamte FDP haben. „Wir müssen es konstatieren: Die Partei der Chauvis, Grapscher und Herrenreiter kommt immer noch locker über fünf Prozent“, hieß es ganz unumwunden vom „Stern“ per Internetdienst Twitter.

Im Gegensatz zu der dankenswerten Offenheit der Illustrierten kommt die anschließend ausgebrochene Sexismus-Diskussion in den Medien nicht ohne ein gehöriges Maß an Verlogenheit aus. Wenn es beim Thema Frauenfeindlichkeit einen dringenden Handlungsbedarf gibt, dann in den muslimisch geprägten Einwandererviertel deutscher Großstädte. Südländisches Machogehabe im Alltag, Zwangsverheiratungen oder die sogenannten „Ehrenmorde“ an Frauen und Mädchen war den Talkshowrunden und Feuilletonbeiträgen, die sich am „Fall“ Brüderle abgearbeitet haben, allerdings kaum eine Erwähnung wert.

Norman Hanert


Sollte der Spitzenkandidat der FDP ausgebremst werden? Rainer Brüderle

Bild: M. Gottschalk/dapd

MELDUNGEN

Eigentumsfrage »langweilig«

Berlin – „Ich bin unter den Sudetendeutschen dafür bekannt, dass ich die Meinung vertrete, dass man die Eigentumsfragen auslassen sollte.“ Das hat der CSU-Europaabgeordnete und Sprecher der Sudetendeutschen, Bernd Posselt, in einem Interview mit der tschechischen Internetzeitung „Denik insider“ erklärt. Eigentumsfragen stünden „nicht auf der Tagesordnung“. Er könne „selbstverständlich“ nicht auf das Eigentum anderer verzichten, „aber auf mein eigenes Eigentum und das meiner Familie habe ich definitiv verzichtet“, so Posselt. Die Frage von „Denik insider“, ob er sich jemals mit dem tschechischen Außenminister Karl Schwarzenberg über Eigentumsfragen von Sudetendeutschen unterhalten habe, verneinte er: „Ich würde ihn und mich damit langweilen.“ *M.L.*

Grenzen ohne Schutz

Berlin – Der Anstieg illegaler Einwanderung ist nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei – „alarmierend“. Die Bekämpfung der illegalen Einreise, auch an den EU-Binnengrenzen, sei, so der Vorsitzende Josef Scheuring, ein deutlich aufwachsender Arbeitsschwerpunkt für die Bundespolizei. Dies werde aber „personell nicht nachvollzogen“. Aus Sicht der Polizeigewerkschaft sind die Rahmenbedingungen, um illegale Einreise effektiv bekämpfen zu können, von der derzeitigen Bundesregierung massiv verschlechtert worden. Der Anstieg der illegalen Einreisen nach Deutschland mache deutlich, dass ein wirksamer grenzpolizeilicher Schutz gegenüber dem grenzüberschreitenden internationalen Terrorismus überhaupt nicht mehr bestehe, so Scheuring weiter. *J.H.*

Elektroautos ohne Zukunft

Hersteller sehen Brennstoffzelle als Antrieb der Zukunft

Während die Erfolgsmeldungen bei den batteriebetriebenen Elektroautos immer noch auf sich warten lassen, deutet sich bei den Autobauern ein Umdenken an. Die drei Autokonzerne Daimler, Ford und Nissan haben ein Bündnis geschlossen, um der Brennstoffzelle als Autoantrieb endlich zum Durchbruch zu verhelfen. Schon bis zum Jahr 2017 sollen Fahrzeuge mit dem neuen Antrieb in sechsstelligen Stückzahlen auf den Markt kommen.

Die Voraussetzungen für einen Erfolg sind günstig. Während bei den Batterien für Elektroautos der entscheidende Durchbruch zur Leistungssteigerung bisher ausgeblieben ist, gilt die Brennstoffzellentechnik als ausgereift. Quasi wie in einem Mini-Kraftwerk wird Wasserstoff oxidiert, wobei Strom entsteht. Als Emission entweichen lediglich Wasser und Wärme. Bei Daimler ist mittlerweile rund eine Milliarde Euro in die Forschung an den Brennstoffzellen geflossen. Was der Technik zum Durchbruch fehlt, sind hohe Stückzahlen, welche die Produktionskosten sinken lassen, und die Infrastruktur an Wasserstofftankstellen. Beide Mankos könnte nun das Kontinente übergreifende Bündnis der drei großen Autobauer beseitigen. Gemeinsam will man ein Antriebssystem entwickeln und sich die Kosten dafür teilen. Entstehen soll ein gemeinsamer Modul-Baukasten, aus dem sich die drei Autobauer dann das heraussuchen, was sie für ihre jeweiligen eigenen Modelle verwenden wollen. Das Konzept senkt nicht nur die Entwicklungskosten, die hohen Stückzahlen sollen auch für Zulieferer Anreiz sein, Komponenten für die Technik zu entwickeln.

> Firmen schließen Bündnis für die neue Technologie

Der erhoffte Effekt könnte sogar noch stärker ausfallen. Branchenintern gilt als wahrscheinlich, dass der Autobauer Renault sich der Brennstoffzellen-Allianz anschließen wird. Bereits seit dem Jahr 2010 ist Daimler mit Nissan und seinem Großaktionär Renault durch Überkreuzbeteiligungen verbunden. Daimler erwartet staatliche Anreize bei der Markteinführung der Brennstoffzellentechnik. Ein mögliches Aktionsfeld für staatliche Rückendeckung ist, dass Wasserstoff-Tankstellen fehlen. Weniger als 20 öffentliche Wasserstoff-Tankstellen sind in Deutschland vorhanden. Um 60 bis 80 Prozent der potenziellen Kunden versorgen zu können, müsste die Anzahl bundesweit jedoch auf 500 bis 1000 ansteigen. Mit der Forderung nach staatlicher Unterstützung wird Daimler vermutlich nicht lange allein bleiben. Auch Toyota und BMW haben bei der Brennstoffzellentechnik eine Kooperation vereinbart. Toyota will bereits im Jahr 2015 seine erste Limousine mit einem Brennstoffzellenantrieb auf den Markt bringen.

Für die Politik könnten entsprechende Forderungen irgendwann auf eine gravierende Entscheidung hinauslaufen: Entweder weiter an der bisher erfolglosen Förderung von batteriebetriebenen Elektroautos festhalten oder gleich mit ganzer Kraft Elektroautos mit Brennstoffzellentechnik zum Durchbruch verhelfen. Tatsächlich werden die Zeichen unübersehbar, dass man mit den batteriebetriebenen Elektroautos auf eine Technik gesetzt hat, die über einen Nischenmarkt kaum hinauskommen wird. Bei einem Gesamtbestand von rund 50 Millionen Fahrzeugen sind im Zeitraum von Januar bis November 2012 in Deutschland lediglich 2695 Elektroautos neu zugelassen worden. *H.M.*

Atomstrom für Deutschland?

Russland baut Kernkraftwerk und sucht Abnehmer

Während die Diskussion in Deutschland um das russische AKW-Projekt in Ostpreußen unweit der Stadt Ragnit erst noch bevorsteht, wird über die Bedeutung des AKW „Baltijskaja“ bei den baltischen Anrainern schon länger gestritten. Dass das Projekt von vornherein auf den Export von Strom angelegt wurde, ist offensichtlich: Für geschätzte Baukosten von zwölf Milliarden Euro sollen zwei Kraftwerksblöcke entstehen, die 2016 beziehungsweise 2018 in Betrieb gehen sollen. Für Skepsis sorgt die Gesamtleistung der beiden Reaktoren, die zur Versorgung der Bewohner des Königsberger Gebiets eindeutig überdimensioniert sind. Unumwunden gab ein Vertreter des Stromkonzerns Inter RAO UES bereits 2011 zu, dass künftig 3600 Megawatt für den Export bereitstehen würden. Kritiker in den baltischen Ländern befürchten allerdings, dass Moskau mit dem geplanten Stromexport auch wirtschaftspolitische Ziele verfolgen will. Von Litauen liegt inzwischen die Absage vor, Elektrizität aus dem AKW „Baltijskaja“ abzunehmen.

Mit dem 2011 erfolgten Beschluss zum Bau des ersten Kernkraftwerks unweit von Danzig könnte künftig auch der polnische Markt für Exporte des „Baltijskaja“ wegbrechen. Mit dem Wegfall von Märkten, die eigentlich fest ins Auge gefasst waren, droht das Milliardenprojekt „Baltijskaja“ allerdings zu einem unternehmerischen Flop zu werden. Für den Eigenbedarf ist es viel zu groß dimensioniert, zugleich drohen die erhofften Erlöse durch Stromexporte auszubleiben. Daher ist es kaum verwunderlich, dass in dieser Situation der deutsche Strommarkt in den Blick geraten ist. Bereits im Jahr 2011 hatte der Chef des russischen Stromexporteurs Inter RAO UES im Handelsblatt Klartext geredet: „Wir können helfen, die Lücke, die Deutschland durch den Atomausstieg in der Stromproduktion bekommen wird, zu schließen.“

> Litauen hat bereits Absage erteilt

Auch wenn die Planungen für den Leitungsbau durch die Ostsee bereits recht konkret erscheinen, auch auf dem bundesdeutschen Energiemarkt stoßen die Stromexporte des „Baltijskaja“ auf eine entscheidende Hürde. Letztendlich könnte der Versuch einer Stromeinspeisung im mecklenburgisch-vorpommerschen Lubmin am gesetzlichen Einspeisevorrang für regenerative Energien in Deutschland scheitern. Im Klartext: Unterm Strich könnten sich die Exporte für das AKW im nördlichen Ostpreußen nicht rechnen. Sobald genug Strom aus Wind- und Solarkraft erzeugt wird, hätte dieser gemäß des Einspeisevorrangs eigentlich den Vortritt bei der Netzeinspeisung. Für eine solche Situation sind die Kernkraftwerke allerdings die denkbar ungeeignetesten Kraftwerksart überhaupt. Sie können stabil die Grundlast abdecken, ungeeignet sind die AKW allerdings dafür, kurzfristig und flexibel die Stromerzeugung dem Bedarf anzupassen.

Denkbar ist, dass der Energieexporteur Inter RAO UES ohnehin den gesamten westeuropäischen Strommarkt bei dem Projekt der Ostsee-Stromleitung ins Auge gefasst hat. Sollten die Hoffnungen allerdings nur auf dem deutschen Markt liegen, dann könnte es dem „Baltijskaja“ gehen, wie immer mehr deutschen Kohle- und Gaskraftwerken. Auf sie kann auf absehbare Zeit wegen der Versorgungssicherheit nicht verzichtet werden, gleichzeitig lassen sie sich wegen zu wenigen Betriebsstunden immer weniger rentabel betreiben. *N.H.*

MELDUNGEN

Japan mit neuem Selbstbewusstsein

Tokio – Japan befindet sich auf dem Weg zu neuer nationaler Selbstbehauptung. Ministerpräsident Shinzo Abe will die bislang selbst auferlegten „Bürden des Pazifismus" abwerfen und die Rolle Japans im Zweiten Weltkrieg weniger bedauernd sehen. Dazu gehöre auch, „die Stellungnahmen früherer Regierungen zur Geschichte zu überprüfen", teilte Bildungsminister Hakubun Shimomura mit. Damit spielt er unter anderem auf die 1995 an die ehemaligen Kriegsgegner gerichtete Bitte um Verzeihung an. Außerdem will Abe angesichts des Territorialkonflikts mit China im südchinesischen Meer den streng defensiven Charakter der japanischen Sicherheitspolitik aufgeben. *J.H.*

EU-Kommissarin will Spitzel

Brüssel – Celia Malmström, schwedische EU-Kommissarin für Innenpolitik und Mitglied der liberalen Volkspartei ihres Landes, fordert die Bürger zu Spitzeltätigkeiten auf. Sie sieht durch die zunehmenden Erfolge „extremer und populistischer" Parteien" eine „Gefahr für das europäische Projekt". Speziell befürchtet die EU-Kommissarin bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2014 einen starken Zulauf rechtsradikaler Parteien. Um keine „unliebsamen Überraschungen" zu erleben, sollten die Bürger verdächtige Personen identifizieren und melden, so Malmström in Brüssel. Ähnlich lautet ihre Empfehlung im Hinblick auf Einzeltäter wie den norwegischen Attentäter Anders Breivik: Da die Polizei gegen das Aufkommen einzelner, „einsamer Wölfe" machtlos sei, sollten Bürger potenzielle Täter aufspüren und diese in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden aus dem Verkehr ziehen. *N.H.*

Abstimmung mit den Füßen

Immer mehr Russen kehren ihrem Land den Rücken – Der Westen lockt mit Stabilität und Sicherheit

Offiziell sollen jährlich zwei Millionen russische Staatsbürger ins Ausland abwandern. Eine Zahl, die vor dem Hintergrund des seit Jahren anhaltenden demografischen Problems die russische Gesellschaft aufrüttelt.



Russen in Berlin: In einigen Stadtteilen gibt es bereits russische Parallelinfrastrukturen Bild:fotofinder

Die Äußerung Wladimir Wassiljews, Chef der Regierungspartei „Einiges Russland" (ER) und Duma-Abgeordneter, dass jährlich bis zu zwei Millionen Russen ihr Land verlassen, um im westlichen Ausland ihr Glück zu suchen, verbreitete sich wie ein Lauffeuer in den Medien. Als Hauptgrund für die Abwanderung nannte Wassiljew die mangelnde Stabilität in Russland und die Angst vor einer Revolution.

Dass die Menschen Zukunftsängste haben, lässt sich nicht von der Hand weisen: Seit Wladimir Putins Rückkehr ins Präsidentenamt hat sich viel verändert. Die Hoffnung, dass die von Dmitrij Medwedjew angeschobenen Reformen – in den Bereichen Justiz, Militär und Wahl statt Einsetzung der Gouverneure durch den Präsidenten – zu mehr Liberalisierung und Demokratisierung des Landes führen würden, wurde enttäuscht. Inzwischen sind alle Lockerungen zurückgenommen. Die „Silowiki" (Geheimdienstler und Militärs) sind an die Schalthebel der Macht zurückgekehrt, Medwedjew steht in den Medien unter Beschuss.

Die Zügel werden enger gezurrt. Wer beispielsweise, wie die jungen Oppositionellen, von seinem Demonstrationsrecht Gebrauch macht, muss mit Verhaftung, Verhören und drastischen Strafen rechnen. Durch das neue Meldegesetz für ausländische Nichtregierungsorganisationen, die als „Agenten" gelten, birgt jeder Kontakt zu Ausländern eine potenzielle Gefahr für Russen. Die Verfolgung durch die Behörden trifft Demonstranten ebenso wie prominente Politiker. Oppositionsführer Alexej Nawalnyj soll der Prozess gemacht werden, weil er neben anderen Vergehen dem staatlichen Holzbetrieb Kirowles in der 900 Kilometer von Moskau entfernten Provinzstadt Kirow als Berater einen Schaden in Höhe von 25 000 Euro zugefügt haben soll. Dazu führt das strikte Vorgehen gegen Homosexuelle durch das Verbot der „Homosexuellen-Propaganda" dazu, dass die Menschen immer mehr das Gefühl haben, in einem autoritären Staat zu leben.

Die veränderte Situation in Russland bleibt nicht ohne Folgen. Vor allem junge und gebildete Russen zwischen 18 und 24 Jahren gaben bei Umfragen an, auswandern zu wollen. Sie glauben, keinen Einfluss auf die Politik zu haben und somit keine Änderungen herbeiführen zu können. Obwohl Russland über immense Ressourcen verfügt, liegt die Landwirtschaft brach. In Großstädten wie Moskau wird nichts produziert. Hier dreht sich alles um „Business" und „Lobbyismus". Ohne Korruption läuft in Russland gar nichts. Das ist dem ausländischen Investor genauso bekannt wie dem Direktor eines kleinen Staatsbetriebs. Ob ein Handwerksauftrag vergeben werden muss oder sonstige Dienstleistungen – stets sind bürokratische Hürden zu überwinden und Schmiergelder zu zahlen. Die Menschen fühlen sich diesem System gegenüber schutzlos und erwarten auch keine positiven Veränderungen. Ihnen bleibt nur die „Abstimmung mit den Füßen", sprich, das Land zu verlassen.

Neue Welle von Auswanderungen befürchtet

Sie sind nicht mehr bereit, noch länger auf Veränderungen zu warten. Insgesamt würden 20 Prozent der Russen ihren ständigen Wohnsitz am liebsten ins Ausland verlegen. Unter den Auswanderern befinden sich viele mit Hochschulausbildung. Reiche Russen haben sich in der Regel in mehreren europäischen Ländern etabliert. Besonders beliebt sind London, Liechtenstein und die Schweiz. Hier haben russische Unternehmer nicht selten Immobilien erworben oder auch Niederlassungen gegründet, damit ihre Kinder dort nach ihrem Studium eine Beschäftigung haben.

Doch auch einfache Leute suchen vermehrt den Weg ins Ausland, wohl wissend, dass sie dort nicht unbedingt paradiesische Zustände erwarten. Sie verlassen Russland, um ihren Kindern eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Der Westen lockt mit Stabilität, Sicherheit und dem Schutz des Eigentums.

In den vergangenen 20 Jahren hat sich die Zahl der auswanderungswilligen Russen vervierfacht. Eine besorgniserregende Entwicklung vor dem Hintergrund des seit Jahren anhaltenden demografischen Problems. Programme der Regierung, wie Putins „Repatriierungsprogramm", das im Ausland lebende Russen die Rückkehr erleichtern sollte, blieben erfolglos. Als Grund sehen Experten gescheiterte Reformen an.

Beliebt ist bei russischen Auswanderern die deutsche Hauptstadt. Zum einen ist Berlin von der Heimat nicht so weit entfernt, zum anderen gibt es hier russische Parallelinfrastrukturen. In Marzahn, Charlottenburg und Lichtenberg gibt es russische Kaufhäuser, Apotheken, Ärzte, Bibliotheken und Kultureinrichtungen. Neue Auswanderer müssen sich hier nicht mühsam integrieren. Schon einmal war Berlin von Russen bevölkert worden. In Folge der Revolution lebten in den 20er Jahren etwa 360 000 russische Emigranten im Raum Berlin.

ER-Chef Wassiljew fürchtet eine neue Auswanderungswelle, die sich katastrophal auf das Land auswirken würde, wenn Russland wieder, wie bei der Emigrationswelle in den 70er und 80er Jahren die Intelligenz und Fachkräfte verlöre. Eine Tendenz dorthin zeichnet sich gerade ab.

Manuela Rosenthal-Kappi

Hässliche Insel

London will Südosteuropäer abschrecken

Es ist eine besondere Art von Werbekampagne, über die nach Presseberichten in der britischen Regierung nachgedacht wird. Bulgaren und Rumänen soll durch Negativwerbung die Lust auf Auswanderung nach Großbritannien genommen werden. Gedacht ist etwa an TV-Spots, die die Negativseiten eines Lebens auf der britischen Insel zeigen sollen – vom schlechten Wetter bis zur gewöhnungsbedürftigen englischen Küche.

Mit TV-Spots gegen Zuwanderungswelle

Der Hintergrund der erstaunlichen Gedankenspiele ist, dass im Dezember 2013 die Zuzugsbeschränkung wegfällt, die bei der Aufnahme der beiden südosteuropäischen Länder in die EU vereinbart wurde. Mehrere hunderttausend Bulgaren und Rumänen könnten sich dann auf den Weg nach Großbritannien machen, so einige Schätzungen.

Der Hintergrund der Bemühungen Camerons, dies zu verhindern, ist leicht ausgemacht. Bei den nächsten Parlamentswahlen im Jahr 2015 könnte eine massive Zuwanderungswelle ihn den Wahlgewinn kosten. In den letzten Jahren hat sich auf der Insel ein erstaunliches Phänomen eingestellt: Trotz Wirtschaftskrise sind seit 2010 rund 1,3 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden. Die Kehrseite des „Jobwunders" in der Krise sind jedoch gesunkene Löhne. Vollzeitarbeitsplätze sind verschwunden und in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt worden. Für Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien könnte allerdings selbst das gesunkene Lohnniveau noch anziehend sein, so die Befürchtung bei Camerons Tories.

Über die Ursachen der „jobreichen Depression" rätseln die Ökonomen. Eine der Vermutungen ist, dass in der Wirtschaft ein Umbau stattfindet – weg von den bisher dominierenden Bau- und Finanzsektoren und hin zu Wirtschaftszweigen mit besseren Aussichten. Die Angst der Tories, dass die Lage auf dem Arbeitsmarkt 2015 einen großen Einfluss auf die Wahlen haben wird, ist begründet, denn momentan ist die wirtschaftliche Lage Großbritanniens schlechter als zum Zeitpunkt nach der Weltwirtschaftskrise von 1929, so die Einschätzung von George Buckley, Chefökonom der Deutschen Bank in London, gegenüber der „Wirtschaftswoche". Während die USA und Deutschland längst wieder über dem Vorkrisenniveau lägen, sei in Großbritannien die Wirtschaftsleistung heute immer noch um 3,3 Prozent niedriger als vor der Finanzkrise. *N.H.*

Berlusconi bekommt Aufwind

Bankenskandal bringt wieder Bewegung in italienischen Wahlkampf – Ausgang ungewiss

Noch auf den letzten Metern könnten die Karten im italienischen Wahlkampf neu gemischt werden, denn ein Skandal um die älteste Bank der Welt in Siena beginnt immer weitere Kreise zu ziehen. Zumindest aus Sicht des Wahlbündnisses von Premierminister Mario Monti und des Mitte-Links-Lagers um Pier Luigi Bersa-ni ist es ein wahrer Alptraum, was sich wenige Wochen vor den Wahlen in Italien abspielt. In der Schlussphase des Wahlkampfes nimmt ein Bankenskandal immer mehr Fahrt auf, der sowohl für Monti als auch für den Wahlfavoriten, Bersanis Demokratische Partei, gefährlich werden kann. Im Zentrum der Affäre steht das Bankhaus Monte dei Paschi di Siena – die älteste Bank der Welt. Nachdem Italiens drittgrößte Bank bereits zweimal Staatsgelder erhalten hat, ist nun bekannt geworden, dass sie sowohl hochriskante Spekulationsgeschäfte über Jahre verheimlicht hat als auch Verluste, die daraus entstanden sind. Momentan liegt man immerhin bei einer Schadenssumme von rund 720 Millionen Euro. Obwohl der Bank erst im November 2012 mit 500 Millionen Euro vom Staat unter die Arme gegriffen wurde, wäre die Bank ohne die Steuerzahler nun abermals faktisch pleite.

Die neuerliche Schieflage der traditionsreichen Bank ist gleich aus mehreren Gründen auch politisch hochbrisant. Sowohl in Siena als auch bei der Bank Monte dei Paschi di Siena hatten seit der Nachkriegszeit zuerst die Kommunisten, später dann die Partito Democratico einen entscheidenden Einfluss. Schaden wegen des Filzes in Siena könnten allerdings nicht nur Bersanis Demokraten nehmen. Auch für Monti kommt der Bankenskandal zur Unzeit. Zum Ende seiner Amtszeit gilt er als entzaubert. Viel wurde von ihm angekündigt, außer rabiater Steuereintreiberei hat er an den italienischen Verhältnissen wenig geändert. Genüsslich wird er nun von Berlusconis Medienimperium als derjenige vorgeführt, der die Steuern erhöht hat, um eine von Linken heruntergewirtschaftete Bank zu retten. Einen Gegenentwurf liefert Berlusconi inzwischen auf Wahlkampfveranstaltungen gleich mit. Er verspricht den Bürgern die Rückerstattung der erst im vergangenen Jahr eingeführten Immobiliensteuer.

Wahrer Albtraum für Premierminister Mario Monti

Montis Chancen, nach den Wahlen weiterhin Ministerpräsident zu bleiben, sind ohnehin denkbar gering. Eine Koalition mit Bersanis Demokraten gilt zwar als gemachte Sache, die führende Rolle bei der Regierungsbildung dürfte angesichts von Montis Schwäche allerdings bei der Demokratischen Partei liegen. Für Monti würde dies bedeuten, statt selbst Regierungschef zu werden, würde er nur Minister in einer Koalitionsregierung. Tatsächlich könnten die Vorgänge bei der Bank Monte dei Paschi selbst solch abgespeckten Zukunftsplänen noch einen Strich durch die Rechnung machen. Erhärten sich Vermutungen, von denen in der Tageszeitung „La Republicca" berichtet wurde, dann steckt in der aktuellen Affäre um die Bank Monte dei Paschi noch ganz anderer politischer Sprengstoff. Inzwischen wird von der Staatsanwaltschaft nämlich auch ein Geschäft mit der spanischen Bank Santander aus dem Jahre 2007 unter die Lupe genommen. Auffällig war bisher schon, dass von Seiten der Monte dei Paschi ein ungewöhnlich hoher Kaufpreis von neun Milliarden Euro für die Regionalbank Antonveneta gezahlten wurde. Nun steht der Verdacht im Raum, bei dem Geschäft könnte Schmiergeld im Spiel gewesen sein. Möglicherweise wurden bis zu zwei Milliarden Euro von der überhöhten Kaufsumme abgezweigt und sind dann über Konten in London zurück nach Italien geflossen. Vom „Kick Back" profitiert haben könnten nicht nur Banker, sondern auch italienische Politiker. Sollte sich der Verdacht erhärten und ihm gar prominente Namen folgen, dann könnte bei den italienischen Wahlen wieder alles offen sein.

Von der Vergangenheit eingeholt werden könnte allerdings auch noch jemand anders: Mario Draghi, der Chef der Europäischen Zentralbank. War er bisher nur wegen seiner früheren Tätigkeit bei der US-amerikanischen Investmentbank Goldman Sachs in der Kritik, so ist nun seine Amtszeit als Gouverneur der Banca d'Italia von 2005 bis 2011 in den Blick gerückt. Als Chef der Zentralbank war Draghi just in dem Zeitraum oberster Bankenaufseher Italiens, als die bisher verheimlichten Derivategeschäfte der Monte dei Paschi abgeschlossen wurden. Bisher konnte Draghi die Kritik noch abwehren, inzwischen ermittelt die Staatsanwaltschaft allerdings gegen vier weitere Banken, ebenfalls wegen Unstimmigkeiten bei Spekulationsgeschäften. *H.M.*

Affront gegen Schäuble

EZB-Chef beleidigt den Bundesfinanzminister, weil dieser die Systemrelevanz Zyperns infrage stellt

Als gescheitert kann der Versuch von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gelten, im umstrittenen Fall von Zypern einmal den Automatismus der Euro-Rettungsversuche zu unterbrechen.

Für den letzten „Europäer“ im Kabinett Merkel muss das jüngste Finanzministertreffen eine recht ungewohnte Erfahrung gewesen sein. Schäuble hatte sich den Unmut von Mario Draghi, Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), zugezogen und musste sich relativ unverklausuliert anhören, als Finanzminister mehr oder weniger inkompetent zu sein.

Schäuble hatte es gewagt, Zweifel daran anzumelden, dass Zypern für den Weiterbestand der Euro-Zone systemrelevant sei und deshalb ein Rettungspaket erhalten müsse. Die Antwort Draghis hatte es in sich: So etwas höre er allerorten von Juristen, so der EZB-Chef. Die Frage, ob Zypern systemrelevant sei oder nicht, sei aber keine, die Juristen beantworten könnten. Das sei Sache von Ökonomen. Schäuble ist Jurist. Rückendeckung erhielt Draghi umgehend vom EU-Währungskommissar Olli Rehn und dem Chef des Europäischen Rettungsschirms ESM, Klaus Regling.



Der deutsche Finanzminister (r.) ist empört: EZB-Chef Draghi sprach ihm die Kompetenz ab, die Zypernfrage zu beurteilen Bild: Getty

Im Klartext ist die Zurechtweisung Schäubles nichts anderes als ein weiterer Tabubruch im Zuge des Aktionismus zur Euro-Rettung. Nachdem das Verbot der gegenseitigen Schuldenhaftung oder das Staatsfinanzierungsverbot durch die EZB längst beiseite gefegt wurden, wird nun sogar demokratisch legitimierten Politikern wie dem deutschen Finanzminister die Kompetenz abgesprochen, überhaupt noch mitzuentscheiden, wer mit Steuergeldern mal wieder gerettet werden soll. Es ist spät genug, dass Schäuble einmal Zweifel am Rettungsautomatismus anmeldet.

Vor allem mit Blick auf die Bundestagswahlen im Herbst ist der Fall Zypern brisant. Den deutschen Wählern dürfte die Logik des Rettungspakets schwer zu vermitteln sein. Daheim wird energisch gegen Steuerhinterzieher vorgegangen, im Fall von Zypern sollen aber Steuerhinterzieher mit dem Geld deutscher Bürger vor Verlusten bewahrt werden. Über Jahre hat sich Zypern zum Paradies für Steuerbetrug und zur Finanzoase russischer Oligarchen entwickelt, selbst der Vorwurf der Geldwäsche für osteuropäische Kriminelle steht im Raum. Zwar scheint es bei Zypern in absoluten Zahlen nicht um hohe Summen zu gehen, gemessen an der Wirtschaftsleistung der Insel sprengen die Forderungen aus Nikosia allerdings alles bisher Dagewesene. Mit 17,5 Milliarden Euro würde das Hilfspaket ziemlich genau dem entsprechen, was die rund 850000 griechischen Zyprioten im Jahr erwirtschaften.

Mit der Systemrelevanz des zweitkleinsten Mitgliedstaates der Euro-Zone ist es nicht weit her. Zwar ist das Bankensystem für Zypern völlig überdimensioniert, gemessen im europäischen Vergleich ist die Bedeutung der Banken allerdings gering. Die Bilanzsumme der zypriotischen Institute betrug im Jahr 2011 rund 110 Milliarden Euro – lediglich 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Euro-Zone. Kaum einzusehen ist, warum das zypriotische Bankensystem den Euroraum in Einsturzgefahr bringen soll. Wie weit sich das Thema „Rettungspaket für Zypern“ politisch ausschlachten lässt, hat inzwischen auch der SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück erkannt. Gegenüber dem „Spiegel“ zählte er vier Punkte auf, die erfüllt sein müssten, bevor die SPD im Bundestag der Milliardenhilfe für Zypern zustimmt. Erwartet wird, dass Nikosia sein Steuerdumping beendet, gegen Geldwäsche vorgeht, eine Konsolidierung des Ban-kensektors bis hin zur Abwicklung einzelner Banken vornimmt und eine Finanztransaktionssteuer einführt.

> Zypern gilt als Paradies für Geldwäscher und Steuerbetrüger

Dass die SPD ein Rettungspaket für Zypern nicht ohne Weiteres durchwinken will, ist für die Bundesregierung nicht ungefährlich. Auch in den Reihen der eigenen Fraktionen von Union und FDP gibt es genug Zweifler, die Zypern für nichts anderes als eine Steuer- und Schwarzgeldoase halten. Kommt es zu einer Abstimmung, könnte die Kanzlermehrheit in Gefahr sein wie selten. Schäuble dürfte allerdings der Letzte sein, der sich über die Entwicklung beschweren kann: Oft genug hat er dem Bruch europäischer Verträge zugesehen und den Euro-Rettungsaktionismus als „alternativlos“ gerechtfertigt. Pikanterweise ist es gerade mal rund ein halbes Jahr her, dass der deutsche Finanzminister ausgerechnet eine Laudatio auf Draghi gehalten hat. Bei der Verleihung des M100-Medienpreises im September 2012 pries Schäuble den EZB-Präsidenten noch als einen der „Großen“ des Kontinents. Der Tag der Preisverleihung fiel just mit der Ankündigung der EZB zusammen, Anleihen von Euro-Krisenstaaten aufzukaufen. Auch beim jüngsten Zusammentreffen Schäubles und Draghis hatte die EZB etwas zu vermelden: Die EZB will künftig von Geschäftsbanken Anleihen des Euro-Rettungsschirms ESM als Sicherheiten für Kredite akzeptieren. Auch bei der Staatsfinanzierung per Notenpresse ist damit ein neues Stadium erreicht. *Hermann Müller*

KURZ NOTIERT

EZB pumpt Geld nach Serbien: Die Europäische Zentralbank (EZB) pumpt seit zwei Jahren Millionen Euro nach Serbien. Damit soll das Land und seine Notenbank auf den Beitritt zur EU und zum Euro vorbereitet werden. Wie jetzt bekannt wurde, soll das Unterstützungsprogramm zunächst bis Jahresende fortgesetzt werden. *H.H.*

Spanien ohne Auflagen: Spanien verweigert nach wie vor einen Schuldenschnitt, also einen offenen, teilweisen Staatsbankrott. Dies, obwohl sich die Experten nahezu einig sind, dass das Land bankrott ist. Stattdessen baut Madrid offenbar darauf, dass die EZB, wie angekündigt, ohne Sparauflagen unbegrenzt spanische Schulden in ihre Bilanz nimmt. Damit würden die Sparanstrengungen anderer Länder zunehmend infrage gestellt. *H.H.*

Bauzinsen steigen wieder: Nach historischen Tiefständen erwarten die deutschen Banken, dass Bauzinsen in diesem Jahr anziehen. Dies ergab eine Umfrage der Bundesbank. Danach sind risikoreiche Kredite für den Erwerb eines Eigenheims bereits in den letzten Monaten des vergangenen Jahres wieder teurer geworden. Grund für den Anstieg sei, dass die Kreditgeber angesichts hoher Immobilienpreise die Risiken bei der Kreditvergabe schärfer in den Blick nähmen. *H.H.*

Nah an der Pleite: Zwar behauptet der französische Arbeitsminister Michel Sapin inzwischen, er habe den Ausspruch „Frankreich ist vollkommen pleite“ ironisch gemeint, doch das ändert nichts an der Lage der Sozialkassen. Es bahnt sich an, dass aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit die Arbeitslosenversicherung 2013 ein Defizit von fünf Milliarden Euro machen wird. Noch höher wird das Minus bei der Rentenkasse vermutet. Im Grunde muss das Arbeitslosengeld reduziert und die vom sozialistischen Präsidenten François Hollande als Wahlversprechen zurückgenommene Rentenreform von Nicolas Sarkozy noch verschärft werden, doch die Sozialisten zögern noch. *Bel*

Mit Beharrlichkeit zum Ziel

EFTA-Gerichtshof weist Schadenersatzklage gegen Island ab

Der Gerichtshof der Europäischen Freihandelszone (EFTA) in Luxemburg hat in der letzten Woche entschieden, dass Island auf seinem Weg aus der Finanzkrise kein Gesetz des Europäischen Gemeinschaftsrechts gebrochen habe. Island hatte sich nach einer Volksabstimmung geweigert, 350000 niederländische und britische Anleger der isländischen Bank Icesave zu entschädigen, so dass die jeweiligen Regierungen die Garantiezahlungen selbst übernehmen mussten. Daraufhin verklagten die britische und die niederländische Regierung den isländischen Staat auf Schadenersatzzahlungen in Höhe von rund 3,8 Milliarden Euro exklusive Zinsen.

Diese Klage wurde nun in Luxemburg von der EFTA mit der Begründung verworfen, dass der Staat und damit auch der Steuerzahler bei einem unzureichenden System der Einlagensicherung nicht zur Haftung verpflichtet seien. Icesave, eine Tochter der Privatbank Landsbanki, war im Oktober 2008 mit den zwei anderen großen Kreditinstituten Islands insolvent gegangen. Damit konnte mangels Masse nicht auf den isländischen Bankengarantiefonds „Tryggingarsjósur“ zurückgegriffen werden, der mit bis zu 20000 Euro pro Konto hätte haften sollen. Für die inländischen Anleger kam der isländische Staat mit einer Garantie der Guthaben auf, die ausländischen Kontoinhaber wurden jedoch abgewiesen und gingen leer aus. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Briten und Niederländern, da Icesave wenige Jahre zuvor in jenen Ländern hunderttausende Kunden mit attraktiven Sparangeboten zu fünf Prozent Zinsen, die dann sogar noch stiegen, gewonnen hatte. Entsprechend wurde dann auch mit insgesamt etwa sechs Milliarden Euro verhältnismäßig viel Geld angelegt, das dann durch den Zusammenbruch der Bank vollständig verloren ging.

> Staat haftet nicht für unzureichendes Einlagengarantiesystem

Die Klage Großbritanniens und der Niederlande basierte auf der von den Klägern als rechtswidrig kritisierten Benachteiligung der nicht-isländischen Kontoinhaber wegen ihrer Staatsbürgerschaft. Die Argumentation der Kläger: Da Island zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) gehöre, unterliege es wie auch die Klägerstaaten dem Kapitalverkehr des Europäischen Binnenmarktes. Deshalb dürfe es die Kontoinhaber nicht wegen ihrer Staatsangehörigkeiten unterschiedlich behandeln und Schadenersatzzahlungen verweigern. Diesen Punkt der Klage wiesen die Luxemburger Richter jedoch zurück, da es in der EU-Bankendirektive keine ausdrückliche Regelung des Falles eines unzureichenden Bankeneinlagengarantiesystems gebe. Die Staatshaftung Islands für die Verluste der von ausländischen Staatsangehörigen gehaltenen Konten könne somit nicht erzwungen werden. Mit seiner Entschlossenheit und Beharrlichkeit hat der kleine Inselstaat Island eine enorme Verschuldung, die die Isländer auf Jahrzehnte belastet hätte, verhindert.

Sindri Grétarsson/M.H.

(siehe Kommentar Seite 8)

Strom aus der Wüste?

Import aus Krisenländern würde Versorgungssicherheit gefährden

Wind-, Wasser- und Sonnenkraftwerke sowie Stromtrassen von Norwegen bis in die Sahara und in den Nahen Osten sollen bis 2050 einen großen Teil des europäischen Stromverbrauchs decken. Das ehrgeizige Infrastrukturprojekt Desertec, bestehend aus der Desertec-Foundation und der Industrie-Initiative Dii, hat ein Investitionsvolumen von 400 Milliarden Euro (siehe *PAZ* 10/09 und 26/09), birgt jedoch einige Risiken. Dii-Geschäftsführer Paul van Son betonte in einem Interview mit der „Zeit“ Ende 2012, dass letztlich der Markt über den privatwirtschaftlichen Erfolg entscheide, setzte aber gleichzeitig auf staatliche Unterstützung, wie den Stromnetzausbau. Bundeswirtschaftsminister Phillip Rösler zeigte sich skeptisch und warnte vor „zu viel Euphorie“. Er sieht die beteiligten Unternehmen in der Pflicht, weitere Partner zu gewinnen, bevor es zu einer gemeinsamen politischen Absichtserklärung komme. Denn wie bei der deutschen Energiewende auch, müssen Fragen der Finanzierung beantwortet werden. Unklar ist beispielsweise, wer Spanien für die Weiterleitung des Stroms von Marokko nach Frankreich und Deutschland entschädigen soll.

Gegenüber der Osnabrücker Zeitung sagte Rösler im Dezember 2012, dass die Bundesregierung grundsätzlich bereit sei, ein von RWE in Marokko geplantes Pilotprojekt zu unterstützen. RWE plant am Standort Ouarzazate Photovoltaik- und Windkraftanlagen mit rund 100 Megawatt sowie ein solarthermisches Kraftwerk mit 150 Megawatt. Die Kosten werden auf 130 bis 150 Millionen Euro geschätzt, dürften aber weitaus höher liegen. Siemens, das aus Desertec ausgestiegen ist, zog sich aus dem Geschäftsfeld der kostenintensiven Solarthermie zurück. Der Konzern hatte 2009 für 418 Millionen US-Dollar das israelische Unternehmen Solel erworben, musste jedoch bereits im September 2011 einen erheblichen Teil des Kaufpreises abschreiben. Siemens-Vorstand Michael Süß sieht zukünftig vor allem Chancen für Spezialanbieter im weltweiten Markt für Solarthermie.

> Bundesregierung ist bereit, Projekte zu unterstützen

Neben den technischen Schwierigkeiten und der Finanzierungsfrage, die die Initiatoren hoffen, lösen zu können, wird über geopolitische Risiken bei Desertec kaum gesprochen. Die Geiselnahme von Arbeitern einer Gasförderanlage in Algerien im Januar 2013 zeigte, wie unsicher die Bedingungen für Unternehmen in Nordafrika sein können. Van Son gibt sich jedoch optimistisch und sieht das Projekt durch den Terrorismus nicht gefährdet. Die Desertec-Befürworter gehen davon aus, dass sich durch Investitionen die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit erhöht und die Regionen sich stabilisieren. Der frühere Wirtschaftsminister Rainer Brüderle sah in einer staatlichen Förderung gleichzeitig die Funktion einer Entwicklungshilfe.

Riskant bleibt es dennoch, in keinesweg krisensicheren Ländern Strom für Europa produzieren zu wollen. Eine Beteiligung Deutschlands an Desertec konterkariert das Ziel der Bundesregierung, dass erneuerbare Energien für mehr Unabhängigkeit von Vergenergieimporten und für mehr Versorgungssicherheit sorgen sollen. *U. Blode*

Rechtfertigung

Von Manuel Ruoff

Die Verteidigung der EU-Kommission gegen die Kritik an den hohen Gehältern der EU-Beamten (Seite 2) gleicht in manchem der eines Ertappten, der mit dem Finger auf andere zeigt, die auch nicht besser seien. Zum ersten wird gar nicht erst der Versuch unternommen, die wegen ihrer Höhe kritisierten Bezüge herunter zu rechnen. Stattdessen wird versucht, die der Kanzlerin hoch zu rechen. Des Weiteren wird darauf verwiesen, dass es den deutschen Beamten im Allgemeinen und denen im Auslandseinsatz im Besonderen ja auch nicht schlecht ergehe. Da ist sicherlich etwas daran. Aber die Tatsache, dass die Deutschen im EU-Apparat diskriminierend unterrepräsentiert sind, darauf zurückzuführen, dass der EU-Dienst für diese so wenig attraktiv sei, ist schon – bemerkenswert. Aber wohl die Höhe ist der als Entschuldigung gemeinte Hinweis seitens der Kommission, dass sie bereits vor Längerem Gehaltskürzungen vorgeschlagen habe. Die Kommission sieht also selber Reformbedarf und das schon seit Längerem. Da muss sich doch auch der wohlmeinendste EU-Bürger fragen, warum dann bis jetzt in der Richtung immer noch nichts geschehen ist, und die Hoffnung fahren lassen, dass sich daran noch etwas ändern wird.

Vom Kleinen lernen

Von Sindri Grétarsson

Die Rolle Islands und die des isländischen Volkes während der Finanzkrise sind einzigartig. Anstatt auf Ratschläge der EU zu hören, verstaatlichte Island alle Banken und ließ sie kontrolliert pleite gehen. Der Inflation der Krone wurde aktiv entgegengewirkt, was mit einem isländischen Euro nicht funktioniert hätte. Nur weil Großbritannien und die Niederlande dem kleinen Inselstaat drohten, Gelder des Internationalen Währungsfonds zurückzuhalten und von englischer Seite sogar mit Antiterrorgesetzen gegen Island gearbeitet wurde, war die isländische Regierung zunächst gewillt, mit ihnen über eine Schadenersatzzahlung zu verhandeln. Mitte 2009 wurde eine Regelung entworfen, durch die Island etwa 3,8 Milliarden Euro bis 2023 zahlen sollte.

In dieser Situation zeigte der isländische Präsident Olafur Ragnar Grímsson Verantwortungsbewusstsein und Entschlossenheit, indem er sich weigerte, das Gesetz zu unterzeichnen. Er hielt es für ungerecht, dass das isländische Volk die Lasten, die sich aus der Finanzkrise ergaben, allein tragen sollte. Ende 2009 wurde das sogenannte „Icesave-Gesetz“ – mit den von Grimsson durchgesetzten Änderungen – verabschiedet, das den Forderungen der Briten und Niederländer immer noch weitgehend entsprach. Doch hier spielte das isländische Volk nicht mit und protestierte gegen das Gesetz, das zu einer Pro-Kopf-Zahlung von etwa 11000 Euro geführt hätte. Wieder war es der Präsident, der sein Veto einlegte und eine Volksabstimmung veranlasste. Bei dieser stimmten 93,2 Prozent der Wähler gegen das Gesetz. Neue Verhandlungen 2011, wonach die Zahlungen bis 2046 „gestreckt“ werden sollten, wurden vom Volk ebenfalls abgelehnt. Da jetzt auch die Klage vor dem Gerichtshof der EFTA abgewiesen wurde, befindet sich Island wieder in Sicherheit. So steckt es durch die Stimme des Volkes nicht für über 30 Jahre in Schulden. Vom kleinen, im europäischen Vergleich unbedeutenden Inselstaat Island können die Völker Europas und ihre Präsidenten lernen.

Chance für die FDP

Von Hans Heckel

Ist Rainer Brüderle das Opfer einer Kampagne der „internationalen Hochfinanz“? Jener Kreise also, die sich auf „Bilderberg“-Konferenzen oder in machtvollen, global agierenden Elite-Zirkeln wie der „Trilateralen Kommission“ oder dem „Council of Foreign Relations“ und angehängten Kreisen treffen und die Weltlage erörtern, Ziele koordinieren und gewiss auch die eine oder andere Karriere schieben (siehe Seite 5)?

Zeitgenossen, die viel auf ihre nüchterne Betrachtungsweise halten, sind leicht geneigt, derlei lächelnd als wüste Verschwörungstheorie wegzuwischen. Allerdings: Was ist überhaupt eine „Verschwörung“? Im Grunde bedeutet das Wort nur, dass einige Leute etwas vereinbart haben, wovon sie der interessierten Öffentlichkeit nichts erzählen. Mit anderen Worten: Was wir dunkel raunend als „Verschwörung“ bezeichnen, ist Alltag in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, sie geschieht täglich und überall.

Nun ist es aber ein Unterschied, ob sich die Nachbarn einer Laubenpiperkolonie „verschwören“, oder ob dies in einem globalen Netzwerk höchstrangiger Politiker und Finanzkapitäne geschieht, deren Arm die Geschicke der Welt fundamental beeinflussen kann. Sich über deren mögliche Vereinbarungen eine „Theorie“ zu bilden, ist nicht verwerflich. Es ist sogar die unerlässliche Aufgabe eines jeden Erdenbürgers, der sich ein realistisches Bild von seiner Epoche machen will.

Endlich wieder Sparer, Mittelschicht und Fleißige beschützen

Für viele war es eine Überraschung, in welch deutlichem, offenen Wort ausgerechnet der liberale Fraktionschef Brüderle hinwies auf die Existenz und mögliche Zielrichtung jener mächtigen internationalen Netzwerke. Gilt in den Augen der Mehrheit doch gerade seine FDP als „Partei des großen Geldes“.

War es vielleicht bloß eine billige Retourkutsche auf diesen Vorwurf gegen die „Bilderberger“ Steinbrück und Trittin – „Sieh her, die sind auch nicht sauber“?

Oder hat, was die „Verschwörungstheorie“ nahelegen will, Brüderle aus Überzeugung gesprochen und dabei einen Rubicon überschritten, wofür er nun bestraft wird?

Sollte Letzteres zutreffen, wäre es für viele enttäuschte FDP-Wähler eine erfreuliche Überraschung. Zu sehr haben sich die Parteiliberalen in den Augen einst treuer Anhänger von ihrem Auftrag als Beschützer der Mittelschicht, der Sparer, Steuerzahler und Leistungsträger entfernt, indem sie dem Aberwitz einer milliardenschweren „Umverteilung von Fleißig zu Reich“ im Rahmen der Euro-Politik ihren Segen gaben. Zu weit haben sie ihre Kernmarke als Speerspitze von Rechtsstaat und Demokratie geopfert zugunsten eines eurokratischen Zentralismus, dessen ausgreifende Macht Rechte und Regeln niederwalzt.

Doch zunächst müssen Brüderle und seine FDP noch beweisen, dass die Aussagen des Spitzenkandidaten nicht nur Ausdruck eines lichten Moments waren, nachdem sie in tumbe Gefolgsamkeit zurückfallen. Die reale Politik der Freidemokraten stimmt da leider pessimistisch. Dröhnende Europa-Bekenntnisse und – von wenigen Ausnahmen abgesehen – stures Abnicken im Bundestag bestimmen hier nach wie vor die Richtung.

So findet sich Brüderle am Ende zwischen allen Stühlen wieder. Die einen jagen ihn, weil er sich mit der „Hochfinanz“ angelegt hat. Die anderen glauben ihm seine erfrischende Aufsässigkeit nicht, weil sie sich in der FDP-Politik nicht wiederfindet. Die Liberalen sollten sich endlich entscheiden, auf welcher Seite sie stehen wollen.



Keine Verfechter von Freiheit: Während die EU immer weiter die Rechte der Bürger beschneidet, träumt Ex-FDP-Chef und Außenminister Guido Westerwelle laut von den Vereinigten Staaten von Europa

Bild: Oliver Lang/dapd

Gastbeitrag

Die gestohlene Revolution – Feuer unter der Asche

Von Saeid Yeganeh

Vor 34 Jahren, am 10. Februar 1979, wurde die Tyrannei des Schahs durch den religiösen Faschismus ersetzt. Doch Freudentränen wichen sehr bald bitterem Schmerz. Wegen der langjährigen Repression, mit der der Schah das Land beherrschte, war der Bevölkerung der Gedanke an eine demokratische Alternative nicht vertraut. So konnten reaktionäre und fanatische Kräfte aus der Vergessenheit auftauchen und die Macht ergreifen.

Der Ajatollah Ruhollah Khomeini bezeichnete sich nach seiner Rückkehr aus dem Exil als „Führer“, ebenso als „Schatten Gottes auf Erden“ und gründete das höllische System der „Velayat-e Faqih“ – die totale Herrschaft des obersten Rechtsgelehrten. Die verfassungsmäßig verankerte „Velayat-e Faqih“ verleiht dem „Führer“ uneingeschränkte Machtbefugnisse; sie stellt ihn über die Verfassung.

Die fanatischen Mullahs, die immer eigene Ideen anderen aufzwingen wollen, sind unfähig, die Probleme der Gesellschaft zu lösen. Sie wollten mit den Methoden, die 1400 Jahren alt sind, regieren – sie tun es noch heute.

Die Freudentränen über den Sturz des Schahs wichen bitterem Schmerz

Im Strafgesetzbuch der Mullahs sind Kreuzigung, Steinigung, Amputation von Körpergliedern, Auspeitschen und weitere barbarische Arten von Strafen vorgesehen. Die reaktionären Mullahs wurden von Anfang an von der Bevölkerung abgelehnt. Daher wurde brutale Unterdrückung notwendig – es kam bis heute zu 120000 Hinrichtungen. Mehr als 1000 Menschen sitzen zurzeit in Todeszellen; ihre Hinrichtungen stehen kurz bevor.

Einige Zahlen machen die Lage im Iran deutlich: Die Einwohnerzahl hat sich auf 80 Millionen verdoppelt; das Durchschnittsalter beträgt 26 Jahre. 70 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze, und die Arbeitslosenzahl ist auf zehn Millionen – ein Drittel der Arbeitskräfte – angestiegen. Nicht nur mit vier Millionen Drogensüchtigen, sondern auch mit jährlich 5000 Selbstmordopfern – 1/3 Männer und 2/3 Frauen – führt der Iran die Weltlisten an. Die Inflationsrate beträgt 50 Prozent und die iranische Währung verlor 300 Prozent von ihrem Wert. Während die Revolutionsgarde die Wirtschaft des Landes vollkommen kontrolliert und die Bevölkerung in Atem hält, sind die Funktionäre des Regimes durch Ölausfuhr mit riesigen Einnahmen in Höhe von hunderten Milliarden US-Dollars zu Multimillionären geworden.

Es war von Anfang an die erklärte Strategie der Mullahs, ein sogenanntes islamisches Imperium zu errichten. Nach der Parole „Eroberung Jerusalems via Karbala (der heiligen Stadt im Irak)“ wollte man zunächst den Irak erobern. Die Hälfte der Iraker sind Schiiten, und von dort aus sollten ideologische Kräfte rekrutiert werden. Daher der achtjährige Iran-Irak-Krieg; er geht auf die Provokationen der Mullahs zurück. Später bezeichnete Khomeini den Krieg als „himmlisches Geschenk“. Auch Schulkinder wurden in die Mienenfelder geschickt. Folgen allein auf iranischer Seite: Eine Million Gefallene, zwei Millionen Invaliden und eine Billion US-Dollar Kriegsschäden.

Für die Fortführung des Expansionismus brauchte man den Export des Terrors. Zu Beginn der 90er Jahre wurde die Quds-Truppe (Quds ist Jerusalem), eine Spezialeinheit der iranischen Revolutionsgarde für exterritoriale Operationen, gegründet. Sie hat die Aufgabe, die Interessen des iranischen Regimes außerhalb des Landes militärisch zu vertreten. Die Revolutionsgarde und die Quds-Truppe sind dem religiösen Oberhaupt direkt unterstellt. Bomben-Anschläge, Geiselnahmen, Entführungen, Ermordung von rund 500 im Exil lebenden Oppositionellen, Terroranschläge weltweit sowie der unlängst ans Licht gekommene Terrorplan des Botschafters von Saudi-Arabien in den USA – das sind nur einige Beispiele für den Export des Terrors. Aktuell operiert die Truppe in Syrien und tötet syrische Frauen und Kinder. All dies zeigt die barbarisch-aggressive Natur der Mullahs.

Der letzte Irakkrieg bescherte den Mullahs bedeutenden Spielraum

Die gescheiterte Beschwichtigungspolitik des Westens, die das Regime zum Einlenken bewegen sollte, schenkte den Mullahs nur mehr Zeit sowie mehr Technologie zum Bau von Atombomben, die sie zur Erpressung der Weltgemeinschaft benötigen.

Der letzte Irakkrieg verschob das geopolitische Gleichgewicht im Nahen Osten zugunsten der Mullahs und bescherte ihnen einen bedeutenden Spielraum. Die irakische Regierung steht heute unter der totalen Kontrolle der Mullahs, die versuchen, die iranischen oppositionellen Volksmudschahedin (PMOI/MEK) in Camp Ashraf und Liberty im Irak als „ernsthafte Gefahr“ zu vernichten. Neben der gescheiterten Brandmarkung der Volksmudschahedin als Terroristen haben all diese Maßnahmen nur zum Überleben des Regimes gedient.

Schon im Vorfeld des arabischen Frühlings zeigten die Massenaufstände mit der Parole „Nieder mit der Velayat-e Faqih und der Diktatur“ im Iran, dass die Bevölkerung das Regime abschaffen will. Und jetzt beschleunigen einige bedeutende Ereignisse den Untergang der Mullahs: Das Assad-Regime ist am Ende. Die irakische Bevölkerung geht für die Entmachtung der iranischen Marionette Premierminister Nuri al-Maliki auf die Straße. Die Sanktionen gegen den Iran wirken nach und nach. Die iranische Präsidentschaftswahl im Juni 2013 könnte den Zorn der Bevölkerung zur Explosion bringen. Das wäre der Anfang vom Ende. Denn wer Wind sät, wird Sturm ernten. Ein Wandel steht auf alle Fälle bevor.

Saeid Yeganeh ist exiliranischer Publizist und Iranexperte. Er lebt und arbeitet in Berlin

Vergeigte Fördergelder

Dem Gerangel von Bund und Ländern sei »Dank«: Zuschüsse für Musiker erreichen nicht immer die richtigen Adressaten

Eine verwirrende Vielzahl an Zuschüssen und Zuwendungen an höchst profitable oder gemeinnützige Gruppen kennzeichnet die deutsche Musikförderung, bei der Bund, Länder und Kommunen unterschiedliche Ziele verfolgen und nicht immer eindeutige Rahmenbedingungen setzen.

Mit mehr als sechs Millionen verkauften CDs galt „Tokio Hotel“ 2010 als eine der kommerziell erfolgreichsten Bands Europas. Aus „außenpolitischen Erwägungen“ bezuschusste das Auswärtige Amt dennoch einen Auftritt in Japan mit 25738 Euro. Dabei darf bezweifelt werden, dass die Magdeburger Pop-Band „gesamtstaatliche Bedeutung“ besitzt, um die ohnehin guten Beziehungen zwischen Deutschland und Japan noch weiter zu verbessern.

Zudem geschah der Auftritt als Jugendbotschafter in der Tokioter Botschaft für „150 Jahre Freundschaft zwischen Deutschland und Japan“ zeitgleich mit einem Konzert der Gruppe in dem Land, so dass die Höhe der Zuwendung kritikwürdig war, weil die Repräsentation des eigenen Landes ein Ehrenamt sein sollte und Aufwendungen für Flug und Übernachtung ohnehin angefallen wären. Wie sich als Antwort auf Anfrage der SPD 2011 herausstellte, gibt es keine übergreifende Strategie: Auswärtiges Amt, die anderen Bundesministerien sowie der Kulturstaatsminister koordinieren ihre Aktivitäten unzureichend.

Die historisch gewachsene Musikförderung des Bundes reicht von den Bayreuther Festspielen, über die Bewahrung des Erbes und der Auseinandersetzung mit dem Werk Richard Wagners bis zur Rock- und Popmusik. Seitdem der Bundesrechnungshof 2011 bei den Festspielen, die zuletzt 2,3 Millionen Euro erhielten, die Vergabe von Gratis-Eintrittskarten und festen Kartenkontingenten an Politiker und Prominente rügte, sollen mehr Karten in den freien Verkauf gelangen.



Viele Bands (hier die Toten Hosen beim Echo-Musikpreis) wurden staatlich gefördert Bild: ECHO Pop

Zur „Förderung der (professionellen) populären Musik“ gab der Bund 75000 Euro als „einmalige Anschubfinanzierung“ für den Musikpreis „Echo Jazz“ aus. Die Deutsche Phono-Akademie des Bundesverbandes Musikindustrie vergibt diesen Preis seit 2010, um ihre bekanntesten und erfolgreichsten Künstler zu ehren. Von 2013 bis 2015 wird der Echo Jazz in Hamburg verliehen und wird dann von der Hansestadt mit 100000 Euro jährlich unterstützt. Dabei tritt der gebührenfinanzierte Sender NDR bereits als Medienpartner auf und überträgt die Veranstaltung. „Mit der Verleihung des ‚Echo Jazz‘ entwickelt sich Hamburg immer mehr zur deutschen Hauptstadt des Jazz“, freute sich indes Hamburgs Kultursenatorin Barbara Kisseler und übersah, dass der Steuer- und Gebührenzahler eine Werbeveranstaltung der privaten Musikindustrie mitfinanziert.

2012 bemängelte der Landesrechnungshof Niedersachsen den Einfluss des Landes auf den Norddeutschen Rundfunk (NDR). Im Einvernehmen mit dem Land verwendet der NDR einen Teil seiner Rundfunkgebühr für die Musikförderung als landesgesetzliche Zweckbestimmung, rund 600000 Euro jährlich. So dürfe nur der NDR über die ihm zugewiesenen Gebührenmittel entscheiden, mahnten die Rechnungsprüfer. Die Mitgliedschaft des zuständigen Landesfunkhausdirektors in der Vergabejury, in der auch das Land vertreten ist, sei alleine kein Beweis, dass der Programmbezug garantiert ist. Eine eindeutige Dokumentation in den Protokollen der Jury sei vielmehr notwendig. Die Staatskanzlei wies die Kritik zurück und teilte mit, dass sich die „partnerschaftliche Förderpraxis“ bewährt habe.

Einen neuen Weg der Musikförderung will das Land Berlin mit einem sogenannten „Musicboard“ gehen. 2013 stehen im Landesetat eine Million Euro für die Vermittlung zwischen Kultur und Wirtschaft zur Verfügung. Die Forderung nach einer Kontakt- und Förderstelle ging dabei von der Branche und nicht von der Politik aus, wie die neue Musikbeauftragte Katja Lucker in einem Interview mit der „Berliner Morgenpost“ erklärte. Der Regierende Bürgermeister und Kultursenator Klaus Wowereit zeigte sich begeistert: „Wir werden in innovative Projekte investieren, durch die sich positive Effekte für die Popmusikszene und -wirtschaft insgesamt ergeben.“

> Wirtschaft profitiert von Fördergeldern für die Künstler

Dabei kann das hoch verschuldete Berlin nicht einmal die Versorgung des Nachwuchses an Musikschulen und Regelschulen sicherstellen. Zwar müssen die Bezirke laut Schulgesetz eine Musikschule anbieten, der Umfang ist ihnen aber freigestellt. Der Deutsche Musikrat geht von insgesamt 8000 Kindern auf den Wartelisten der Musikschulen aus. Teilweise gibt es bereits Wartezeiten von bis zu drei Jahren. Der Berliner Landeselternausschuss kritisierte 2012, dass die Senatschulverwaltung den Stundenausfall an den Regelschulen nicht näher beziffern könne und die fachfremde Vertretungsquote 25 Prozent betrage.

Die Beauftragte Lucker betonte, dass die Pop- und Rockmusik besonderer Förderung bedürfe, und überging dabei, dass der Berliner Senat bereits 300000 Euro jährlich für den Bereich der Unterhaltungsmusik ausgibt. Inwieweit es sich beim „Musicboard“ eher um eine Kultur- als um eine Wirtschaftsförderung handelt, bleibt abzuwarten. Eine klare Vorgehensweise scheint noch nicht zu bestehen.

Das Eintreten der öffentlichen Hand für die heimische Musik sollte beispielsweise dann überdacht und genauestens begründet werden, wenn kommerzielle und finanziell erfolgreiche Veranstaltungen und Gruppen sich auch ohne staatliche Unterstützung tragen. Nach Angaben der Künstlersozialkasse beträgt das durchschnittliche Jahreseinkommen der Versicherten gerade einmal 12005 Euro, so dass bereits anderweitig Förderungsbedarf bestehen könnte, nämlich für Künstler, die am Rande des Existenzminimums leben.

Das finanziell klamme Berlin arbeitet vor allem mit Honorarkräften und weniger mit festangestellten Lehrkräften im Musikbereich. Das spart, sorgt aber kaum für eine kontinuierliche Nachwuchsarbeit. Auch eine „anlassbezogene Abstimmung“ auf Bundesebene zeugt nicht gerade von viel Weitsicht, wenn die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Bundestages in ihrem Abschlussbericht bereits 2007 Empfehlungen zu den rechtlichen Rahmenbedingungen musischen Schaffens erarbeitet hatte. *Ulrich Blode*

Wackeliger Herrscherstuhl

Seismosgraph unter dem Thron Karls des Großes erregt die Gemüter in Aachen

Seit Mitte November letzten Jahres ist die alte Kaiserstadt Aachen um eine Attraktion reicher: Im Oktogon, dem ältesten Teil des Doms, wurde tief unter dem Marmorthron Karls des Großen ein Seismograph installiert. Zwar ist die Niederrheinische Bucht eine bekannt „wacklige“ Region – seit 1980 gab es rund 1600 Erdbeben, fast alle aber unterhalb menschlicher Wahrnehmung –, aber die neue Warnanlage hätte man auch anderswo postieren können, meinen viele Aachener Bürger.

Dem widersprachen die zuständigen Experten, Klaus Reichert von der TH Aachen und Klaus Lehmann vom Geologischen Dienst Nordrhein-Westfalens. Der Dom wurde 1978 als erstes deutsches Bauwerk ins Unesco-Weltkulturerbe aufgenommen, und was immer Bezug zum Dom hat, kann allgemeiner Aufmerksamkeit sicher sein, wie zum Beispiel der kleine Bebenwarner, dessen Wert die Flughäfen Düsseldorf und Köln und zahlreiche weitere Betriebe sehr zu schätzen wissen.

Fragt man die Aachener, dann empfinden sie das als verdienten Tribut für ihre lokale, nationale und europäische Führungsrolle. Um 793 ließ Karl, der im Jahr 800 zum Römischen Kaiser gekrönt wurde, seine Pfalzkapelle bauen, deren achteckiger Grundriss später Vorbild für zahlreiche weitere Kirchen wurde. Im mittleren Arkadenumgang des Oktogons ist Karls schlichter „Kaiserstuhl“ zu sehen, der aus Platten der Jerusalemer Grabkirche Christi gefügt ist. Karl selber wurde auf ihm nicht gekrönt, wohl aber 31 deutsche Herrscher, die bis 1531 hier inthronisiert wurden. 814 starb der Kaiser und fand seine letzte Ruhestätte im Dom, wo seine Gebeine seitdem im „Karlsschrein“ liegen.

Seine „Königliche Kirche der heiligen Maria zu Aachen“, die erst seit 1930 offiziell „Dom“ ist, baute man später prachtvoll aus.



Hält allen Beben seit über 1000 Jahren stand: Aachener Dom Bild: Archiv

Besonders beeindruckend ist die spätgotische Chorhalle („Glashaus von Aachen“) aus dem 13. und 14. Jahrhundert. Die ganze Anlage war ab 1349 mit der erstmaligen „Heiligtumsfahrt“, die alle sieben Jahre stattfindet (demnächst wieder 2014), neben Jerusalem, Rom und Santiago der bedeutendste Wallfahrtsort der Christenheit. Hauptanziehungspunkt war stets die „Aachener Domschatzkammer“, von der Albrecht Dürer sachkundig rühmte, dass „keiner köstlicher Ding gesehen hat“. Die Aachener Reliquien, unter ihnen eine „Windel Jesu“, hat er nicht erwähnt.

Am Aachener Markt, Ecke Pontstraße, verkündet eine Bronzetafel, dass Karl der Große Analphabet war, der seine Akten mit einem Goldstab signierte. In München behauptete der Privatgelehrte Heribert Illig in einem Buch, dass es Karl, die Karolinger, den Aachener Dom, ja das ganze Mittelalter nie gegeben hätten, das alles seien Lügen oder Fehldatierungen. Und ähnliche Behauptungen mehr: Der Bildungsreformer und Begründer der „karolingischen Minuskel“, der einheitlichen Buch- und Verwaltungsschrift im gesamten Frankenreich, soll ein Analphabet gewesen sein? Das können doch nur seine Feinde in Umlauf gesetzt haben, allen voran Araber, Awaren, Sachsen und Bayern, deren feigen Herzog Tassilo er 788 wegen „hariisliz“ („Heerverlassen“, das heißt „Fahnenflucht“) zum Tode verurteilen ließ, womit die „lingua theodisca“ (deutsche Sprache) erstmals aktenkundig wurde.

Viele Fragen sind indes noch offen. Wie sah Karl überhaupt aus? War er groß, wie von Einhard in seiner „Vita Karoli Magni“ beschrieben? Majestätisch wie in der „Karlsbüste“ im Aachener Domschatz oder dicklich-tumb, wie in dem (mehrfach veränderten) Reiterstandbild aus dem 9. Jahrhundert? Wird Rom seine Heiligsprechung durch Friedrich Barbarossa im späten 12. Jahrhundert doch noch anerkennen? War Karls Oktogon immer ein Sakralbau, oder plante er es anfänglich als Observatorium, durch dessen Fenster er den Lauf von Sonne und Gestirnen verfolgen konnte? Von seinem Thron aus blickte der Kaiser jedenfalls genau nach Osten, von wo er den Jüngsten Tag und das Ende aller weltlichen Herrschaft erwartete.

Der Jüngste Tag lässt zum Glück auf sich warten, Karls Erbe und sein Wert als Stammvater Europas sind allgemein anerkannt. An sie erinnert der „Karlspreis“, den die Stadt Aachen seit 1950 an verdiente „Europäer“ verleiht und den dieses Jahr die litauische Staatspräsidentin Dalia Grybauskaite erhalten wird. Was ja der Karls-Hymnus „Urbs Aquensis“ im 12. Jahrhundert vorwegnahm: „Festesfreude füllet wieder/Karls des Großen Heiligtum“. Daran kann kein Seismograph etwas ändern. *Wolf Oschlies*

In der Glasglocke

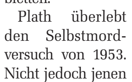
Vor 50 Jahren starb die Autorin Sylvia Plath

Ein Jahrzehnt nach ihrem Tod erlebte Sylvia Plath eine wahre „Auferstehung“: Als Ikone der Frauenbewegung geisterte sie in den 70ern durch politisch bewegte Zeiten. Studentinnen rissen sich damals Plaths einzigen Roman „Die Glasglocke“ gegenseitig aus den Händen. Es passte alles: Eine karrierebewusste Heldin, die sich nicht in die Knechtschaft einer Ehe zwingen ließ, erdacht von einer Autorin, die am Patriarchat zerbrach und 30-jährig Selbstmord beging.

Soweit der feministisch verzerrte – Mythos um Plath. Tatsächlich hätte sie wohl nie damit gerechnet, Kultfigur aller Emanzipierten zu werden. Hasste sie die Männerwelt? Wohl kaum. Die 1932 bei Boston Geborene galt als Wunderkind mit besten Schulnoten, dem eine steile College-Karriere bevorstand und das in die akademischen Fußstapfen ihres aus Deutschland eingewanderten Vaters treten wollte. Als ihr Vater – ein Biologieprofessor, der aus dem mecklenburgischen Grabow stammte – starb, hinterließ das bei der damals achtjährigen Tochter ein lebenslanges Trauma. Sie verarbeitete seinen Tod später in den berühmten „Daddy“-Versen, die 1965 posthum in ihrem bekanntesten Gedichtband „Ariel“ veröffentlicht wurden.



„Covergirl“ Plath Bild: Archiv



Dichterin und Collegeprofessorin wollte Plath werden. Schon früh setzte sie alles daran, Stipendien und Preise für dieses Ziel zu erlangen. Dazu posierte sie auf Fotos wie ein Model auch mal im Bikini. Nachzulesen ist das in ihrem semi-autobiografischen Roman „Die Glasglocke“. In der Figur der Esther Greenwood erzählt Plath ihr Sommererlebnis von 1953, als sie von einem Modemagazin wegen ihres schriftstellerischen Talents nach New York eingeladen wurde, um Kurzgeschichten zu schreiben. Die erfolgsverwöhnte Greenwood/Plath erlebt aber eine Niederlage nach der anderen, erst mit Männern, dann auch beruflich, als sie für ein Schreibseminar an der Universität abgelehnt wird. Sie fühlt sich isoliert wie unter einer Glasglocke, wird depressiv, schluckt Schlaftabletten.

Plath überlebt den Selbstmordversuch von 1953. Nicht jedoch jenen vom 11. Februar 1963. Zu der Zeit hatte sie zwei Kinder und lebte in England geschieden von ihrem Mann, dem britischen Dichter Ted Hughes. Nur vier Wochen vorher erschien in England unter dem Pseudonym „Victoria Lucas“ ihr Roman „Die Glasglocke“, der die Krankheit der Depression in allen ihren Facetten schildert. Weil sich Plaths Verwandte in dem Buch verunglimpft sahen, konnte es erst 1971 in den USA erscheinen. Außer einigen „Ariel“-Lesern kannte bis dahin kaum jemand die Autorin – ehe dann die Feministinnen kamen und sie wie eine Säulenheilige vor sich hertrugen. *Harald Tews*

Tausendsassa der Künste

Gert Fröbe zeichnete sich durch vielfältige künstlerische Begabungen aus. Der am 25. Februar 1913 als Sohn eines Seilermeisters, Lederhändlers und Schusters sowie dessen Ehefrau in Plasnitz bei Zwickau zur Welt gekommene Sachse betätigte sich im Laufe seines Lebens als Stehgeiger, Pantomime, Rezitator, Kabarettist und Maler. Letzteres tat er derart erfolgreich, dass ihm ein Studium an der Dresdner Kunstakademie offenstand. Ihn zog es jedoch zur Schauspielerei; und so zog er nach dem Abitur eine Lehre als Bühnenmaler am Dresdner Staatstheater vor. Dort entdeckte Erich Ponto das schauspielerische Talent Fröbes, der 1930 bereits auf einer Laienbühne gestanden hatte. Schauspielunterricht bei Ponto und anderen folgte.

1937 erhielt der Jungschauspieler sein erstes Engagement in Wuppertal. Von dort ging es über Frankfurt am Main nach Wien, wo er am Burgtheater spielte, bis dieses 1944 kriegsbedingt geschlossen wurde. Nach dem Krieg ging er zu den Münchner Kammerspielen, machte aber auch Kleinkunst.

In Deutschland bekannt wird Fröbe 1948 durch die Rolle des Otto Normalverbraucher in dem Spielfilm „Berliner Ballade". Der internationale Durchbruch gelingt ihm sieben Jahre später mit dem französisch-deutschen Kinofilm „Die Helden sind müde". Nach dem Durchbruch folgen diverse weitere bekannte Filme wie „Es geschah am hellichten Tag" oder „Goldfinger". Mitte der 60er Jahre erreicht Fröbes Kinokarriere ihren Höhepunkt, ablesbar am „Bambi" 1966 und 1967. In den 70er und 80er Jahren kommen Erfolge im Fernsehen, beispielsweise als Räuber Hotzenplotz, hinzu. Seine Fernsehkarriere dauerte bis zu seinem letzten Lebensjahr und der letzten „Schwarzwaldklinik"-Folge, in der er einen 100-Jährigen spielte. Gert Fröbe starb am 5. September 1988 an Krebs in München. *M.R.*

»... das Werk unserer Befreiung ...«

Denkmal für die Konvention von Tauroggen nach Rekonstruktion erneut eingeweiht

200 Jahre nach der Unterzeichnung der Konvention von Tauroggen in der Poscheruner Mühle, mit der das preußische Hilfskontingent bei Napoleons Russlandfeldzug von Frankreichs Seite in die Neutralität gewechselt war, ist das vor 100 Jahren am Ort der Unterzeichnung errichtete Denkmal nach einer Rekonstruktion nun erneut enthüllt worden.



Sympathiebekundung der Litauer für die Befreiungskrieger: Feierliche Denkmaleinweihung Bild: Dzieran

Vor 100 Jahren, am 100. Jahrestag der Unterzeichnung der Konvention von Tauroggen, war nach vorausgegangenen offiziellen Gesprächen mit der zaristischen Regierung – die Poscheruner Mühle lag 1912 auf russischem Territorium – ein eindrucksvolles Denkmal errichtet worden. Es war ein Kubus, zusammengesetzt aus sechs grauen Granitplatten von zwei mal zwei Metern Kantenlänge, der auf vier Kupferkugeln von je 35 Zentimetern Durchmesser ruhte. Die Granitplatten waren jeweils 30 Zentimeter dick und hatten ein Gewicht von je drei Tonnen. An den Seitenflächen waren in deutscher und russischer Sprache folgende Inschriften zu lesen: „Convention von Tauroggen zwischen dem königlich-preußischen Generallieutenant von Yorck und dem kaiserlich-russischen Generalmajor von Diebitsch in der Poscheruner Mühle am 30. Dezember 1812" und „Dem furchtlos treuen Diener seines Königs, dessen ruhmreiche That den Anstoß gab zu Preußens Erhebung und Befreiung". Der Denkmalentwurf stammte von Leopold von Kalckreuth, die Bauausführung übernahm ein Baumeister aus Tilsit.

Das Denkmal überstand unbeschadet den Ersten Weltkrieg, obwohl Preußen und Russen nicht mehr Waffenbrüder wie einst, sondern Gegner waren. In den 20er und 30er Jahren, als Tauroggen zur Republik Litauen gehörte, ließ die Denkmalpflege sehr zu wünschen übrig. Fotos aus jener Zeit zeigen beschädigte Inschriften und einen arg lädierten Kubus. Dennoch blieb das Denkmal ein Anziehungspunkt. Viele deutsche Schulklassen aus dem Memelland erlebten hier geschichtlichen Anschauungsunterricht.

Der Verfall setzte mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein. Berichten einer litauischen Zeitung zufolge sprengten Rotarmisten eine seitliche Granitplatte ab, um zu sehen, was im Innern des Kubus wohl verborgen sei. Im Laufe der Jahre wurden weitere Platten verwüstet und die Bronzekugeln geraubt.

Doch schließlich wuchs bei national gesinnten Litauern der Gedanke, das zerstörte Tauroggen-Denkmal neu zu errichten, wenn auch Litauen mit der preußisch-russischen Konvention wenig zu tun hatte. Es war die Vision der Befreiung von einem verhassten Joch, welche die Litauer genauso wie die Preußen im Jahre 1813 bewegte. Ganz offensichtlich hatte das Denkmal mit seiner Inschrift „So möge denn unter göttlichem Beistand das Werk unserer Befreiung beginnen und sich vollenden" an Aktualität nichts eingebüßt und kündete vom Streben nach nationaler Freiheit und Unabhängigkeit. Die Russen spürten die Hintergedanken und waren dagegen. Erst nachdem Litauen seine Selbstständigkeit wiedererlangt hatte, ging die Vision der Befreiung in Erfüllung. Die Wiedererrichtung des Denkmals am alten Ort und in derselben Form konnte in Angriff genommen werden.

Der 200. Jahrestag der Konvention von Tauroggen war der geeignete Zeitpunkt, um auch die Russen für das Vorhaben zu gewinnen. Mit dem EU-Projekt „Der Tilsiter Frieden und die Konvention von Tauroggen" ist ein Traum Wirklichkeit geworden.

Historiker und Regionalforscher aus Litauen, Deutschland und Russland kamen in Tauroggen zu einer Veranstaltung zusammen, um an den Beginn des gemeinsamen Befreiungsfeldzugs gegen Napoleon zu erinnern. Auf einer wissenschaftlichen Konferenz wurde von mehreren Wissenschaftlern die Konvention unter dem Aspekt internationaler Politik sowie ihre geschichtliche Bedeutung erörtert, darunter in einer viel beachteten Vorlesung des Prorektors der Litauischen Militärakademie, Prof. Dr. Vaidas Rakutis.

Zu einem Höhepunkt gestaltete sich die Enthüllung des Konventionsdenkmals. Es war in seinem alten Zustand wiederhergestellt und erstrahlte in neuem Glanz. Auch die Inschriften waren in deutscher und russischer Schrift originalgetreu wiedergegeben. Der Rotary-Club unter seinem Vorsitzenden Vilmantas Liorancas hatte maßgeblich dazu beigetragen, dass das erforderliche Material aus Frankreich beschafft und von einer polnischen Firma denkmalgerecht bearbeitet wurde. Geschützsalven des Militärhistorischen Vereins aus Memel begleiteten die Einweihungszeremonie.

Zu den mehr als 500 Teilnehmern des Festakts gehörten auch zahlreiche Vertreter aus Tilsit, darunter Kulturbürgermeisterin Anna Jankuskaite, Stadtarchitekt Alexej Samargin und Museumsdirektorin Angelika Spiljowa. Sie berieten in einer abschließenden Gesprächsrunde mit den litauischen Nachbarn, wie künftig die Gedenkstätte in grenzübergreifende Veranstaltungen und Tourismusprojekte einbezogen werden könne. Schließlich markiert sie den Ausgangspunkt für den gemeinsamen Feldzug der verbündeten russischen und preußischen Heere, der in der Völkerschlacht zu Leipzig seinen ersten Höhepunkt fand und mit der Beseitigung der napoleonischen Herrschaft endete.

Hans Dzieran

Er wollte bessere Autos bauen als Ferrari

Der Technikfreund, Perfektionist und Genießer Ferruccio Lamborghini machte Steckenpferde zu seinen Berufen

Zu den eher den Sportwagenfreunden bekannten Marken des Volkswagenkonzerns gehört Lamborghini. Sie ist benannt nach ihrem Gründer und ersten Besitzer: Ferruccio Lamborghini. Schon der kleine Italiener begeisterte sich für Technik und technisches Gerät. Der am 28. April 1916 zwischen Bologna und Ferrara in Renazzo di Cento geborene Bauernsohn hatte das Glück, seinem Interesse folgen und ein Ingenieurstudium aufnehmen zu können. Nach dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurde er Soldat und entsprechend seiner Ausbildung von der Luftwaffe bei der Reparatur von Militärfahrzeugen auf der griechischen Insel Rhodos eingesetzt.

Nach der Entlassung aus der britischen Kriegsgefangenschaft verdiente er gutes Geld, indem er nicht mehr benötigte Militärfahrzeuge günstig aufkaufte und sie zu treckerähnlichen Fahrzeugen für die untermotorisierte italienische Landwirtschaft umbaute. Einer der vielen Legenden nach, die sich um den Tausendsassa ranken, kam ihm die Idee zu diesem lukrativen Erwerbszweig ausgerechnet auf seiner Hochzeitsreise.

Dem Umbau von Militärfahrzeugen folgte der Neubau von Traktoren. 1949 gründete er die „Lamborghini Trattori". Die eingekauften Traktorenmotoren genügten jedoch nicht den Ansprüchen des Perfektionisten und so entwickelte er für seine Fahrzeuge selber Zwei-, Drei- und Vierzylinderdieselmotoren. 1954 brachte er als erster Traktoren auf den Markt, deren Motoren Direkteinspritzung statt Vergaser und Luft- statt Wasserkühlung hatten. Nicht zuletzt aufgrund derartiger Innovationen stieg Lamborghini bis zu den 60er Jahren in den Olymp der führenden Traktorenhersteller Italiens auf.


Zwischen Sportwagen und Trecker: Ferruccio Lamborghini Bild: Archiv

Längerfristig genügten dem vielseitig interessierten und umtriebigen Ingenieur alleine die Entwicklung und der Bau von Traktoren nicht. Nach einem Besuch in den Vereinigten Staaten nahm er mit seiner neugegründeten Firma „Lamborghini Bruciatori" die Herstellung von Heizungen und Klimaanlagen auf. Sein Traum, auch Hubschrauber zu produzieren, scheiterte an seiner Regierung, die ihm die dafür nötigen Lizenzen verweigerte.

Der Italiener verzagte jedoch nicht. Er wurde trotzdem reich und genoss das Leben. Dazu gehörte, dass er sich Sportwagen leistete, darunter auch einen Ferrari 250 GT. Mit diesem war der Perfektionist jedoch nicht zufrieden. Sozusagen unter Kollegen, von Fahrzeughersteller zu Fahrzeughersteller, machte er Enzo Ferrari Verbesserungsvorschläge. Der Sportwagenhersteller glaubte jedoch nicht, von einem Traktorenhersteller etwas über Sportwagenbau lernen zu können – und ließ dieses seinen Landsmann spüren.

Das spornte Lamborghini dazu an, es Ferrari zu zeigen und einen Sportwagen herzustellen, der den Produkten seines Landsmannes in Leistung und Verarbeitung überlegen war. Zu diesem Zwecke gründete er 1963 die „Automobili Lamborghini Holding S.p.A.". Für das erste Modell gewann er Giotto Bizzarrini, der für den Ferrari 250 GTO verantwortlich gezeichnet hatte, für die Entwicklung des Motors und Nuccio Bertone für die Karosserieentwicklung. 1964 kam der erste Lamborghini-Sportwagen unter der Bezeichnung 350 GT auf den Markt. Aus dreieinhalb Litern Hubraum schöpfte der Zwölfzylinder 280 PS. Lamborghinis Erstlingswerk war nicht nur mit einer Höchstgeschwindigkeit von um die 280 Kilometer pro Stunde schneller als die damaligen Ferraris, sondern er verfügte auch im Gegensatz zu diesen über ein voll synchronisiertes Getriebe ohne Zwischengas. Zwei Jahre später legte Lamborghini mit dem „Miura" nach, der mit bis zu 295 Kilometern pro Stunde der 300er-Marke sehr nahe kam. 275 Exemplare wurden von dem nicht nur schnellen, sondern auch schönen Auto gebaut.

„Miura" ist eigentlich der Name eines Stierzüchters. Lamborghini nutzte gerne Bezeichnungen aus der Welt des Stierkampfes für seine Fahrzeugtypen. So wählte der im Sternzeichen des Stiers geborene Sportwagenhersteller auch statt eines Pferdes wie Ferrari einen kampfbereiten Stier als Markenlogo. Kraftvoll wie ein Stier sollten seine Sportwagen sein.

Erst Traktoren-, dann auch Sportwagenbauer und schließlich Winzer

Dem „Miura" folgten 1968 der „Espada" und der „Islero" sowie 1970 der „Jarama". Die Vorstellung des „Countach" 1971 fiel zwar noch in seine Verantwortung, aber als 1974 die Serienfertigung anlief, war Lamborghini schon nicht mehr Herr im Haus. Seine Sportwagen verkauften sich gut, aber als das von Unruhen geplagte Bolivien 1971 einen Großauftrag über 5000 Traktoren stornierte, sah Lamborghini sich aus finanziellen Gründen gezwungen, die Traktorensparte seines kleinen Firmenimperiums zu verkaufen. Da sein Sohn Tonino sich am Automobilbau uninteressiert zeigte und zudem 1973 auch noch eine Öl- und Wirtschaftskrise einsetzte, verkaufte Lamborghini die Sportwagensparte ebenfalls.

Lamborghini wäre jedoch nicht Lamborghini gewesen, wenn er sich nun in den Ruhestand abgemeldet hätte. Vielmehr machte der Genießer abermals ein Hobby zu seinem Beruf. Das Weingut, das er eigentlich nur zum Zeitvertreib erworben hatte und auf das er sich nun zurückzog, baute er zu einem florierenden Betrieb aus. Auch hier bewies Lamborghini wieder Kreativität. Er begnügte sich nicht damit, Wein aus den vor Ort üblichen Rebsorten herzustellen. Vielmehr baute er auch aus Frankreich importierte Sorten an, komponierte, kreierte aus den Ernten etwas Neues. Sein Verschnitt gilt zwar als solcher formal als minderwertig, erzielt aber nichtsdestoweniger auf dem Markt hohe Preise.

Am 20. Februar 1993 starb Ferruccio Lamborghini in Perugia. Wenn es dem umtriebigen Italiener auch versagt blieb, in seinem Sohn Tonino einen Nachfolger als Automobilbauer zu finden, so hat er doch als Winzer in seiner Tochter Patrizia eine Nachfolgerin gefunden. Sie betreibt das Weingut noch heute.

Manuel Ruoff

Nie eroberte Touristenattraktion

Schlesiens einzige Gebirgsfestung Silberberg gilt als das größte Bauwerk seiner Art in Europa

Vor 250 Jahren endete mit dem Frieden von Hubertusburg der letzte der Schlesischen Kriege. Sein wichtigstes Ergebnis war, dass Österreich die Provinz, nach denen die drei Kriege benannt sind, endgültig an Preußen abtrat. Friedrich der Große sicherte seine Neuerwerbung unter anderem mit einer Gebirgsfestung: Silberberg. Der Festungsbau gilt mit seinem gewaltigen Donjon nicht nur als der größte in Europa, sondern mittlerweile auch als meistbesuchte touristische Attraktion des Eulengebirges.

Als nach der Doppelniederlage von Jena und Auerstedt im Vierten Koalitionskrieg von 1806/07 der Defätismus in Preußen um sich griff, war es neben den Festungen Kolberg in Pommern und Graudenz in Westpreußen noch eine kleine schlesische Gebirgsfestung, die bis Kriegsende sehr tapfer den Truppen Napoleons und seiner deutschen Verbündeten Widerstand leistete: Silberberg.

Während die kleine Stadt Silberberg nebst ihren Bewohnern in die Hände des Feindes fiel und namentlich von bayerischen Truppen verheert, ausgeraubt und ausgebrannt wurde, gelang es der Besatzung der Festung unter dem Kommando von Oberst von Schwerin und seinem Stellvertreter Major von Massow, die noch kurz vor Kriegsende erfolgenden, ungemein erbitterten Anstürme des Gegners abzuwehren. Dieses war die erste und zugleich letzte militärische Bewährungsprobe jener kleinen Passfestung im Eulengebirge, die Friedrich der Große einst zur Sicherung des eroberten Schlesien gegenüber dem habsburgischen Böhmen hatte anlegen lassen.

Der Ort, welcher der Festung seinen Namen gibt, verdankt seinerseits seinen Namen und seine Entstehung dem mittelalterlichen Silbererzabbau. 1536 erhielt die kleine Siedlung das Stadtrecht, doch bis heute blieb es nur ein kleines Bergstädtchen. Der Bau der benachbarten Festung stand in enger Beziehung zu einem 550 Kilometer langen Festungsgürtel, den Friedrich der Große zur Sicherung der Oderlinie anlegen ließ. Beginnend mit der Festung Kosel in Oberschlesien zog sich eine Kette von Festungen über Brieg, Breslau, Glogau und Küstrin bis Stettin an die Ostsee hin. Speziell dem Schutz von Schlesien gegenüber Österreich diente ein weiterer kleiner Festungsgürtel an der Südgrenze der Provinz, zu dem die Festungen Schweidnitz, Glatz und Neiße gehörten. Verwundbar war dieser kleine Festungsgürtel jedoch durch den tiefeingeschnittenen Gebirgspass im Eulengebirge, der von Silberberg nach dem benachbarten Böhmen führt. Diese für sie schmerzliche Feststellung mussten die Preußen im Siebenjährigen Krieg machen. Deshalb ließ Friedrich der Große dort ab 1765 eine zusätzliche kleine, aber für damalige Zeiten starke Passfestung anlegen. Allein durch ihre Existenz verhinderte die Festung Silberberg bis zu ihrer Auflassung im Jahre 1860 die Benutzung jenes Grenzpasses durch feindliche Truppen zum Schaden Preußens.

Nach dem Frieden von Hubertusburg vom 15. Februar 1763, der den Siebenjährigen Krieg beendete und Preußen im Besitze Schlesiens bestätigt hatte, begann Friedrich der Große noch im selben Jahr mit den Vorbereitungen für den Bau der Festung Silberberg. Ihm schwebte eine „Maison Forte“, eine Hochburg nach piemontischem Vorbild vor. Folgerichtig ließ er einen ersten Festungsentwurf durch einen aus Piemont stammenden Ingenieur-Offizier anfertigen. Der Entwurf von Franz Ignatz Pinto, so der Name des Offiziers, überzeugte Friedrich jedoch überhaupt nicht. Angeblich entsprach der Entwurf des Norditalieners zu wenig den lokalen Voraussetzungen. So erhielt Ludwig Wilhelm Regeler seine Chance. Friedrich hatte den aus Altlandsberg bei Berlin stammenden preußischen Offizier bereits mit der topografischen Aufnahme der Grafschaft Glatz beauftragt. Das von diesem vorgelegte Festungsprojekt gefiel dem Monarchen wesentlich besser als das des Italieners. Friedrich übertrug deshalb seinem bürgerlichen Offizier, der schließlich zum Generalmajor und im Jahr 1787 sogar zum Chef des gesamten preußischen Ingenieurkorps aufsteigen sollte, die Leitung der praktischen Bauarbeiten an der Festung Silberberg.



Der Donjon ist der höchste Europas und die strategische Lage günstig: Die Festung Silberberg Bild: Ksiestwo

Regeler leitete von Mai 1765 bis zum Jahr 1777 die gesamten Befestigungsbauarbeiten und der König überzeugte sich bei jährlichen Kontrollbesuchen persönlich vom Fortgang. Im Zentrum der Festung entstand ein riesiges gemauertes Befestigungswerk, „Donjon“ genannt, umgeben von sieben Bastionen. Zur Festung gehörten außerdem noch Kasernen für die Besatzung und Artilleriestellungen. Insgesamt war die Festungsumwallung 3000 Meter lang. Um die 4000 Arbeitskräfte waren mit dem Festungsbau beschäftigt. Insgesamt kam der Festungsbau den Fiskus mit 1,6 Millionen Taler zu stehen.

Der Bau war eine logistische Herausforderung. Da die in Schlesien verfügbaren Steinbrecher, Steinmetze und Bergleute nicht ausreichten, warb man entsprechende Spezialisten in der Pfalz, Nassau und Trier an und man beschäftigte sogar 600 Maurer aus dem benachbarten Böhmen. Aus der ganzen Gegend wurden die Bauern gegen Vergütung zu Materialfuhren verpflichtet. Die Bruchsteine für die Festungswälle wurden beim Aussprengen der Festungsgräben und das zahlreiche Bauholz aus den umliegenden Forsten gewonnen. Eine an Ort und Stelle errichtete königliche Ziegelei lieferte die in großer Anzahl benötigten Ziegelsteine. Rote und weiße Quadersteine, die zur Einfassung von Mauerecken, Fenstern und Türen dienten, gewann man in den Steinbrüchen von Rothwaltersdorf und Wünschelburg in der Grafschaft Glatz, während das benötigte Armierungseisen sowie das Kupfer und das Blei für die Entwässerungsleitungen aus Oberschlesien beziehungsweise Breslau kamen.

Zu Beginn der Befreiungskämpfe gegen Napoleon 1813 diente die Festung als Sammelplatz von Kriegsmaterial und als Aufstellungsort preußischer Artilleriekompanien. Dort saß zu dieser Zeit der britische Reiseschriftsteller Robert Semple ein, den man zu Unrecht als französischen Spion verdächtigte. Literarischen Ruhm gewann die Festung Silberberg jedoch nicht durch diesen Briten, sondern durch Fritz Reuter. In seinem Buch „Ut mine Festungstid“ beschrieb der deutsche Dichter seine durchaus nicht lustige Festungshaft als politischer Gefangener auf preußischen Festungen im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts.

Durch schnelle Fortschritte bei der Entwicklung der schweren Artillerie verlor die kleine Festung gegen Mitte des 19. Jahrhunderts zunehmend an militärischem Wert. 1860 wurde sie aus Kostengründen als militärisches Objekt aufgegeben. In den Jahren nach 1860 nahm die preußische schwere Artillerie verschiedene Übungs- und Erprobungsschießen auf die nunmehr nutzlosen Silberberger Befestigungsanlagen vor, die nach der fachmännischen Ansicht des preußischen Artilleriegenerals von Müller im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 bei der vielfachen Belagerung französischer Festungen der eigenen Artillerie zugutekamen.

Abgesehen vom Zweiten Weltkrieg, in dem die Festung für die Unterbringung militärischer Gefangener genutzt wurde, trat an die Stelle einer militärischen die Nutzung als Sehenswürdigkeit für den Fremdenverkehr in der ansonsten eher strukturschwachen Region. Die heute noch ansehnlichen Reste der Festung Silberberg können denn auch gegen einen kleinen Obolus besichtigt werden. *Jürgen W. Schmidt*

Internetkatalog zu Preußenkönig

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) hat den ersten Teil des von ihr erarbeiteten Bestandskatalogs der Zeichnungen Friedrich Wilhelms IV. (1795–1861) online gestellt unter http://bestandskataloge.spsg.de.

Zeitlebens war der König zeichnerisch tätig. Während seiner Kronprinzenzeit und auch nach seiner Thronbesteigung 1840 schuf er eine Vielzahl von Zeichnungen, die vor allem Entwürfe für Kirchen, Paläste, Kulturbauten, Schlösser oder Villen darstellen. Bei seinem Tod hat er Tausende Blätter hinterlassen, oft dicht gefüllte Bögen, meist beidseitig genutzt. Zusammen mit den ihm auf das engste verbundenen Architekten Karl Friedrich Schinkel, Ludwig Persius oder Friedrich August Stüler kann Friedrich Wilhelm IV. als einer der wichtigsten Ideengeber der deutschen Baukunst in den Jahren zwischen 1820 und 1860 gelten.

Diesen Zeichnungs-Schatz bewahrt heute die SPSG in ihrer Graphischen Sammlung. Summiert auf etwa 7000 Seiten zeigt sich hier eindrücklich der ganze Kosmos der Ideenfülle dieses künstlerisch hochbegabten Königs. Die SPSG arbeitet seit einiger Zeit daran, die Zeichnungen in einem wissenschaftlich kommentierten Online-Bestandskatalog zu publizieren. Diese aufwendige Arbeit unterstützen die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die Reinhold und Elisabeth Schulze Stiftung und die Scherping-Schulze-Stiftung. Seit 2012 fördert die Fritz Thyssen Stiftung das Katalogprojekt.

Sortiert nach Orten und Sachbegriffen sind in dem nun erschienenen ersten Teil mit rund 1500 Arbeiten vor allem die großen, oft über Jahre verfolgten Projekte des Königs erfasst, etwa die Neubauten des Berliner Doms und verschiedener Potsdamer Kirchen, Ideen zu Villen und Schlössern in Berlin und Brandenburg, aber auch zu Kunsthandwerk oder Denkmälern. Alle Zeichnungen sind detailliert beschrieben und wissenschaftlich kommentiert. Eine Volltextsuche ermöglicht die individuelle Recherche. Kurze Essays, die aus den Kommentaren heraus angezeigt werden können, fassen größere Projekte des Königs zusammen und ergänzen die Zeichnungen mit Abbildungen der ausgeführten Bauten oder mit Entwürfen der beauftragten Architekten.

Die SPSG plant, bis zum Jahr 2014 den kompletten Bestand der Zeichnungen mit etwa 7000 Katalognummern online zu stellen. *SPSG*

Selbstlos verzichtete er auf Patentierung

Nicht nur Bescheidenheit zeichnete den Charakter des Entdeckers der Röntgenstrahlen aus

Seinen Schulkameraden verriet er nicht, so sehr man ihm auch drohte. Röntgen hatte in der Klasse eine gemalte Karikatur des Lehrers betrachtet. Als dieser den Namen des Übeltäters verlangte, schwieg Röntgen. Man verwies ihn 1863 der Schule, kurz vor dem Abitur. Er lernte alleine und wollte ein Jahr später die Reifeprüfung ablegen. Aber er hatte das Pech, dass der betreffende Lehrer in der Kommission saß und ihn durchfallen ließ. Ein Studium war ihm nun verwehrt.

Wilhelm Conrad Röntgen wurde am 27. März 1845 in Lennep, heute Remscheid, als einziger Sohn eines Tuchfabrikanten geboren. 1848 zog die Familie nach Apeldoorn. Seine Rettung nach dem Rausschmiss aus der Technischen Schule in Utrecht war, dass er von der Möglichkeit erfuhr, in Zürich am Eidgenössischen Polytechnikum nach strenger Aufnahmeprüfung auch ohne Abitur studieren zu können. Aufgrund seiner vortrefflichen Zeugnisse erließ man ihm die Prüfung. Er studierte Maschinenbau, danach Physik bei dem Professor August Kundt. Ein Jahr später promovierte er an der Universität Zürich. In Zürich lernte er Bertha, eine Gastwirtstochter, kennen. Die beiden heirateten 1872 in Apeldoorn. 1870 begleitete Röntgen als Assistent August Kundt nach Würzburg. Er wollte sich habilitieren, was aber misslang. In Bayern war so etwas ohne Abitur undenkbar. Als Kundt 1872 nach Straßburg ging, folgte Röntgen ebenfalls. 1874 wurde er dort habilitiert und bekam ebendort zwei Jahre später eine außerordentliche Professur. Nächste Station war 1879 die Universität Gießen als ordentlicher Professor mit festem Gehalt. 1888 erhielt er ein Ordinariat an der Universität Würzburg. Dort, wo man ihm einst die Habilitationsmöglichkeit verweigert hatte, wurde er 1894 sogar Rektor. Längst galt er in der Fachwelt als einer der besten Experimentatoren.

Die Nacht des 8. November 1895 sollte Röntgens Leben verändern. Er untersuchte elektrische Entladungen bei hoher Spannung in einer fast luftleeren Kathodenstrahlröhre. Leuchterscheinungen in der



Wilhelm Conrad Röntgen

Röhre erhellten das Labor. Röntgen umhüllte die Röhre mit schwarzem Karton, so dass kein Licht mehr heraustreten konnte. Dennoch entdeckte er in zwei Metern Entfernung einen aufleuchtenden Fluoreszenzschirm, verursacht durch eine unbekannte Strahlung, die alles zu durchdringen schien. Geriet die Hand zwischen Röhre und Leuchtschirm, sah man Knochen. Das erste Röntgenbild der Welt entstand von der Hand seiner Frau. Die Entdeckung nannte er X-Strahlen. Im Dezember legte er das Ergebnis seiner Arbeit der Physikalisch-Medizinischen Gesellschaft in Würzburg vor. Im Januar 1896 lud ihn der Kaiser ins Berliner Schloss zum Bericht. Der erste Vortrag mit Demonstrationen erfolgte am 23. Januar 1896 vor der besagten Würzburger Gesellschaft unter dem Vorsitz des Nestors der Anatomie, Albert von Koelliker. Dieser schlug vor, die X-Strahlen „Röntgenstrahlen“ zu nennen.

Rasend schnell breitete sich in der Fachwelt die Kenntnis darüber aus. Viele glaubten an eine neue Art der Photographie. X-Strahlensichere Unterwäsche wurde in England angeboten. Von den Gefahren ahnte niemand etwas. Auf eine Patentierung seiner Strahlen verzichtete der bescheidene Wissenschaftler, weil seines Erachtens seine Erfindungen und Entdeckungen der Allgemeinheit gehörten und nicht durch Patente, Lizenzverträge und dergleichen einzelnen Unternehmungen vorbehalten bleiben durften. Folglich wurde die Strahlung schnell überall alltagstauglich.

1900 folgte Röntgen einem Ruf nach München und blieb dort bis zur Emeritierung. Röntgen erhielt 1901 als erster Physiker und Wissenschaftler überhaupt den neu gestifteten Nobelpreis in Stockholm. Einen Festvortrag hielt er nicht. Die 50 000 Kronen Preisgeld gab er der Universität Würzburg. Nach dem Tod seiner Frau 1919 vereinsamte er und starb krank am 10. Februar 1923. Er verfügte testamentarisch, den wissenschaftlichen Nachlass zu verbrennen, ein Wunsch, dem seine Freunde zum Leidwesen der Wissenschaft nachkamen. *Silvia Friedrich*

Wissenschaftler und Minister

Carl Heinrich Becker gilt als Mitbegründer der modernen, gegenwartsbezogenen Orientalistik. Der am 12. April 1876 in Amsterdam geborene Professor ist jedoch nicht nur als Wissenschaftler, sondern auch als Hochschulpolitiker hervorgetreten. So setzte er sich für mehr Rechte und Beteiligung von außerordentlichen Professoren, Privatdozenten und Studenten an der bisherigen Ordinarienuniversität ein. Angesichts dieser egalitären Forderungen verwundert es nicht, dass nach der Novemberrevolution das sogenannte rote Preußen auf ihn aufmerksam wurde. 1921 und 1925 bis 1930 wurde der Parteilose sogar mit der Leitung des preußischen Kultusministeriums betraut. Wenige Tage nach der nationalsozialistischen Machtergreifung, am 10. Februar 1933, starb Becker in Berlin. *Manuel Ruoff*

Berlin-Brandenburger Turmbau zu Babel

Zu: „‚Regelrecht zerschossen‘“ (Nr. 3)

Machen wir uns nichts vor, Deutschland „hat fertig“ und ist auf dem Weg zu einem Entwicklungsland. Hier sind keine Großprojekte mehr zu realisieren. Gegen alles wird geklagt, europaweit muss ausgeschrieben werden, danach wird alles an Subunternehmer weitergeleitet, die Billigstlöhner aus aller Herren Länder beschäftigen. Mit ausländischen Arbeitskräften soll dann ein solches Projekt verwirklicht werden.

Die Berliner Flughafenbaustelle ist doch nichts anderes als ein neuzeitlicher Turmbau zu Babel. Und dann pfuschen die Politfürsten mit immer neuen Ideen darin herum. Wenn sie scheitern und einen Posten abgeben, nennen sie es politische Verantwortung. Noch nie in unserer Geschichte sind wir als Bevölkerung so hinters Licht geführt worden wie heute. Von uns wird alles klaglos hingenommen mit der Phrase, wir seien doch ein Rechtsstaat.

Wie man hört, stehen ja noch Klagen an wegen der Flugrouten. Die Flugzeuge könnten ja irgendwelche Tiere stören. Und Herrschaften in ruhigen Rotweinvierteln, die fünfmal im Jahr in Urlaub fliegen, dürfen durch Fluglärm ebenfalls nicht gestört werden. Richter, die dort wohnen, werden schon noch die richtigen Urteile fällen. Hier bei uns in Nordhessen wird seit 20 Jahren an der A44 von Kassel nach Eisenach gebaut. Eine Klage des BUND reiht sich an die andere und wegen ein paar Molche werden millionenschwere Tunnel gebaut. Wenn dann die Baukosten ins Unendliche steigen, beschweren sich die Klagenden über Geldverschwendung.

Deutschland verliert mehr und mehr den Status eines modernen Industrielandes. Nicht zu vergessen der Aderlass an gutausgebildeten Fachleuten und Akademikern, die durch Analphabeten ersetzt werden, und dies wird uns als Bereicherung verkauft. Dazu sei nur an die aktuellen Sprüche des Bundespräsidenten Gauck erinnert.

Peter Schumacher, Melsungen

SPD schießt sich selbst ins Knie

Zu: „‚Regelrecht zerschossen‘“ (Nr.3)

Der frühere brandenburgische Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD) war ebenfalls dafür bekannt, dass alles, was er in der Wirtschaft anfasste, schnurstracks Pleite ging. Aber seine Sympathiewerte bei der brandenburgischen Bevölkerung waren ähnlich hoch wie die von Klaus Wowereit vor der letzten Berliner Abgeordnetenhauswahl.

Dass Wowereit ein politischer Leichtfuß war, („Berlin ist arm, aber sexy“) konnte seit Jahren jeder wissen, nur nahm es der Berliner Wähler zu seinem Schaden leider nicht zur Kenntnis. Die hellen Berliner machten, wie bei jeder Wahl, ihr Kreuz fein säuberlich bei der SPD. Zwar scheint jetzt bezüglich Wowereit der Bann gebrochen, der irgendwann seine wohlersessene Pension genießen und sich weiterhin in Glamour-Kreisen tummeln wird. Den finanziellen Schaden wird dagegen wie immer der Steuerzahler tragen.

Einzig, dass man diesen Pleiteflughafen unbedingt nach der SPD-Ikone Willy Brandt benennen musste, hat etwas von ausgleichender Gerechtigkeit. Damit hat sich die SPD dank des Unvermögens ihrer Lokalfürsten Platzeck und Wowereit nachhaltig selbst ins Knie geschossen.

Dr. Jürgen W. Schmidt, Berlin

Gewinn für alle

Zu: „Wettlauf nach links“ (Nr. 4)

Die *PAZ* sollte die Leser über Alternativen informieren. Man muss ja nicht dem linken Meinungsstrom folgen und alles, was sich in irgendeiner Form kritisch gegen EU, Euro und so weiter äußert, in die rechtsradikale Ecke schieben! Durch solche Informationen werden auch die Parteien selbst über sich und ihre Inhalte reflektieren, also ein Gewinn für alle!

Rene Klier, Oranienburg

Uns geht es zu gut

Zu: „Wettlauf nach links“ (Nr. 4)

Die nach wie vor beschämende Wahlbeteiligung sowie das Wahlergebnis der Niedersachsen-Wahl lassen mich doch sehr am Verstand der Wahlberechtigten zweifeln. Scheinbar geht es uns immer noch zu gut.

Klaus-Dieter Neumann, Köln

USA zerstören

Zu: „Der Zweck darf nicht die Mittel heiligen“ (Nr. 4)

Dass nun schon wöchentlich in den Nachrichten von Gewaltverbrechen berichtet wird, ist auf die menschenverachte, aber ach so gute US-Politik, zu deren Repräsentanten unsere Politiker freundschaftliche Beziehungen haben, zurückzuführen. Diese Zustände hat es in Preußen so nicht gegeben. Als Befreier wurden die US-Soldaten hingestellt und haben in Wirklichkeit Deutschland zerstört und zerstören es weiter.

Die Staatsanwaltschaften reagieren kaum auf die Sorgen und Probleme der Menschen und gehen nur von ihren sogenannten juristischen Ansichten aus, die sie nicht anders in diesem menschenverachtenden System der Lügen und Verbrechen gelernt haben. Der Wahlkampf ist eine reine Verdummung insbesondere von SPD und Grünen gegenüber der Bevölkerung.

Eddi Göller, Malsfeld

Bild: Timur Emek/dapd

Dauerbaustelle BER: Auch am Legomodell vom Flughafen Berlin-Brandenburg wird dauerhaft gebaut. Ist Deutschland „Entwicklungsland“, in dem viel entwickelt, aber selten etwas fertig wird?

Mutiger Brite

Zu: „EU-Frage entscheidet“ (Nr. 4)

Premierminister Cameron ist zu seinem Mut zu gratulieren, dass er sich der Kritik von Politikern in Europa aussetzt und eine Volksabstimmung in Großbritannien über den Verbleib in der EU anstrebt. Die meisten Politiker bei uns sind auch empört. Aber wieso wollen sie nicht auch eine Volksabstimmung darüber? Sind die Bürger zu unmündig? Oder befürchten sie, dass die Mehrheit der Bürger eine EU in dieser Form ablehnt? Ist nicht schon genug über unseren Kopf beschlossen worden? Wurden wir Bürger gefragt, zum Beispiel bei den Milliardenhilfen für das Ausland, oder über die EU in dieser Form oder wie sie noch geplant wird?

Ich meine, dass es Zeit wird, wenn die Berliner Politiker begreifen, dass sie die Interessen ihres Volkes zu vertreten haben und nicht zu ihren eigenen Gunsten entscheiden.

Dieter Hartmann, Oberursel

Menschen prüfen

Zu: „Kühe im Visier der Klimaschützer“ (Nr. 4)

Klimazertifikate für Kühe sind doch wohl nur der Anfang. Selbstverständlich müssen diese auch für Menschen eingeführt werden; nur sollten sie dann „Lebensberechtigungsschein“ heißen und es sollte eine jährliche Verlängerung nur nach Prüfung auf Öko-Verträglichkeit und politische Korrektheit geben.

Mathias Dumke, Wedel

Nichts gelernt

Zu: „Jetzt wird aufgeräumt“ (Nr. 4)

Warum lernen unsere Politiker nicht aus der Vergangenheit? Ich denke hier an die Sowjetunion und Jugoslawien. Die einzelnen Völker wurden nicht gefragt. Das Ende war Schutt und Asche mit Leid und Tränen. Ich erlebe dies sicher nicht mehr. In meinem Alter ist man jenseits von Gut und Böse.

Fredi Volkmann, Dortmund

Keine Hilfe

Zu: „Ein Herz für Linksextremisten“ (Nr. 4)

Fast 600000 Euro jährliche Kleinspenden erhält die linksextreme Partei namens MLDP. Die Hilfsorganisation für die Opfer politischer Gewalt in Europa „Help“, für die ich ehrenamtlich tätig bin, erhält seit Jahren nur 2000 Euro, die vorne und hinten nicht reichen, um für die Opfer von Lenin und Konsorten angemessen tätig sein zu können.

Außerdem ist schwer nachvollziehbar, warum es nicht längst einen Verbotsantrag gegen eine Partei gegeben hat, die neben Marx auch Lenin im Namen trägt. Lenin war laut „Lexikon der Völkermorde“ der fünftgrößte Massenmörder der Weltgeschichte nach Stalin, Mao, Hitler und Tschiang Kaischek.

Martina Hussóck, Berlin

Haben wir in Brüssel nichts mehr zu sagen?

Zu: „Jetzt wird aufgeräumt“ (Nr. 4)

Wenn man den Wochenrückblick von Hans Heckel liest, dann ist man informiert und man kann sich vorstellen, wohin die Reise in punkto Ausbeutung durch die EU in Brüssel geht. Seit Jahren muss der Steuerzahler täglich neue Hiobsbotschaften vom Euro über sich ergehen lassen. Von Anfang an eine Schnapsidee war die Einführung des Euro zugleich eine Fehlgeburt. Finanz- und Wirtschaftsexperten warnen schon seit Jahren. Diese Experten, von der Politik nur belächelt, werden nicht für kompetent gehalten.

Stattdessen werden weitere Milliarden sinnlos an Griechenland vergeben. In diesem Staat funktioniert wie in einem Entwicklungsland relativ wenig. Schuld daran, wie kann es anders sein, ist Deutschland. Der Gipfel der Frechheit ist, dass griechische Politiker sogar von Deutschland 162 Milliarden an Reparationen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg fordern. Scheinbar von Geschichte keine Ahnung sollten sich diese Politiker besser an Italien wenden. Nicht Deutschland hat Griechenland überfallen, sondern Italien.

Obwohl wir der größte Geldgeber in der Euro-Zone sind, haben wir in Brüssel nichts zu sagen. Schlüsselpositionen sind für unsere Politiker passé. Deutschlands Schicksal liegt in fremden Händen. Über uns und unsere Zukunft bestimmen: Mario Draghi/Italien, Jose Manuel Barroso/Portugal, Jean-Claude Junkker/Luxemburg, Christine Lagarde/Frankreich und Herman van Rompuy/Belgien. Hier wird deutlich, dass die Bundesregierung es sträflich vernachlässigt hat, ihre berechtigten Interessen und Forderungen durchzusetzen. Mit Nachdruck sei betont: Wer das Geld gibt, hat auch das Sagen. Dies ist eindeutig Deutschland.

Herr Heckel nennt die Probleme beim Namen und man kann ihm nur Recht geben. Der Inhalt des Wochenrückblicks lässt wenig Hoffnung zu, eher Angst in eine ungewisse Zukunft. Fakt ist, wenn dies so kommt wie angedeutet, stirbt der europäische Gedanke und Deutschland ist wie immer der Dumme. Nicht die Menschen innerhalb der EU werden daran schuld sein, nein, die unfähigen Politiker in Brüssel und Berlin, die es nicht geschafft haben, die Finanzmärkte in den Griff zu bekommen und diesen auf Dauer die Ketten anzulegen. Mit Demokratie hat das nichts zu tun.

Wolfgang Rohde, Sigmaringen

Weiter so!

Zu: www.preussische-allgemeine.de

Ach, was freue ich mich, dass es auch noch eine Internet-Seite gibt, welche die ganze Wahrheit unter der Nationalitäten-Suffix „.de“ sagt. Und meine Meinung bezieht sich nicht nur auf die gegenwärtige Politik, sondern auch auf die historischen Themen, die in der *PAZ* angesprochen werden.

Sicher, es gibt einige Blogs und Webseiten, die der „political correctness“ den Kampf angesagt haben; aber diese sind ausschließlich im Ausland angesiedelt – was an sich schon eine Schande ist, da man als Deutscher in Deutschland nicht mehr sagen darf, was man denkt, ohne mit einem Fuß im Gefängnis zu stehen. Weiter so, *PAZ*!

Jörg-Thomas Lauterbach, Hannover

Utopie wird wahr

Zu: „Tugendterror: 20 Jahre Politische Korrektheit“ (Nr. 3)

Die Welt, in der wir leben, erinnert mich täglich mehr an den Roman „1984“ von George Orwell. Man hat den Eindruck, dass alles, was er sich 1948 über die Zukunft zusammenphantasiert hat, momentan mit größtem Eifer umgesetzt wird.

Ronald M. Hahn, Wuppertal

Nachwelt verschweigt sowjetische »Speziallager« in der DDR

Zu: „Endstation ‚Speziallager‘“ (Nr. 3)

Danke, dass Sie dieses Thema aufgegriffen haben, da in den Lizenzmedien darüber so gut wie nie berichtet wurde und wird.

Zu Ihrem Bericht sind dennoch einige Ergänzungen notwendig. Die genannte Ausstellung über die Geschichte des Ketschendorfer Lagers ist nicht neu. Die im Wesentlichen vom Vorstandsmitglied unserer Lagergemeinschaft, Günter Breschke, und seiner Frau Christa sowie dem seinerzeitigen Bibliothekar der Stadtbibliothek in Fürstenwalde, Florian Wilke, gestalteten Tafeln wurden zum Beispiel 2009 in Reinheim bei Darmstadt, danach in Rimbach, 2011 in Heppenheim und 2012 auch in Großräschen gezeigt.

Die von Ihnen genannte Publikation ist vermutlich das im Auftrag der Lagergemeinschaft von dem Historikerehepaar Jan und Renate Lipinski verfasste Buch „Die Straße, die in den Tod führte“, dessen 1. Auflage 1998 vom Kremer Verlag herausgegeben wurde. Dieser Titel wurde dann auch für die Ausstellungen verwendet. Ergänzend dazu hat unser Kamerad Werner Teltow im Buch „Pelzmützentransport“ die Berichte von 14 Schicksalsgefährten zusammengefasst, die im Januar 1947 von Ketschendorf nach Sibirien zur Zwangsarbeit verschleppt wurden, wovon sie im Mai 1950 nach Deutschland zurückkehren durften. Es waren etwa 0,3 Prozent der Lagerinsassen, die von den Sowjets für arbeitstauglich gehalten wurden!

Im sogenannten Jugendhaus, einem ehemaligen Acht-Familien-Wohnhaus, waren zeitweise bis zu 1200 Jungen untergebracht. Der jüngste war bei seiner Einlieferung zwölf Jahre alt. Keiner der Ketschendorfer Lagerinsassen war verurteilt.

Weil es auch im Westen so gut wie kein mediales Interesse an unseren Schicksalen gab und immer noch gibt, versuche ich seit 13 Jahren, hauptsächlich in Schulen, diese Ereignisse den Schülern zu vermitteln. Aber auch hierbei gibt es Schulleiter, die so etwas nicht zulassen, und in den Rahmenlehrplänen sind diese geschichtlichen Ereignisse ohnehin nicht zu finden.

Wer sich allgemein umfassend über die Unterdrückung der Menschen durch die kommunistische Gewaltherrschaft informieren will, kommt am Buch der polnischstämmigen US-amerikanischen Historikerin Anne Applebaum „Der Gulag“ nicht vorbei. Das Buch ist in deutscher Übersetzung 2005 im Wilhelm Goldmann Verlag erschienen.

Zur Geschichte des Sowjet-KZ Sachsenhausen hat der Leipziger Historiker Günter Fippel eine umfassende Darstellung erarbeitet, die unter dem Titel „Demokratische Gegner und Willküropfer von Besatzungsmacht und SED in Sachsenhausen (1946–1950)“ 2008 im Universitätsverlag Leipzig erschienen ist. Wie üblich, wurde und wird diese wertvolle Arbeit medial verschwiegen, so dass sie nur wenigen bekannt sein dürfte.

Wolfgang Lehmann, Rimbach

Mundpropaganda

Zu: „Vater von Nivea, Labello und Leukoplast“ (Nr. 2)

Mit Interesse und Vergnügen habe ich gelesen, dass Paul Carl Beiersdorf glaubte, seine Produkte würden sich schon alleine durch „Mund-zu-Mund-Propaganda“ durchsetzen. Sicher hat er da zu allererst an den Labello-Stift gedacht, denn ob Leukoplast durch Mund-zu-Mund-Propaganda erfolgreich hätte beworben werden können, muss doch bezweifelt werden.

In Ostpreußen hätte man gedacht: „Ich glaub', mich knutscht ein Elch“ und wäre – womöglich nach einer Mund-zu-Mund-Beatmung – schleunigst zur altbewährten Mundpropaganda zurückgekehrt.

Wilhelm Kreuer, Unkel

Geizige »Goys«

Zu: „Dem Volk aufs Maul geschaut“ (Nr. 1)

Für „ach-heu“ weiß ich die ursprüngliche Bedeutung: Unter den Händlern, die durchs Land zogen, waren auch Juden. Wenn die Bauern nichts kaufen wollten, jammerten die Händler: „Ach Goy, ach Goy, wovon soll ich denn leben?“ Der Ausdruck „Goy“ bedeutet „Nichtjude“. Wenn Deutsche es so sprachen wie oben, wussten sie wohl den Ursprung nicht.

Dorothea Blankenagel, Duisburg

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 6– 9. Februar 2013

MELDUNGEN

»Gustloffs« Ende gefeiert

Königsberg – Gleich mehrfach wurde in der Pregelmetropole der 100. Geburtstag des U-Boot-Kommandanten Alexander Marinesko groß gefeiert, des Kommandanten des U-Boots S-13, das 1945 für die Versenkung der „Wilhelm Gustloff" und der „Steuben" und somit für den Tod von 12 000 Deutschen, darunter Tausende von Flüchtlingen und Verwundeten, verantwortlich war. Obwohl Marinesko nach dieser Tat die Verleihung des Titels „Held der Sowjetunion" verwehrt worden war, da er wegen Trunksucht und mangelnder Disziplin aufgefallen war, was schließlich auch zur unehrenhaften Entlassung aus der Marine führte, ehrt die russische Stadtadministration Königsbergs den posthum zum „Helden der Sowjetunion" Erklärten: Im Museum für Kunst und Geschichte fand zum 100. Geburtstag Marineskos eine Konferenz mit hochrangigen Vertretern der Baltischen Flotte und Veteranen statt. Zuvor hatten die Teilnehmer am Marineskodenkmal am Schlossteich Blumen und Kränze niedergelegt. Während der Konferenz wurde Marinesko ausdrücklich und wider besseres Wissen wegen seiner „Heldentat" – der Vernichtung Tausender deutscher „Soldaten", von den Zivilisten war keine Rede – als Mann mit Ehre gelobt, von dem heutige Kommandanten lernen könnten, „nicht standardmäßige Entscheidungen ... zu treffen, ohne ein unkalkulierbares Risiko einzugehen". Anlässlich des Jahrestags der Versenkung der „Wilhelm Gustloff" lud das Ozeanmuseum zu der Aktion „Angriff des Jahrhunderts" hochdekorierte aktive Militärangehörige, aber auch Studenten, Veteranen, Militärhistoriker und Schriftsteller ein, um feierlich an das Kriegsereignis zu erinnern. *MRK*


Bild: Archiv

Neue direkte Busverbindung

Allenstein/Königsberg – Die staatliche polnische Fernbus- und Güterverkehrsgesellschaft PKS hat angekündigt, ab dem Monatswechsel vom Februar zum März eine direkte Busverbindung zwischen Allenstein und Königsberg anzubieten. Das Unternehmen verspricht attraktive Fahrpreise. Früher hatte bereits einmal ein privates Busfahrunternehmen diese Direktverbindung angeboten, war dann aber vor einigen Jahren in die Liquidation gegangen. Wenn heute jemand von südlichen Ostpreußen mit dem Omnibus ins Königsberger Gebiet reisen will, muss er zuerst nach Warschau oder Danzig fahren, von wo täglich Omnibusse in die Russische Föderation verkehren. Diese Lücke will PKS nun schließen. *PAZ*

Bauarbeiten bei Gelehrtenfriedhof

Stadt führt Gespräche mit Beamten und Denkmalschützern – Bürgerinitiative bangt um kulturelles Erbe

Wieder drohen Bauarbeiten einen Friedhof zu zerstören: Nach Pillau gab es nun auch in Königsberg Gespräche um einen zu rettenden Friedhof. Es handelt sich um den Gelehrtenfriedhof nordwestlich des Sternwartenhügels.

Laut Gesetz müssen vor Baubeginn archäologische Bodenuntersuchungen vorgenommen werden, um das Vorhandensein von Objekten und Kunstprodukten, die von wissenschaftlichem Wert sind, aufzudecken. Doch eine Bodenuntersuchung wurde offensichtlich auch bei dem neuen Königsberger Bauprojekt in der Nähe der ehemaligen Sternwarte nicht durchgeführt.

Immerhin zeigt man sich – im Unterschied zu Pillau, wo auf einem Friedhof ein Kindergarten gebaut wird (die *PAZ* berichtete) – in Königsberg gesprächsbereit. Bürgermeister Alexander Jaroschuk traf sich mit Vertretern von Bürgerinitiativen und Stadtvertretern zu einer Gesprächsrunde im Sitzungssaal der Stadtverwaltung. Auf der Sitzung sprachen neben Jaroschuk der Vorsitzende des Stadtrats, Alexander Pjatikop, der stellvertretende Stadtmanager Sergej Melnikow, Alexander Sujew, stellvertretender Chef für städtisches Eigentum und Grundstücksressourcen, sowie der Vorsitzende des Komitees für Architektur und Städtebau, Arthur Krupin, sowie andere für die Betrachtung der Frage zuständige Beamte mit Aktiven der Bürgerintiative „Rettet das Kopfsteinpflaster". Das Treffen verlief in beinah familiärer Atmosphäre bei Gebäck und Süßigkeiten.

Es wurde erörtert, was als echtes Architekturdenkmal gilt, welche Kriterien bei dieser Betrachtung erfüllt sein müssen und wie man solche Objekte erhalten kann. Auf der Tagesordnung stand neben dem Erhalt von Objekten des kulturellen und architektonischen Erbes auch der Gelehrtenfriedhof


Bilder (2): Tschernyschew

Vollendete Tatsachen: Bau in der Nähe des Bessel-Grabes (r.)

Behörde stellt sich ahnungslos

der Albertina, der sich beim Gebäude der heutigen „Astronomischen Bastion" befindet. Eines der Gräber ist das des berühmten Astronomen Friedrich Wilhelm Bessel. Er war der Gründer und erster Leiter des Königsberger Observatoriums, das im Jahr 1813 eröffnet wurde. Er führte hier bedeutende Forschungen durch, schrieb theoretische Abhandlungen und hielt Vorlesungen vor den Studenten der Albertina. Dank seines Wirkens wurde Königsberg eines der wichtigsten europäischen Zentren für astronomische Forschung seiner Zeit. Das Gebäude des Observatoriums, das während der Bombardements von 1944 zerstört wurde, befand sich in der Nähe der Bastion „Sternwarte", die in den Jahren 1855 bis 1860 errichtet worden war. In sowjetischer Zeit wurde sie „astronomische Bastion" genannt und gehörte lange Zeit zum Militärmeldeamt.

Während des Treffens in der Stadtverwaltung wurde erörtert, ob das sich im Bau befindende Gebäude das Gelände des Gelehrtenfriedhofs einnehmen wird und wie die Bauherren das Grabmal Bessels verändern werden. Es hieß, dass der Bauherr nur ein Bestreben habe, nämlich die Erhaltung des Objekts von kultureller Bedeutung, welches das Bessel-Grab nun einmal sei. Es wurde bekannt, dass der Friedhof erst vor Kurzem zunächst in das Verzeichnis der Objekte des kulturellen Erbes aufgenommen worden war und danach plötzlich wieder daraus verschwand. Eine Erklärung hierfür wurde nicht gegeben, es war lediglich zu hören, dass es an diesem Ort keine eindeutigen Zeichen gegeben habe, wo konkret welche Begräbnisstätten liegen. Larissa Kopzewa, die Leiterin der Denkmalschutzbehörde des Gebiets, sagte: „Wir wissen sicher, dass es an diesem Ort einen Friedhof gegeben hat, dass dort bestimmte Menschen beerdigt wurden. Bessel hat dort zumindest einmal gelegen, ebenso [Medizinprofessor] Wagner, also bedeutende Leute, aber wir können nicht sagen, ob sie dort noch immer sind oder inzwischen nicht mehr. Also woher soll ich das wissen?"

Wie üblich blieb vieles unklar. Alexander Jaroschuk sagte, dass man die Situation nun nicht mehr ändern könne, da die Bauarbeiten schon begonnen hätten. Er äußerte die Vermutung, dass sie ohnehin nicht direkt auf dem Gelände des Friedhofs erfolgen. In Zusammenhang mit den gestellten Fragen bot Alexander Jaroschuk an, Dokumente über den Gelehrtenfriedhof aus den Archiven anzufordern und darauf aufbauend Vorschläge zu erarbeiten, was zukünftig damit geschehen soll. Die gleiche Anfrage sollte man auch an den Kulturrat beim Gouverneur stellen.

Jurij Tschernyschew

Eldorado für Wintersportler

Das südliche Ostpreußen lockt gleich mit mehreren touristisch erschlossenen Skigebieten

Das Gebiet des südlichen Ostpreußens war schon immer als Land der dunklen Wälder und kristallenen Seen bekannt. Eine Region, die besonders gern im Sommer als Urlaubsziel von den Menschen, die ruhige Erholung in der Nähe der Natur genießen wollen, gewählt wurde. Es scheint sich langsam zu ändern, indem immer mehr Sportkomplexe entstehen, in denen man aktiv die Freizeit verbringen kann und dieses nicht nur im Sommer, sondern auch im Winter.

Mittlerweile lädt das südliche Ostpreußen die Touristen mit relativ vielen Skipisten ein. Natürlich können sich die „ostpreußischen Berge" mit den Alpen nicht messen, aber wenn jemand sich für den Winterurlaub in Ostpreußen entscheidet, wird er bestimmt die Möglichkeit haben, Ski zu laufen. Man kann zwischen sieben Skigebieten wählen.

Reuschhagen/Reussen [Rus] liegt zehn Kilometer von Allenstein entfernt. Das Gebiet hat drei Schlepplifte à 250 Meter und zwei weitere à 300 Meter Länge. Notfalls wird mit Kunstschnee nachgeholfen. Nachtskifahren ist möglich. In diesem Skizentrum befindet sich auch eine Speisegaststätte, ein Skiverleih



Nur zehn Kilometer von Allenstein entfernt: das Skigebiet Reussen

und eine Skischule. Die Öffnungszeiten sind von 9 bis 21 Uhr. Nähere Informationen findet man im Internet auf der Seite www.kartasiowka.pl

Sensburg, Berg der vier Winde [Góra Czterech Wiatrów] hat zwei Tellerlifte und fünf Skipisten von insgesamt 1800 Metern Länge. Die Schwierigkeitsgrade reichen von blau über rot bis schwarz. Es gibt hier auch Skiverleih, Skischule, Nachtskifahren, Restaurant, Eisbahn und einen Snowpark zum Snowboarden. Die Öffnungszeiten sind hier werktags 9 bis 21 Uhr und am Wochenende 9 bis 22 Uhr. Nähere Informationen findet man im Netz auf der Seite www.gora4w.com.pl

Elbing, Chrobrys Berg [Góra Chrobrego] liegt fünf Kilometer von Elbings Zentrum entfernt. Das Gebiet hat vier Schlepplifte à 410, 200, 130 und 90 Meter Länge. Es gibt Nachtskifahren, Skiverleih, Skischule und Skikindergarten, Speisegaststätte, einen Snowpark mit 1900 Quadratmetern Fläche und Snowtubing. Die Öffnungszeiten sind 9 bis 21 Uhr. Nähere Informationen findet man im Internet auf der Seite www.gora-chrobrego.pl

Heilsberg, Kreuzberg [Krzyzowa Góra] hat zwei Tellerlifte sowie je zwei Skipisten à 400 und 280 Meter Länge. Diese Skigebiet ist in dieser Saison geschlossen.

Ruhwalde [Wygoda], Kernsdorfer Höhe [Wzgórza Dylewskie] ist die höchste Erhebung Ostpreußens und befindet sich 30 Kilometer von Osterode. Czubatka Berg [Gora Czubatka] bietet nur einen Seillift, aber dafür ist die Skistrecke 500 Meter lang. Die Öffnungszeiten sind von 9 bis 16 Uhr. Nähere Informationen bietet das Netz auf der Seite www.dylewskagora.mazury.info.pl

Okrongeln [Okragle] liegt zehn Kilometer von Arys entfernt und hat drei Schlepplifte à 100, 300 und 700 Meter Länge. Vorhanden sind Restaurant, Skiverleih und Skischule. Auf Wunsch ist auch Nachtskifahren möglich. Die Öffnungszeiten sind von 9 bis 22 Uhr. Weitere Informationen finden sich auf der Internetseite www.skimazury.pl

Goldap, Schöner Berg [Piekna Góra]: In diesem großen Sportzentrum befinden sich eine Sesselbahn à 750 sowie Schlepplifte à 200, 350 und 650 Meter Länge, außerdem Skiverleih, Skischule, Snowpark, Restaurant und auf der Bergspitze ein Drehcafé. Die Öffnungszeiten sind werktags 9 bis 20 Uhr und am Wochenende 9 bis 21 Uhr. Weitere Informationen bietet die Internetseite www.zajazd-rudziewicz.pl

Edyta Gładkowska



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

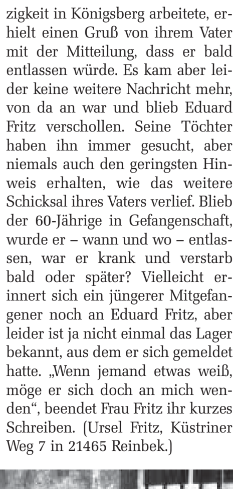
immer noch quält so viele ältere Menschen die Ungewissheit, wo ihre vermissten Angehörigen ruhen, die seit den letzten Kriegstagen oder der wirren Zeit danach verschollen sind. Da lässt jede Meldung oder Mitteilung aufhorchen, dass bisher unbekannte Gräber gefunden wurden, und zwingt zur Weitergabe an unsere Leserinnen und Leser. So müssen wir auch Frau **Stephanie Heidelmeyer** aus Alzenau danken, dass sie uns über ein Massengrab in Weißrussland informiert, das erst kürzlich entdeckt wurde. Es soll sich um deutsche Gefangene aus Elbing und Umgebung handeln, die verschleppt wurden und dort verstarben. Frau Heidelmeyer schreibt: „Kürzlich berichtete mir ein Bekannter, der sich die Suche nach deutschen Kriegsgefallenen in Weißrussland zur Aufgabe gemacht hat, dass am Nordrand der östlich des Dnjepr gelegenen Stadt Gomel ein Massengrab entdeckt worden sei. Es soll sich in einer Lehmgrube nahe einer Ziegelei befinden, die Kriegsgefangene der deutschen Wehrmacht und Zwangsdeportierte als Arbeitskräfte nutzte. Es sollen sich hierunter auch Zwangsdeportierte der Jahre 1944/45 aus dem Raum Elbing befunden haben, offenbar in größerer Anzahl. Ob Sie in der *PAZ/Das Ostpreußenblatt* einmal die Frage stellen könnten, ob jemand etwas von diesen Zwangsdeportationen weiß?“ Was hiermit in beiderseitigem Interesse geschieht. Wir können allerdings noch keine näheren Angaben machen, da sich der Informant von Frau Heidelmeyer zurzeit in Weißrussland befindet und vermutlich im Laufe dieses Monats an seinen Wohnort Hamburg zurückkehrt. Ich kann deshalb auch den Namen nicht nennen, der mir zwar bekannt ist, den ich aber ohne seine Genehmigung nicht veröffentlichen kann. Auch nicht den eines Zeitzeugen, der sich bei ihm gemeldet und von den damaligen Vorgängen in Gomel berichtet hatte. Frau Heidelmeyer weiß deshalb nicht, ob es sich bei diesem Informanten um einen Deportierten aus Elbing oder um einen Kriegsgefangenen handelt. Das ist im Augenblick auch nicht so gravierend, ausschlaggebend ist die Tatsache, dass es einen Zeitzeugen gibt, der aus eigenem Erleben über die damalige Lage in Gomel berichten kann. Aber es ist schon jetzt erkennbar, dass sich unter den Deportierten nicht nur Bewohner aus der Elbinger Gegend befanden, sondern auch Flüchtlinge aus anderen Gegenden Ostpreußens, die auf der Flucht von den Russen überrollt wurden, sowie Angehörige der deutschen Wehrmacht. Wer sich schon jetzt zu dieser Angelegenheit melden will, kann uns dies mit einer kurzen schriftlichen Information mitteilen. Ich reiche die Anschriften an Frau Heidelmeyer weiter, bis ich Verbindung zu dem Informanten aufgenommen habe. Die Verbindung zwischen ihnen kam übrigens zustande, weil Frau Heidelmeyer – wie auch der Herr aus Hamburg – einen Bruder hat, der seit Kriegsende vermisst ist. Zu den Suchenden, die immer noch hoffen, einen Hinweis auf das Schicksal ihres vermissten Angehörigen zu bekommen, gehören die Schwestern **Edeltraut** und **Ursel Fritz** aus Königsberg. Ihr Vater, der Oberzollsekretär **Eduard** Fritz, *27. Mai 1886, wird seit 1945 vermisst. Er ist Anfang 1945 noch zum Volkssturm eingezogen worden und hat die Kapitulation Königsbergs überlebt, denn er soll danach in Rothenstein als „Anstreicher“ gesehen worden sein. Dann 1946 endlich ein Lebenszeichen von ihm: Tochter Edeltraut, die im Krankenhaus der Barmherzigkeit in Königsberg arbeitete, erhielt einen Gruß von ihrem Vater mit der Mitteilung, dass er bald entlassen würde. Es kam aber leider keine weitere Nachricht mehr, von da an war und blieb Eduard Fritz verschollen. Seine Töchter haben ihn immer gesucht, aber niemals auch den geringsten Hinweis erhalten, wie das weitere Schicksal ihres Vaters verlief. Blieb der 60-Jährige in Gefangenschaft, wurde er – wann und wo – entlassen, war er krank und verstarb bald oder später? Vielleicht erinnert sich ein jüngerer Mitgefangener noch an Eduard Fritz, aber leider ist ja nicht einmal das Lager bekannt, aus dem er sich gemeldet hatte. „Wenn jemand etwas weiß, möge er sich doch an mich wenden“, beendet Frau Fritz ihr kurzes Schreiben. (Ursel Fritz, Küstriner Weg 7 in 21465 Reinbek.)



Wer erkennt sich auf den 1948 auf Schloss Körtlinghausen gemachten Fotos wieder? Bild: privat

Eine kurze Anfrage und dann ein langes Gespräch mit einer Autorin aus Sachsen-Anhalt. Thema: die 1947/48 durchgeführte Ausweisung der in den Kriegs- und Nachkriegswirren verlassenen ostpreußischen Kinder, die in die Auffanglager der russisch besetzten Zone kamen. Treibgut der Nachkriegswirren: Etwa 2500 sollen in Sachsen-Anhalt „gestrandet“ sein, wie die Archivarin **Bettina Fügemann** sagt, die sich als Buchautorin hauptsächlich mit dokumentarischen Themen befasst. Und dazu gehören für sie diese elternlosen Kinder, die in Heimen oder Pflegefamilien untergebracht wurden. Zu den größeren Auffanglagern in Sachsen-Anhalt gehörten die in Wittenberg, Bernburg und Wolfsen. In Stendal sollen später auch die aus Litauen kommenden „Wolfskinder“ untergebracht worden sein. Das sind einige erste Hinweise, die sich aus dem Telefongespräch ergaben, aber Frau Fügemann benötigt weitere Unterlagen. Sie bittet deshalb unsere Leserinnen und Leser, die damals als Kinder ohne Familie nach Sachsen-Anhalt kamen oder die Hinweise auf diese geben könnten, sich bei ihr zu melden. Einige werden in ihrem Auffangland geblieben sein, wenn sich keine anderswo lebenden Angehörigen oder Adoptiveltern fanden, oder sie haben es später verlassen – wie sich auch immer ihr Schicksal gestaltete: Frau Bettina Fügemann ist für jede Meldung dankbar. Besonders interessiert ist sie an Aufnahmen aus den Lagern und Heimen, da hier kaum Bildmaterial vorhanden ist. Ich konnte der Autorin einige Hinweise geben, jetzt ist die Ostpreußische Familie dran! (Bettina Fügemann, Robert-Koch-Straße 5 in 06493 Ballenstedt, Telefon 039483/8898, Fax 039483/8653.)

Nach ehemaligen Flüchtlingskindern sucht auch der Caritasverband für das Erzbistum Paderborn. Aber wenn sich auch bei obiger Suchfrage schon jetzt erste Erfolge abzeichnen – unsere „Buschtrommel“ funktioniert eben großartig! –, dürfte es in diesem Fall doch länger dauern. Es handelt sich nämlich nur um ein Heim für Flüchtlingskinder, die dort im Jahr 1946 Zuflucht fanden, folglich ist die Zahl der Gesuchten begrenzt. Das Schloss Körtlinghausen bei Rüthen war damals von dem Verein für Caritasheime des Erzbistums Paderborn angemietet worden. Die Kinder wurden dort von Hedwigs-Schwestern betreut, die aus Schlesien geflüchtet waren. Zu den wenigen Bilddokumenten, die von dieser Arbeit erhalten sind, zählen einige Fotos, die der Caritasverband 1948 in Auftrag gab. „Wir möchten mehr über das Schicksal der Kinder auf den Fotos erfahren“, erklärt Herr Jürgen Sauer vom Diözesan-Caritasverband, Paderborn. „Was ist aus ihnen geworden, welche Erinnerungen haben sie an die Zeit der Flucht und an das Leben auf Schloss Körtlinghausen?“ Es ist leider nicht bekannt, aus welchen Heimatgebieten die Kinder stammen, ob sie mit Transporten kamen, als verlassene Kinder von anderen Flüchtlingen mitgenommen wurden und ob es sich um Kinder aus katholischen Familien handelt. Vielleicht erkennt sich jemand aus unserem Leserkreis auf den Bildern oder erinnert sich an Flüchtlinge, die sich zu jener Zeit in der Paderborner Gegend aufhielten und vielleicht zu dem Schloss und den dort betreuten Kindern Verbindung hatten? Auch in diesem Falle werden die Informationen für ein Buchprojekt benötigt. (Diözesan-Caritasverband, Herr **Jürgen Sauer**, Am Stadelhof 15 in 33098 Paderborn, Telefon 05251/209-311, E-Mail: j.sauer@caritas-paderborn.de)



Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

„Leider sind inzwischen alle in Frage kommenden Informanten verstorben“ – so oder ähnlich steht es in vielen Suchbriefen, die wir erhalten, zumeist stammen die Absender aus der jüngeren Generation. Jeder aus der „Erlebnisgeneration“ – wie man uns halb anerkennend, halb schonungsvoll bezeichnet –, der von uns geht, hinterlässt eine Lücke, nimmt sein Wissen mit in das Grab. Da ist man froh, dass einige Verstorbene begehbare Spuren hinterlassen haben, und dazu gehört eine unserer emsigsten Mitdenkerinnen, Frau **Gertrud Bischof** aus Nürnberg. Ihr Tod hat mich sehr betroffen gemacht, denn Frau Bischof war immer bemüht, mit ihren Erinnerungen und Verbindungen zu Landsleuten an der Lösung von Suchfragen beizutragen. Umgekehrt konnte ich ihr helfen, ihre selbst gewählten Aufgaben zu erfüllen, von denen ich nur die Arbeit an dem Bericht über das Internierungslager Brakupönen/Rosslinde hervorheben möchte, den sie im vergangenen Jahr nach jahrzehntelanger Vorarbeit in Broschürenform herausgab. Da konnte man zu Recht sagen: Sie hat weder Kosten noch Mühen gescheut! Gertrud Bischof konnte die von ihr ermittelten und zusammengetragenen Namen der in Brakupönen von 1945 bis 1948 Internierten durch eine Personenliste ergänzen, die ihr Landsmann **Hans Nagel** bei seiner Entlassung aus dem Lager heraus schmuggelte. Natürlich wird mit 320 darin verzeichneten Namen nur ein Bruchteil der dort Internierten erfasst, denn während des dreijährigen Bestehens waren dort etwa 1500 Lagerinsassen untergebracht. Die Sterblichkeitsrate war hoch, nach mündlichen von Frau Bischof aufgezeichneten Überlieferungen kamen dort täglich bis zu 20 Menschen ums Leben. Da bei den Russen aber immer die „Norm“ stimmen musste, wurde versucht, Menschen aus dem übrigen Gebiet zwangsweise in das im Kreis Gumbinnen gelegene Lager zu verschleppen. Wie es dort zuging, beweist der Schicksalsbericht von **Ingrid Marie Neumann** geborene **Weber** aus Weidengrund, der stellvertretend für alle dort Internierten in der Broschüre enthalten ist. Als sie im April vorigen Jahres herauskam und ich darüber unsere Leser informierte, zeigte sich reges Interesse an dem Heft. Frau Bischof war darüber sehr erfreut, fühlte sich aber durch ihre Sehbehinderung überfordert mit dem Versand. Deshalb nahmen wir ihr diese Aufgabe ab. Sie war dafür dankbar, wie sehr zeigte sich in ihrem Weihnachtsgruß, der mich erschütterte, denn das Geschriebene war kaum leserlich. Trotzdem konnte ich aus den über die ganze Karte verteilten Bruchstücken ihren Dank für die Mithilfe entnehmen: „Vergellt's Gott für alles, was Sie für mich, uns getan haben …“ Ihr Augenlicht war am Erlöschen, dass aber auch ihr Lebenslicht zu Ende ging, ahnte ich noch nicht. Als ich nun die Anzeige von dem Tod der 93-Jährigen am Neujahrstag las, wurde mir bewusst, dass diese am 16. Dezember 2012 geschriebene Karte vielleicht die letzten Schriftzüge aus ihrer Hand enthält. „Sie darf nun sehen, was sie geglaubt hat“, schreiben ihre Hinterbliebenen.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

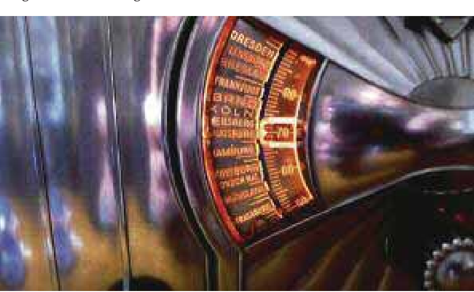
Noch immer steht »Heilsberg« auf dem alten Radio

Erinnerungen an den ostpreußischen Großrundfunksender

Man kann es kaum glauben, wenn man das Foto sieht, das uns Herr **Axel Tholen** übersandte: Er scheint noch zu existieren, der Sender Heilsberg, denn er ist auf der Stationsskala des Rundfunkgerätes verzeichnet, das sich in seinem Besitz befindet. Nun hat allerdings der Großrundfunksender Heilsberg bereits Ende Januar 1945 seinen Betrieb eingestellt, und bei dem Gerät handelt es sich um ein 340-Watt-Röhrenradio von Telefunken, das 1931 hergestellt wurde. „Aber es spielt wie am ersten Tag“, lobt Herr Tholen seinen „Katzenkopf“, wie das Röhrenradio in Sammlerkreisen genannt wird. Zwar übermittelt er uns dafür keinen akustischen Beweis, aber einen optischen mit dem Foto, das er extra für unsere Zeitung aufgenommen hat.

Das weckt Erinnerungen. Sicherlich nicht nur bei mir als ehemaliger Mitarbeiterin des Reichssenders Königsberg, sondern bei vielen Leserinnen und Lesern, für die in ihrer Kindheit oder frühen Jugend der Rundfunk das Medium war, das selbst die in einsamen Dörfern oder Höfen Lebenden mit der großen, weiten Welt verband. Immer wieder werde ich auf die „Kunterbunten Kinderstunden“ angesprochen, die beliebteste Kindersendung im Programm des Reichssenders Königsberg. Als wir im März 2001 das Seminar „Reichssender Königsberg“ im Ostheim in Bad Pyrmont veranstalteten, konnte ich noch den damaligen Leiter des Jugendfunks, **Hans-Joachim Paris**, und **Irene Recklies-Herr**, die diese Sendung maßgeblich gestaltet hat, begrüßen. Sie schrieb auch das Erkennungslied: „Kunterbunte Kinderstunde, wie der Dienstag sie stets bringt, und schon tönt's von Mund zu Munde: Kommt ihr Kinder, lacht und singt.“

Aber nun zum Sender Heilsberg, den der „Katzenkopf“ von Herrn Tholen noch immer anzeigt. Der Bau war notwendig geworden, als die Versorgung der Rundfunkhörer in Ostpreußen durch den Königsberger Sender – dessen Tätigkeit im Juni 1924 begonnen hatte und der mit Hilfe der Stadt Königsberg auch die finanziellen Klippen umschifft hatte – unbefriedigend blieb. Nicht nur, dass sich die Ausgangsleistung mit 1,5 Kilowatt als zu gering erwies, auch die geografische Randlange von Königsberg spielte für die Mittelwellenversorgung des gesamten Sendegebietes eine Rolle. So wurde für den geplanten Großrundfunksender die zentral gelegene Stadt Heilsberg ausgewählt. Damit lag der Standort auch innerhalb des „Heilsberger Dreiecks“, das nach dem Versailler Vertrag der einzige militärisch stärker befestigte Raum innerhalb der Provinz Ostpreußens sein durfte.



Senderskala des 340-Watt-Röhrenradios von Telefunken Bild: privat

Im Jahr 1930 begann man auf einem etwa zwei Kilometer von der Stadt entfernten Gelände an der Landsberger Chaussee mit dem Bau der Anlage. Es entstand ein großflächiger Gebäudekomplex, der abseits der Antennenanlage lag. Im Hauptgebäude befanden sich Senderaum und Maschinenraum sowie weitere Nebenräume. Die Büros waren in einem Seitentrakt untergebracht, der auch Dienstwohnungen für die dort Beschäftigten erhielt. Auch ein Kühlturm gehörte zu diesem Gebäudekomplex, der weit überragt wurde von den beiden 102 Meter hohen Antennentürmen. Sie standen im Abstand von 200 Metern voneinander und waren mit einem Seil verbunden, an dem senkrecht die Antenne hing. Installiert wurde ein achtstufiger Lorenz-Sender mit 60 Kilowatt Leistung (276 Meter), dessen Anfangsstufe erstmalig quarzgesteuert war. Die Endstufe war mit 18+2 Röhren RS 255 in Parallel- und Gegentaktschaltung bestückt. Am 15. Dezember 1930 wurde der Großrundfunksender in Betrieb genommen. In Heilsberg gab es keine Aufnahmestudios, die Sendungen wurden nach wie vor im Königsberger Funkhaus produziert, zum Heilsberger Sender übertragen und von dort ausgestrahlt. Die Stadt hatte mit der weithin sichtbaren Anlage ein neues Wahrzeichen bekommen. Die beiden Antennentürme aus Kiefernholz waren auf einem Betonsockel errichtet. Allerdings nicht aus ostpreußischem, obgleich es ja in unserer Heimat nicht gerade an Kiefern mangelte, sondern aus dem Holz der amerikanischen Pechkiefer.

Wenn nun ältere Heilsberger monieren, dass sie sich nur an einen – dazu noch viel höheren Turm – erinnern, so haben sie Recht. Denn weitere Verbesserungen der Sendeanlage erwiesen sich bald als notwendig. Der Sender wurde zu 100 Kilowatt Senderausgang umgebaut, gleichzeitig erfolgte eine Veränderung der Antennenanlage. Einer der beiden Türme wurde abgebaut, der verbleibende wurde mit einem schwundmindernden, spannungsgespeicherten Höhendipol ausgerüstet. Während des sechsmonatigen Umbaus kam ein fahrbarer Ersatzsender zum Einsatz, dann konnte die Inbetriebnahme am 28. August 1935 erfolgen. Und wie war das mit der Turmhöhe? Fünf Jahre später wurde der hölzerne Turm durch einen 151 Meter hohen Rundstahl-Gittermast ersetzt. Dann kam das Ende für den Großrundfunksender am 31. Januar 1945, als die deutsche Wehrmacht die gesamte Anlage sprengte. Das alles – und in den Erinnerungen mancher Landsleute sicher noch viel mehr – bewirkt der Name „Heilsberg“ auf dem alten Radiogerät unseres Lesers Axel Tholen, dem wir für das Foto sehr herzlich danken. *R.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 97. GEBURTSTAG

Vollmer-Rupprecht, Ruth, geb. **Geede**, aus Königsberg, am 13. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Freyer, Siegfried, aus Lyck, Bismarckstraße 38, am 11. Februar
Herrmann, Hilde, geb. **Lopens**, aus Groß Hoppenbruch (Rensegut), Kreis Heiligenbeil, am 2. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Gollub, Ernst, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 15. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Doll, Gertrud, geb. **Monzien**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Heimann, Frieda, geb. **Seel**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Heß, Lotte, geb. **Kiekel**, aus Sekkenburg, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
Ohnesorge, Erich, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, am 17. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Alzuhn, Frieda, geb. **Froese**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
Böse, Margret, geb. **Sembritzki**, aus Lyck, Bismarckstraße 46, am 16. Februar
Hantel, Hela, geb. **Eggers**, aus Havendorf, am 12. Februar
Harnack, Martha, geb. **Dehn**, aus Goythenen, Kreis Samland, am 13. Februar
Höper, Dr. Edith, geb. **Becker**, aus Lyck, Yorkstraße, am 17. Februar
Kalledat, Ernst, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 15. Februar
Pfeiffer, Siegfried, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 17. Februar
Porr, Waltraut, geb. **Rumler**, aus Malkienen, Kreis Lyck, am 15. Februar
Ruskowski, Erich, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 14. Februar
Zapalowski, Ruth, geb. **Bienk**, aus Ortelsburg, am 14. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Babel, Gertrud, geb. **Plaga**, aus Lötzen, am 12. Februar
Bartsch, Erika, geb. **Greczyk**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 16. Februar
Friederici, Lucia, geb. **Mikotowitz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 13. Februar
Golinski, Lieselotte, geb. **Mrowka**, aus Ringen, Kreis Treuburg, am 12. Februar
Gutsch, Hilde Anna, geb. **Rudat**, aus Wilhelmsbruch, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
Hensel, Annemarie, geb. **Rosowski**, aus Grünflur, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar
Lauf, Karl, aus Goldensee, Kreis Lötzen, am 17. Februar
Naglazki, Hertha, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 13. Februar
Lutat, Walter, aus Kurrenberg, Kreis Elchniederung, am 15. Februar
Rehfeld, Frau, aus Elchniederung, am 1. Februar
Rohde, Gerda, geb. **Steinort**, aus Wargienen, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Rydzewski, Frieda, geb. **Kollek**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 17. Februar
Samorey, Marie, geb. **Krajewski**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 12. Februar
Sturies, Ellida, geb. **Schenk**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 14. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Buttgereit, Herta, geb. **Berger**, aus Kreuzdorf, Kreis Treuburg, am 15. Februar
Fech, Agnes, geb. **Hoffmann**, aus Roßberg, Kreis Elchniederung, am 13. Februar
Hipp, Dora, geb. **Ennulat**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Jedrysik, Elsa, geb. **Unruh**, aus Germau, Kreis Samland, am 14. Februar
Koch, Ursula, geb. **Kienapfel**, aus Wehlau, Alleestraße, Kreis Wehlau, am 15. Februar
Kühl, Hildegard, geb. **Dzieran**, aus Lötzen, am 14. Februar
Ladda, Hedwig, geb. **Schall**, aus Lötzen, am 17. Februar
Lelewell, Herta, geb. **Preuß**, aus Lyck, Morgenstraße 33, am 13. Februar
Mende, Elli, geb. **Treppke**, aus Rauschen, Kreis Samland, am 13. Februar
Pankewitz, Willi, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 16. Februar
Pfeiffer, Irmgard, geb. **Puchert**, aus Ruckenhagen, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Preuk, Thusnelda, geb. **Ernst**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 15. Februar
Richert, Alfred, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 11. Februar
Ritthof, Gertrud, geb. **Kowalzik** aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 17. Februar
Runge, Elfriede, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. Februar
Schaffstein, Rosemarie, geb. **Geil**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Schlenther, Alfred, aus Schnekkenwalde, Kreis Elchniederung, am 17. Februar
Sender, Walter, aus Willenberg-Abbau, Kreis Ortelsburg, am 14. Februar
Wiencke, Herta, geb. **Brzoska**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 11. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bernitt, Maria, geb. **Nowak**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 12. Februar
Brehl, Frieda, geb. **Rippke**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 11. Februar
Buksa, Paul, aus Lissau, Kreis Lyck, am 11. Februar
Drinda, Ruth, geb. **Paulini**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 17. Februar
Dürselen, Ruth, geb. **Bekawies**, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Grondowski, Helmut, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 11. Februar
Kalwellis, Edith, geb. **Hoffmann**, aus Skaten, Klein Skaten, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Lembk, Gisela, geb. **Thimm**, aus Angerburg, am 27. Februar
Miesczinski, Hildegard, aus Pobethen, Kreis Samland, am 12. Februar
Ravn, Elfi, geb. **Kuczinski**, aus Herzogsmühle/Röbel, Kreis Treuburg, am 11. Februar
Reimann, Marie, geb. **Salewski**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 11. Februar
Spogahn, Emmi, geb. **Schieweck**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, am 12. Februar
Teiwes, Martha, geb. **Schlieffski**, aus Ortelsburg, am 12. Februar
Vongehr, Erna, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Woitalla, Erna, geb. **Uebersohn**, aus Reichstein, Kreis Lötzen, am 17. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Beister, Ilse, geb. **Berger**, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 11. Februar
Bombalska, Gertrud, aus Prostken, Kreis Lyck, am 15. Februar
Dunkel, Gisela, geb. **Wagner**, aus Klaussen, Kreis Lyck, am 12. Februar
Harms, Marianne, geb. **Neumann**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 15. Februar
Joneleit, Siegfried, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 37, am 12. Februar
Jorzig, Irmgard, aus Ulleschen Kreis Neidenburg, am 14. Februar
Knapp, Klara, geb. **Bendzko**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 15. Februar
Knoke, Hannelore, geb. **Paskowski**, aus Ortelsburg, am 15. Februar
Koch, Brigitta, aus Königsberg, am 13. Februar
Lipka, Heinz, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 16. Februar
Makoschey, Ernst, aus Regeln, Kreis Lyck, am 15. Februar
Nikulski, Erwin, aus Gollen, Kreis Lyck, am 14. Februar
Olthoff, Ilse, geb. **Kalkowski**, aus Tapiau, Lindemannstraße 12, Kreis Wehlau, am 16. Februar
Sawischlewski, Gertrud, geb. **Bergholz**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 14. Februar
Schmidt, Erika, geb. **Liedtke**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 14. Februar
Schulz, Dietrich, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 17. Februar
Wachsmuth, Herta, geb. **Brozio**, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 16. Februar
Wegner, Heinz, aus Trankwitz, Kreis Samland, am 16. Februar
Windloff, Martha, geb. **Kendziorra**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar
Wohler, Rosemarie, geb. **Walter**, am 16. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Balzer, Ruth, geb. **Hartwig**, am 16. Februar
Bauer, Christel, geb. **Schäfer**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 13. Februar
Broziewski, Rudolf, aus Gollen, Kreis Lyck, am 11. Februar
Cittrich, Bruno, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 13. Februar
Enge, Christa, geb. **Kelch**, aus Schareiken, Kreis Treuburg, am 13. Februar
Hamann, Frida, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Februar
Hofmaier, Ursula, geb. **Petruck**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 12. Februar
Kausch, Fritz, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 13. Februar
Klein, Heinz, aus Wilkeim, Kreis Samland, am 9. Februar
Klingschat, Vera, geb. **Tiedemann**, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 16. Februar
Loch, Willi, aus Neufließ, Kreis Ortelsburg, am 11. Februar
Loeper, Helmut, aus Neukuhren, Kreis Samland, am 13. Februar
Lorius, Edeltraut, geb. **Lallo**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 11. Februar
Marschewski, Gerhard, aus Neidenburg, am 13. Februar
Pasternak, Gerd, aus Wehlau, Niddener Straße 4, Kreis Wehlau, am 14. Februar
Paura, Christel, geb. **Sonnenfeld**, aus Froben Kreis Neidenburg, am 14. Februar
Petruck, Günter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. Februar
Platz, Fritz, aus Drengfurt, Kreis Rastenburg, am 13. Februar
Prostka, Alfred, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 13. Februar
Rhode, Hildegard, aus Gilgenburg, am 11. Februar
Rimkus, Paul, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 14. Februar
Schreeck, Gertrud, geb. **Kniza**, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 16. Februar
Szigat, Oskar, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 16. Februar
Többler, Friedhelm, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 16. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Dzugga, Herbert, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 13. Februar
Ehlert, Arno Rudi, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 12. Februar
Engler, Karl-Heinz, aus Schurfelde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. Februar
Goerke, Helmut, aus Klein-Kosel, Kreis Neidenburg, am 11. Februar
Hegenbarth, Brünhild, geb. **Kölm**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 16. Februar
Hirscher, Egon, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. Februar
Lanitz, Astrid, geb. **Kotschessa**, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 16. Februar
Lembke, Christel, geb. **Kopp**, Stiefvater: **Steinhagen**, aus Wallenr. Lindenhof, Kreis Treuburg, am 17. Februar

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

TERMINE DER LO

Jahr 2013

9./10. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
16./17. März: Arbeitstagung der Vorsitzenden der Deutschen Vereine in Sensburg (Ostpreußen).
15. bis 17. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont.
19. bis 21. April: Kulturseminar in Bad Pyrmont.
5. bis 12. Mai: Werkwoche im Kopernikushaus in Allenstein.
17. bis 20. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont.
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).
20. bis 22. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont.
27. bis 29. September: 9. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein. Geschlossener Teilnehmerkreis.
11. bis 13. Oktober: 6. Deutsch-Russisches Forum in Duisburg. Geschlossener Teilnehmerkreis.
14. bis 20. Oktober: 59. Werkwoche in Bad Pyrmont.
25. bis 27. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont.
1. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Bad Pyrmont.
4. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont.

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 9. Februar, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt. Vor 125 Jahren: Theodor Storm beendet seine Novelle „Der Schimmelreiter“.
SONNABEND, 9. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Berlin – Die Sinfonie der Großstadt.
SONNABEND, 9. Februar, 21.20 Uhr, 3sat: Unser Hollywood. 100 Jahre „Kino aus Babelsberg“.
SONNABEND, 9. Februar, 22.50 Uhr, Vox: Blick ins Jenseits – Gibt es ein Leben nach dem Tod?
SONNTAG, 10. Februar, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
SONNTAG, 10. Februar, 19.15 Uhr, Phoenix: Glück ohne Ruh – Goethe und die Liebe.
SONNTAG, 10. Februar, 23.15 Uhr, Phoenix: Muammar Gaddafi.
MONTAG, 11. Februar, 18.25 Uhr, Arte: Vergessene Völker. Die Aromunen in Mazedonien.
MONTAG, 11. Februar, 22.30 Uhr, Phoenix: Die sieben Weltwunder.
DIENSTAG, 12. Februar, 13.07 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Der versteinerte Richard. Wagner-Denkmale in Sachsen.
DIENSTAG, 12. Februar, 19.15 Uhr, Deutschlandfunk: Das Feature. Rohstoff-Roulette. Das gefährliche Spiel um Platin, Petroleum und Palmöl.
DIENSTAG, 12. Februar, 20.15 Uhr, Arte: The Brussels Business. Wer steuert die Europäische Union?
DIENSTAG, 12. Februar, 20.15 Uhr, Das Vierte: Der Teufel spielte Balalaika. Kriegsdrama mit Götz George. D 1961.
DIENSTAG, 12. Februar, 21.35 Uhr, 3sat: Der Fluchhafen Berlin. Deutschlands peinlichste Baustelle.
DIENSTAG, 12. Februar, 22 Uhr, Arte: Water Makes Money. Wie private Konzerne aus Wasser Geld machen.
MITTWOCH, 13. Februar, 13.07 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Länderreport. Die Kohlenwagenbabys. Geboren in der Bombennacht von Dresden, ein Leben lang auf Spurensuche.
MITTWOCH, 13. Februar, 22.45 Uhr, HR: Der Pflegenotstand – Wer kümmert sich um die Alten?
MITTWOCH, 13. Februar, 23.15 Uhr, ARD: Die Syrien-Falle. Deutschland und der Krieg gegen Assad.
DONNERSTAG, 14. Februar, 18.25 Uhr, Arte: Vergessene Völker. Die Kaschuben in Polen.
DONNERSTAG, 14. Februar, 20.15 Uhr, 3sat: Fettleibigkeit vorprogrammiert. Verändern chemische Substanzen bereits im Mutterleib den Stoffwechsel eines Babys?
DONNERSTAG, 14. Februar, 20.15 Uhr, Phoenix: Das Drama von Dresden.
FREITAG, 15. Februar, 7.30 Uhr, SWR: Kant, Sophie und der Kategorische Imperativ.

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

Maschinowski, Karin, geb. **Wicht**, aus Königsberg-Zinten, am 13. Februar

Morschek, Hannelore, geb. **Lauwige**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. Februar

Peter. Dorothee, geb. **Schimmelpfennig**, aus Baringen, Kreis Ebenrode, am 15. Februar

Schreiber, Hannelore, geb. **Schreiber**, aus Tapiau, Kiesweg 17, Kreis Wehlau, am 17. Februar

Teichmann, Ursula, geb. **Gallert**, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 16. Februar

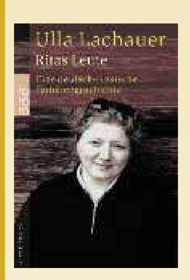
Werth, Sieglinde, geb. **Wolf**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 16. Februar

Wienke, Peter-Jürgen, aus Ebenrode, am 16. Februar



Reiser, Reinhard, und Ehefrau Emy, geb. **Schmieg**, aus Blökken, Kreis Labiau, am 14. Februar

Ostpreußisches Landesmuseum



Ritas Leute – Eine deutsch-russische Familiengeschichte – Autorenlesung mit Ulla Lachauer

Mittwoch, 13. Februar 2013, 19 Uhr. „Ritas Leute“ handelt von der jungen, lebenslustigen Rita Pauls: selbstbewusst im Auftreten, von barocker Statur und mit einer herrlichen Gesangsstimme begabt. Sie wohnt und lebt in Mannheim und hat eine große, weit verstreute Familie – Ritas Leute. Das Besondere: Rita stammt aus dem fernen Kasachstan, ist erst 1989 mit ihrer Familie nach Deutschland gekommen und gehört zu den mittlerweile zwei Millionen Russland-Aussiedlern, die im wiedervereinigten Deutschland leben. Im Mikrokosmos der Familie Pauls spiegelt sich eine ganze Epoche – von den zwanziger Jahren, der Wolgadeutschen Republik über die Ära von Hitler und Stalin bis zur Gegenwart. Ritas Leben heute ist Ausgangspunkt und Zentrum des Buches: ihre Erfahrungen in der neuen Heimat, ihre starke Verbundenheit mit der eigenen Familie, ihre Erinnerungen an die ehemalige Sowjetunion. Ulla Lachauer schildert das Schicksal der Familie Pauls auf die sehr persönliche, menschliche Art und Weise, die ihr eine riesige Lesergemeinde gesichert hat.

Ulla Lachauer wurde 1951 in Ahlen/Westfalen geboren. Nach einem Studium der Geschichte, der Philosophie und der Politikwissenschaft in Gießen und Berlin lebt und arbeitet sie heute als freie Journalistin, Filmemacherin und natürlich als Autorin in Mannheim. Seit den 1980er Jahren sind es besonders die Geschichte des Landes und die Lebensgeschichten der Menschen Ostpreußens, die die Autorin faszinieren. Von ihr stammen der unter anderem der Bestseller „Paradiesstraße“ sowie „Die Brücke von Tilsit – Begegnungen mit Preußens Osten und Russlands Westen“, „Ostpreußische Lebensläufe“ und „Ritas Leute – Eine deutsch-russische Familiengeschichte“, die wir in der Lesung von der Autorin selbst kennenlernen wollen. Eintritt: 5 Euro/Schüler und Studenten: 3, Euro. *OL*

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstr. 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75 99 50, Fax: (04131) 75 99 511, E-Mail: presse@ol-lg.de, Internet: www.ol-lg.de.









Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

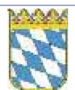


BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Sonntag, 14. Februar, 14 Uhr, Pfarrscheune (neben der Kirche), Buchen-Hainstadt: **Mitgliederversammlung mit Wahlen und Ehrungen.** Außerdem Grützwurstessen und Film. Ein Bus wird eingesetzt. Nähere Informationen bei Rosemarie Sieglinde Winkler über Telefon (06281) 8137.

Ulm/Neu-Ulm – Sonnabend, 16. Februar, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Treffen der Frauengruppe und Schabbern.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 20. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Tambosi, Promenade: Monatszusammenkunft der Gruppe. Thema: „Ostpreußens bedeutende Frauen, Teil 2“.

Erlangen – Donnerstag, 14. Februar, 16.45 Uhr, Freizeitzentrum Frankenhof, Südliche Stadtmauerstraße 35, Raum 20: Treffen der Gruppe zum gemütlichen Beisammensein.

Hof – Sonnabend, 16. Februar 14 Uhr, Restaurant Altdeutsche Bierstube, Am Kuhbogen: Traditionelles Grützwurstessen nach ostpreußischem Rezept (Achtung um eine Woche verlegt!). Gäste sind herzlich willkommen.

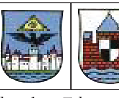
Landshut – Dienstag, 19. Februar, 14 Uhr, Insel: Zusammenkunft der Gruppe. Spaß mit Kinder- und Jugendfotos vieler Mitglieder, zusammengestellt als Videoaufzeichnung.

Starnberg – Donnerstag, 14. Februar, 15 Uhr, Bayerischer Hof: Die Gruppe trifft sich zum Faschingskranzl.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.




Tilsit-Ragnit / Tilsit-Stadt – Sonnabend, 9. Februar, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin: Treffen der Gruppen. Anfragen für beide Gruppen bei Hermann Trilus, Telefon (03303) 403881.

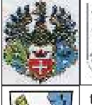


Rastenburg – Sonntag, 10. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Die Gruppe trifft sich. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 188826.

Wehlau – Sonntag, 10. Februar, 15 Uhr, Gasthaus Linden Garten, Alt Buckow 15a, 12349 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.

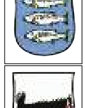


Frauengruppe – Mittwoch, 13. Februar, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin: Treffen der Frauengruppe. Bunter Nachmittag mit Sängern und lustigen Begebenheiten aus Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.




Königsberg / Samland / Labiau – Freitag, 15. Februar, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Informationen erteilt Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.





Gumbinnen / Johannisburg / Lötzen / Sensburg – Dienstag, 19. Februar, 13 Uhr, Restaurant Oma Brink's Kartoffelhaus, Gardeschützenweg 19, 12203 Berlin: Eröffnung der Zusammenkünfte im Jahr 2013. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 403281, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.





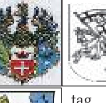
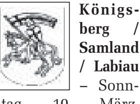
Angerburg / Darkehmen / Goldap – Donnerstag, 21. Februar, 14 Uhr, Restaurant Oase Amera, Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Winter in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Sonnabend, 23. Februar, 13 Uhr, Restaurant Heidelbeere, Heidelberger Platz 1, 14197 Berlin: Treffen der Gruppe zum Eisbeinessen. Anfragen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



Mohrungen – Donnerstag, 7. März, 15 Uhr, Restaurant Sternstunde, Kreuznacher Straße 29, 14197 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Ursel Dronsek, Telefon 2614338.

Königsberg / Samland / Labiau – Sonntag, 10. März, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen. Informationen bei Professor Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.

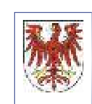


Rastenburg – Sonntag, 10. März, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus Rohrdamm 24 B, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 1888.

Frauengruppe – Mittwoch, 13. März, 13.30 Uhr, Kaffee Tam, Wilhelmstraße 116–117, 10963 Berlin. Kurze Referate über und aus Ostpreußen. Gedichte zum Jahreswechsel. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Pillkallen / Schlossberg – Dienstag, 19. März, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin: Fasching. Anfragen bei Helga Rieck, Telefon 6596822.



BRANDENBURG

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Telefon (04521) 4094-830, Fax (04521) 4094-831, Mobil (0173) 6254277, E-Mail: elard.gottberg@gottberg-logistik.de.

Oranienburg – Sonnabend, 9. Februar, 10 Uhr, Gaststätte Zu den drei Linden, Oranienburg-Sachsenhausen, Friedrichstraße 56: **Neuwahl** beim Bund der Vertriebenen in Oberhavel. Die Mitglieder der Vereine und Heimatgruppen der Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Schlesier und Sudeten aus dem Kreis Oranienburg sind eingeladen, auf ihrer nächsten Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand ihres BdV Kreisverbandes OHV e.V. zu wählen. Alle Mitglieder der o.g. Vereine und Heimatgruppen werden gebeten, an dieser Mitgliederversammlung teilzunehmen.

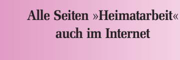


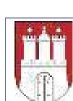
BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Dienstag, 5. März, 8.30 Uhr, Busbahnhof vor dem Cinemaxx: Auf Wunsch vieler Mitglieder wird erneut eine **Busfahrt nach Lüneburg mit Besichtigung des Ostpreußischen Landesmuseums** ermöglicht. Die dortige Dauerausstellung wird immer wieder ergänzt und zeitgemäßen Erfordernissen angepasst. Die Organisatoren wissen, dass dieses für alle Teilnehmer von großem Interesse ist und dass auch der neue Leiter des Museums, Herr Dr. Joachim Mähnert, den meisten noch nicht bekannt sein dürfte. Die Gruppe hat daher angefragt, ob er ihr die wichtigsten Neuerwerbungen der letzten drei Jahre und auch die Erweiterung des Hauses um die deutschbaltische Abteilung vorstellen könnte und bedankt sich für seine Zusage. Nach seinem Vortrag besteht die Gelegenheit, Höhepunkte der Dauerausstellung sowie die aktuelle Sonderausstellung „Mythos und Wirklichkeit der Herrenhäuser im Baltikum“ zu besichtigen. Das Mittagessen und ein eventueller Stadtspaziergang können individuell gestaltet werden. Um 15 Uhr erfolgt die Rückfahrt. Unterwegs soll erneut das beliebte Hofcafé im „Eggershof“ in Ellingen zur Kaffeetafel besucht werden. Der Preis beträgt 35 Euro für Fahrt, Vortrag, Eintritt und Kaffeetafel. Anmeldungen werden ab sofort direkt bei Frau Venderbosch, Telefon 4854633 erbeten.

Bremerhaven – Freitag, 22. Februar, 14.30 Uhr, Barlachhaus: **Jahreshauptversammlung.**


Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 25. Februar, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag.

KREISGRUPPE



Insterburg – Die Gruppe trifft sich jeden 1. Mittwoch im Monat (außer Januar und Juli) mit Liedern und kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Rückfragen bei Manfed Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/Main, Telefon (069) 77039658.

Darmstadt-Diebig – Sonnabend, 9. Februar, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus, Bürgerhaus am See, Kranichstein, Grundstraße 10, Telefon (06151) 9711815: Die Gruppe wird fröhliche Stunden beim „Preußischen Fasteloawend“ verleben. Wie üblich beginnt die Veranstaltung mit der Kaffeetafel. Mit humoristischen Beiträgen sowie mit Musik und Gesang wird das weitere Programm gestaltet. Die Gruppe freut sich über jeden, der hierzu etwas beiträgt.

Wetzlar – Montag, 18. Februar, 18 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Die Kreisgruppe trifft sich zu einem Bericht von Mitglied Joachim Albrecht über die Kontakte seiner Familie zu einer ostpreußischen Familie, die nach Kriegsende in ihrer Heimat verblieben ist. – Beim **Januartreffen** gedachte die Kulturbeauftragte Karla Weyland (Rauschenberg) des ostpreußischen Philosophen Immanuel Kant. 1724 habe dieser in der Provinzhauptstadt Königsberg als viertes von neun Kindern des Sattlermeisters Johann Georg Kant und seiner Ehefrau Anna Regina das Licht der Welt erblickt, führte die Referentin aus. Durch seine umfangreiche Tätigkeit an der dortigen Universität und seine bahnbrechenden Schriften zur Erkenntnislehre habe Kant Weltruhm erlangt und gelte bis heute als Wegweiser für neuzeitliches Denken und Handeln. Seine Aufforderung „Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“, sei zur Losung der Aufklärung und der daraus entstandenen Geistesbewegung der Moderne geworden. Bis 1770 habe Kant allerdings auf eine ordentliche Professur in seiner Heimatstadt warten müssen. Bis dahin habe er zunächst als Hauslehrer und später als Privatdozent unter anderem für Logik, Metaphysik, Ethik, Mathematik und Physik seinen Lebensunterhalt bestreiten müssen. Bekannt gewesen sei der Gelehrte in der Königsberger Bevölkerung durch einen streng reglementierten Tagesablauf. So erzähle man

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

sich, dass die Königsberger ihre Uhren nach dem täglichen Spaziergang Kants, der zeit seines Lebens unverheiratet geblieben ist, hätten stellen können. Ebenso präzis habe er seine Gedanken zu Papier gebracht und in seiner Ethiklehre grundlegende Überlegungen zum Zusammenleben der Menschen geäußert, berichtete Karla Weyland. Seiner strengen Lebensweise und seiner konsequent-logischen Denkungsart zum Trotz sei Kant für seine Studenten und Bekannten wegen „seines Charmes und seines sprühenden Witzes“ dennoch ein angenehmer Gesellschafter gewesen. Zum Abschluss machte Karla Weyland ihre Zuhörer anhand von Kant-Zitaten mit der Einstellung des berühmten Philosophen zum Leben bekannt. „Der Himmel hat den Menschen als Gegengewicht zu den vielen Mühseligkeiten des Lebens drei Dinge gegeben: Die Hoffnung, den Schlaf und das Lachen.“ Ein andermal habe er geäußert: „Kein Mensch ist so wichtig wie er sich nimmt.“ Dem Vortrag vorausgegangen war die Jahreshauptversammlung der Wetzlarer Kreisgruppe. Acht Vortragsabende über die Geschichte und Kultur Ostpreußens und drei Geselligkeitsveranstaltungen habe das Jahresprogramm in 2012 vorzuweisen gehabt, stellte der Vorsitzende Kuno Kutz (Volpertshausen) fest. In seinem Kassenbericht lobte Schatzmeister Horst Koschinski (Oberndorf) die Mitglieder wegen ihrer Spendenfreudigkeit. 1480 Euro seien letztes Jahr bei ihm eingegangen, so dass die Kreisgruppe auch ohne die Erhebung von festen Mitgliedsbeiträgen ihre finanziellen Verpflichtungen habe erfüllen können.



Wiesbaden – Dienstag, 12. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe. Allerlei zur Fassenacht. Ein närrischer Nachmittag mit Spaß an der Freud. – Sonnabend, 16. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: Monatstreffen. Streifzug durch Ostpreußen. Dia-Vortrag von Dieter Schetat. Wer Ostpreußen kennt, den begeistern seine landschaftliche Schönheit, seine kleinen beschaulichen Städtchen und Dörfer, seine Alleen und die einmalige Dünenlandschaft. Das alles in stimmungsvollen Bildern eingefangen soll Erinnerungen an die unvergessene Heimat wecken. Zuvor gibt es Kaffee und Kuchen. – Donnerstag, 21. Februar, Gaststätte Haus Waldsee, Ostpreußenstraße 46: Stammtisch. Serviert wird Schmandhering. Es kann auch nach der Karte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 15. Februar bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938. Bericht vom Närrischen Nachmittag – Froh gestimmt feierte die Landsmannschaft ihren „Närrischen Nachmittag“ mit Kreppelkaffee und einem bunten Fastnachtsprogramm, das Dieter Schetat zusammengestellt hatte. Nach der Begrüßung durch die stellvertretende Vorsitzende Helga Kukwa sorgte das Stimmungs-Duo Mathias Budau und Dr. Markus Hübenthal gleich zu Beginn mit dem Motto „Spiel mir eine alte Melodie“ für den richtigen Schwung zum Mitsingen und Schunkeln im Saal. Den Reigen der Büttenreden eröffnete der Elbinger Landsmann Hans-Georg Budau, ein hochdekorierter Fassenachter in fast fünf Jahrzehnten seines närrischen Wirkens. mit zwei amüsanten Geschichten vom „Flohche“. Bei seinen weiteren Auftritten erfreute er die erwartungsvollen Besucher mit einer närrischen „Seelenwanderung“ von zwei Ur-Elbinger Bowkes und gab Goethes Gedicht „Der Fischer“ in abgewandelter Form und der närrischen Zeit angepasst zum Besten. Mit ihren Vorträgen „Ballermanns Barbesuch“ und „Mein altes Hütchen“, das trotz aller Bemühungen nicht zu beseitigen war, hatte LOW-Mitglied Lieselotte Paul die Lacher auf ihrer Seite. Landsmann Georg Lehmann nahm Fritzchens Schulaufsatz „Die Kartoffel“ unter die Lupe, der mit der Feststellung des Schülers endete: „Viel Kartoffelessen macht dumm und fett. Das merkt man an die Schweine. Ich esse sehr gerne Kartoffel.“ Viel zum Lachen gab es auch bei den durcheinander geratenen Rundfunkberichten zur „Säuglingspflege“, über „Stallkaninchen“ und der Übertragung eines Fußballspiels, die Lieselotte Paul, Helga Kukwa und Georg Lehmann gekonnt darbrachten und dafür den verdienten Applaus ernteten. Den stimmigen Schlusspunkt setzte dann das Gesangs-Duo mit Schlager-Ohrwürmern und dem Lied von dem jungen Mädchen „Amanda“, bei dem die heiter gestimmte Preußenschar begeistert singend und klatschend mitging. Das Publikum war sich einig: Ein toller Nachmittag!



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Sonnabend, 9. Februar, 13 Uhr, Hoheluft, Stader Straße 15: „Aus der Heimat schmeckt's am besten – Fleckesen“. Bei der beliebten Auftaktveranstaltung bietet die Gruppe Königsberger Fleck und Königsberger Klopse an. Dazu eine Portion Humor. Zum Abschluss zeigt Klaus Borck eine kleine Bilderschau von der Reise nach Potsdam 2012. Der Unkostenbeitrag beträgt 5 Euro für Mitglieder und 7 Euro für Gäste. Anmeldung über Familie Wander, Telefon (04161) 87918.

Hannover – Bericht vom traditionellen Grützwurstessen – Zu diesem Essen wurden die Mitglieder der ehemaligen Insterburger Heimatgruppe eingeladen. 48 Teilnehmer waren gekommen, und nach dem Essen berichtete Vorstandsmitglied Luise Wolfram über die Geschichte und die heutige Lage der Stadt Insterburg mit einem sehr guten Lichtbildervortrag. Zwei Tage später brannte der Bootslagerraum unter dem Vereinslokal aus und die Gaststätte musste geschlossen werden. – Zunächst wurde der Gruppe zugesagt, dass sie zur Weihnachtsfeier den Raum wieder nutzen könnte, jedoch gab es plötzlich Schwierigkeiten, 24 Stunden vor ihrer Weihnachtsfeier erhielt die Gruppe eine Absage. Durch Luise Wolfram fand sie eine Möglichkeit im Gemeinderaum einer Hannoverschen Kirche die Weihnachtsfeier zu gestalten. Alle Mitglieder mussten telefonisch benachrichtigt werden, und in eigener Organisation Musiker, die die Weihnachtsfeier umrahmen sollten, umbestellt werden. Es klappte fantastisch. Die Gruppe dankt allen Helfern und vor allem Luise Wolfram, die diese Notlösung organisierte. Da der Ruderclub noch keinen neuen Wirt für die Gaststätte hat, mussten die Zusammenkunft im Januar sowie auch die Februar-Veranstaltung ausfallen. Ab dem 1 März soll es mit der Bewirtung wieder klappen. Für den 15. März sind das traditionelle Königsberger-Klopse-Essen und die Jahreshauptversammlung vorgesehen. Sobald der Termin mit dem neuen Wirt abgesprochen wurde, ergeht die schriftliche Einladung an alle Mitglieder.

Helmstedt – Donnerstag, 14. Februar: Es findet keine Treffen statt. Winterferien.

Hildesheim – Donnerstag, 14. Februar, 15 Uhr, Bürgermeisterkapelle, Rathausstraße 8: Jahreshauptversammlung.

Osnabrück – Dienstag, 12. Februar, 16.45 Uhr, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152: Die Gruppe trifft sich zum Kegeln. – Freitag, 15. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe. – Donnerstag, 28. Februar, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 14. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Ostpreußisch Platt. – Donnerstag, 21. Februar, 14.30 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

Bonn – Sonnabend, 23. Februar, 19.30 Uhr, kleiner Saal, Stadthalle Bad Godesberg: **Winterball** – Seit Jahren gewinnt der traditionelle Winterball der Ostdeutschen Landsmannschaften in Bonn wachsenden Zuspruch über die Grenzen der Stadt Bonn hinaus. Wohl deshalb, weil er nicht nur einem bunten Tanzvergnügen gewidmet ist, sondern zugleich Landsleute aus der Region zu einem reichen Kulturprogramm zusammenführt. Eintritt: 15 Euro, Jugendliche und Studenten 10 Euro. Gäste sind herzlich willkommen, Eintrittskarten sind noch im Vorverkauf bei Zigarrengeschäft Mühlensiepen, Bonn in der Poststraße 24 und an der Abendkasse erhältlich.

Dortmund – Montag, 18. Februar, 14.30 Uhr, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düren – Mittwoch, 13. Februar, 18 Uhr, HDO, Holz Straße 7A: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, GHH / Eichendorffsaal, I. Etage: Chorprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter Leitung von Radostina Hristova. – Mittwoch, 13. Februar, 15 Uhr, GHH, Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 21. Februar, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Lesung mit Dr. Hajo Buch und Dr. Winfrid Halder: Meine Lieblingsnovelle von Werner Bergengruen. – Donnerstag, 21. Februar, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Dienstag, 26. Februar, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Lesung mit Arno Surminski: „Angekommen in Kudenow und anderswo“. – Donnerstag, 28. Februar, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag von Dr. Jörg Morré: „Auch ein Schlesier, Heinz Kessler, Stalingrad und das Nationalkomitee Freies Deutschland.“

Ennepetal – Donnerstag, 21. Februar, 18 Uhr: **Monats- und Jahreshauptversammlung.** Grützwurst nach Monikas Art.

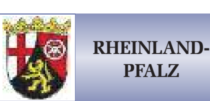
Essen – Freitag, 15. Februar, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen: **Jahreshauptversammlung** mit Matjesessen.

Neuss – Sonntag, 17. Februar, 14 Uhr (Beginn 15 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: **Jahreshauptversammlung mit Vorstandswahl. – Bericht zum „Ökumenischen Gottesdienst der Landsmannschaften“** – Erstmals im Juni 2010 hatten die Vorsitzenden der Landsmannschaften den Kreisdechant und Oberpfarrer der Basilika St. Quirin, Monsignore Guido Assmann, gemeinsam mit der Vorsitzenden des evangelischen Gemeindeverbandes in Neuss, Pfarrerin Dr. Ilka Werner, zu einem Gedankenaustausch in die Ostdeutsche Heimatstube eingeladen, als Theo Jantosch während der Verabschiedung den Wunsch nach einem ökumenischen Gottesdienst in Erwähnung brachte. Das Echo war nach den vorangegangenen Gesprächen wohlwollend. Man einigte sich, Anfang des Jahres einen „Ökumenischen Gottesdienst der Landsmannschaften“ zu halten. Dass sich die Basilika damals bis auf den letzten Platz füllen würde, überraschte alle sehr und ermutigte zur Wiederholung. Als die Glocken am 25. Januar dieses Jahres erneut den „Ökumenischen Gottesdienst“ einläuteten, waren nur noch wenige Plätze frei. Monsignore Guido Assmann begrüßte alle Besucher und dankte für die gute Teilnahme. Die Predigt wurde von Pfarrerin Dr. Ilka Werner gehalten. Darin verband sie die biblische Geschichte mit der heutigen Zeit. Auch heute gilt es für jene, die ihre Heimat verlassen mussten, die Erinnerung an sie zu bewahren. Doch die Gegenwart sollten wir annehmen, um darin zu leben. Vermutlich war es ihre letzte Predigt, die sie in Neuss gehalten hat, denn ab Februar wird sie als Superintendantin nach Solingen berufen, während Pfarrer Sebastian Appelfeller, ihr Nachfolger, bereits an dem Gottesdienst teilnehmen konnte. Die Fürbitten sprachen die Vorsitzenden Peter Pott, Landsmannschaft Ostpreußen, Theo Jantosch, Landsmannschaft Schlesien, Hans Jürgen Krause, Landsmannschaft Pommern, Reinhard Plehn, Kreisgemeinschaft Rößel, Frau Kühl, Deutsche der ehemaligen Sowjetunion. Als einen besonderen Höhepunkt empfanden die Kirchenbesucher den Sologesang von Sabine Schneider aus dem Messias von Händel „Er weidet seine Herde“, eine Arie aus dem Oratorium „Paulus“ von Mendelssohn-Bartholdy und zum Abschluss das „Ave Maria“ von Schubert. An der Orgel wurde sie wunderbar und klangvoll vom Organisten Joachim Neugart begleitet. Während die Besucher nach dem Ausklang der Orgel im Vorschiff der Basilika verweilten, um miteinander zu plaudern, hatten die Vorsitzenden mit einem Blumenstrauß die Sakristei aufgesucht, um sich bei der scheidenden Pfarrerin, Dr. Ilka Werner, mit guten Wünschen und Gottes Segen zu verabschieden.

Wesel – Sonntag, 17. Februar, 15 Uhr, Heimatstube, Kaiserring 4: **Jahreshauptversammlung mit Neuwahl.** Alle Mitglieder und Heimatfreund sind eingeladen. Eine Kaffeetafel ist vorbereitet.

Witten – Montag, 18. Februar, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kirchengemeinde, Lutherstraße 6–10: Fasching/Karneval, fröhlicher Rückblick.

Wuppertal – Sonnabend, 9. Februar, 14 Uhr, Hofaue 51 (Kolkmannhaus), Wuppertal-Elberfeld: Karnevalsfeier.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

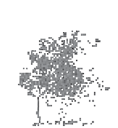
Ludwigshafen/Rhein – Freitag, 15. Februar, 16.30 Uhr, Gaststätte Mayer Bräu, Schillerstraße, Ludwigshafen-Oggersheim: Treffen der Gruppe zum Heringsessen.

Ludwigshafen-Gartenstadt – Sonntag, 16. Februar, 14 Uhr, St. Hedwigskirche, Brandenburger Straße 1–3: Fastensonntag mit Eucharistiefeier. Anschließend gemütliches Beisammensein im Pfarrhaus.

Mainz – Donnerstag, 21. Februar, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen. – Jeden Freitag, 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen



Es webt der Wind ein Blatt vom Baume,
von vielen Blättern eines.
Das eine Blatt, man merkt es kaum,
denn eines ist ja keines.
Doch dieses eine Blatt allein
war Teil von uns'rem Leben.
Drum wird dieses eine Blatt allein
uns immer wieder fehlen.

Hella Hensel-Eggert

geb. Hensel

* 14. Februar 1925 † 24. Januar 2013

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von einem über alles geliebten Menschen, der immer für uns da war und dessen liebevolles Verständnis unser ganzes Leben begleitet hat.

Dr. Siegfried Czichelski
Dietlinde und Roland Kerst
Delia Liesegang mit Alexander
Frank und Iris Czichelski mit Flora und Greta
Iris und Jochen Danz mit Marcus
Angelika Czichelski und Gerd Sickel
mit Jana und Alexander
und Angehörige

44575 Castrop-Rauxel, Fliederweg 7

Die Trauerfeier zur Urnenbeisetzung hat stattgefunden am Montag, dem 4. Februar 2013, um 14.30 Uhr in der Trauerhalle des Waldfriedhofes Bladenhorst in Castrop-Rauxel, Eichenweg.

Diese Anzeige gilt besonders denen, die versehentlich keine persönliche Nachricht erhalten haben.

Quellenberg Bestattungen, Tel. 02305 - 92 20 29

Allen Tilsiter Freunden und Bekannten Kenntnis, dass meine liebe Mutti sanft entschlafen ist.



Sieglinde Löhmer

geb. Risch

* 18. 12. 1937 in Tilsit † 26. 1. 2013 in Jena
Früher: Graudenzer Weg 13

In stiller Trauer
Ihr Sohn Tom und Familie

Zuletzt bleibt nur Danke zu sagen für alles Liebe.
Friede deiner Seele.

Die Trauerfeier fand am 8. 2. 2013 auf dem Friedhof Lobeda statt.

Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt, der ist nicht tot, der ist nur fern. Tot ist nur, wer vergessen wird. *Immanuel Kant*

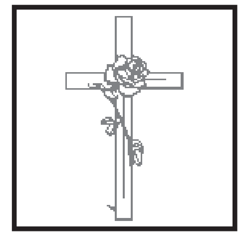
Hans-Werner Spieshöfer

* 2.3.1930 in Worellen/Ostpreußen
† 31.12.2012 Düsseldorf

Wir vermissen ihn
Nandy Spieshöfer
Martina und Wiebke mit Familien

Mintarder Weg 42, 40472 Düsseldorf

Die Trauerfeier und Beisetzung fand am Donnerstag, dem 24.1.2013 in Köln-Esch statt.





„Wenn die Kraft zu Ende geht, ist der Tod nicht sterben, sondern Erlösung.“

Wir nehmen Abschied von unserem geliebten Mann, Vater und Opa

Gerhard Schwulera

* 26. 1. 1933 Altensiedel (Ostpr.) † 11. 1. 2013 Hademstorf (Nieders.)

In stiller Trauer
Deine Marlene
Dieter, Claudia und Melina
Karin, Frank und Marcel
sowie alle Angehörigen

29693 Hademstorf, Tannenweg 5

Die Trauerfeier hat am 17. Januar 2013 in Hademstorf stattgefunden.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Neuer Landtag –Niedersachsen und der Landkreis Rotenburg (Wümme) haben am 20. Januar einen neuen Landtag gewählt. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) wird aller Voraussicht nach künftig nur noch von vier Abgeordneten im neu gewählten Landtag in Hannover vertreten sein, da Ralf Borngräber (SPD) den Sprung in das Landesparlament über die Landesliste wahrscheinlich verpasst hat. Im Wahlkreis 53 hat Mechthild Ross-Luttmann (CDU) ihr Direktmandat verteidigt und erhielt 44 Prozent der Stimmen. Trotz eines prozentualen Verlustes von 1,95 Punkten aufgrund einer auf 61 Prozent gestiegenen Wahlbeteiligung erhielt sie absolut 189 Stimmen mehr als noch 2008 bei der letzten Wahl. Ebenso wird auch der frühere Landwirtschaftsminister Hans Heinrich Ehlen (CDU) dem 17. Landtag Niedersachsens angehören. Er errang im Wahlkreis 54 (Bremervörde) 51,4 Prozent der Stimmen und wurde damit zum fünften Mal direkt in den niedersächsischen Landtag gewählt. Außerdem schafften Elke Twesten (Grüne) und Jan Christoph Oetjen (FDP) über die Landesliste erneut den Sprung in den Landtag. Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski gratulierte in einem Schreiben vom 22. Januar den gewählten Abgeordneten namens der Kreisgemeinschaft Angerburg e.V. und auch persönlich zur Wahl in den niedersächsischen Landtag. Auch an dieser Stelle wünschen die Angerburger den gewählten Abgeordneten aus dem Landkreis Rotenburg (Wümme) für die vor Ihnen liegende parlamentarische Arbeit einen guten Start und eine erfolgreiche Arbeit.



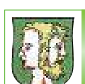


BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Busfahrt zum Ostpreußenmuseum nach Lüneburg – Freitag, 19. April bis Sonntag, 21. April. Abfahrt am 19. April, 11 Uhr, vom Breslauer Platz, Hauptbahnhof Köln. Kosten für Busfahrt, Museumsbesuch, 2 x Übernachtung, 2 x Halbpension zirka 220 Euro. Die Kreisgemeinschaft gewährt einen Zuschuss. Interessierte bitte baldmöglichst melden bei Ferdinand Schrade, Am Mühlenfeld 12, 51491 Overath, Telefon und Fax: (02204) 7 33 50.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch im Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Zusammendruck des HLB – Nachdem die Hagen-Lycker Briefe Nr. 1 bis 32 in einem Buch zusammengedruckt wurden, ist jetzt der Zusammendruck der HLB Nr. 33 bis 40 erschienen. Das Buch kostet 25 Euro. Bei dieser Gelegenheit macht Kreisvertreter Bandilla darauf aufmerksam, dass auch unser Kreisbuch, eine Fundgrube des Wissens über den Kreis Lyck, 732 Seiten, zum Preis von 20 Euro noch zu haben ist. Beide Bücher, und viele andere, können bei Günther Vogel, Krönerweg 7, 29525 Uelzen, Telefon (0581) 79797, bestellt werden.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: info@tilsit-stadt.de.

Neue Publikation – Die Stadtgemeinschaft Tilsit hat eine Broschüre herausgegeben, in welcher der schwierige Weg geschildert wird, den die heute Sowjetsk genannte Stadt am Memelstrom seit dem Ende der Sowjetmacht gegangen ist. In einer Rückschau auf die vergangenen 22 Jahre von 1991 bis 2012 liest man von den Bemühungen, das preußische Erbe zu entdecken und sich gen Europa zu öffnen. Die Broschüre mit dem Titel „Tilsit zwischen Lenin und Luise" hat 74 Seiten und 31 Fotos. Sie kann bei der Stadtgemeinschaft Tilsit, PF 241, 09002 Chemnitz, auf Spendenbasis angefordert werden.

Dittchenbühne:

Freitag, 15. Februar, 20 Uhr: Bauern, Bonzen & Bomben. Nach Hans Fallada. Regie Lars Ceglecki. Eintritt 25 Euro.

Forum Baltikum-Dittchenbühne e.V., Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710.

Regeln für Einsendungen

Liebe Landsleute, Kreisvertreter und Mitarbeiter der Landes- und Kreisgruppen,

Die Mitteilungen der Termine sollten sich auf allgemeine Ankündigungen beschränken in der **Reihenfolge Wochentag, Datum, Zeitpunkt, Ort und Art der Veranstaltung**. Über der Meldung sollte deutlich das Bundesland und der Ort oder die Kreisgemeinschaft stehen, unter der der Beitrag erscheinen soll. Einsendeschluss ist jeweils **Freitag der Vorwoche, 12 Uhr.** Berichte sollten nicht länger als eine Din-A4-Seite lang sein. Veröffentlichungen für die Rubrik „Aus den Heimatkreisen" muss der Kreisvertreter oder die Kreisvertreterin genehmigen.

Da es bei jedem Treffen leckeren Kuchen und Kaffee gibt und auch das Absingen des Ostpreußenliedes dazu gehört, bitten wir, dies in den Beiträgen nicht zu erwähnen. Die Anregung, zu Berichten gelegentlich auch Fotos zu veröffentlichen, nehmen wir gerne auf, jedoch unter der Voraussetzung, dass die Fotos in einer druckfähigen Qualität sind. Sie erleichtern uns die Arbeit erheblich, wenn Sie Texte und Fotos auf elektronischem Wege übermitteln, am besten direkt an die zuständige Redakteurin, Manuela Rosenthal-Kappi, E-Mail: rosenthal@preussische-allgemeine.de.

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 18

Neustadt a.d. Weinstraße – Sonnabend, 16. Februar, 18 Uhr, Restaurant Bürgerstübel, Mußbach, Freiherr-v. Stein-Straße 34: Matjesessen mit Pellkartoffeln. Anmeldungen bitte bis zum 10. Februar bei Herrn Schusziara, Telefon (06321) 13368 möglich. – Bei der **außerordentlichen Jahreshauptversammlung** wurde dem bisherigen Vorstand einstimmig Entlastung erteilt. Manfred Schusziara gab einen Rechenschaftsbericht über die vergangene Vereinstätigkeit. Die Kreisgruppe besteht seit 58 Jahren. Die Kassenprüfer bescheinigen Kassenwart Otto Waschkowski eine solide und sparsame Kassenführung, die mit den vorhandenen Belegen bestätigt wird. Werner Amling sprach den Vorstandsmitgliedern Dank und Anerkennung aus für die geleistete Arbeit und ehrte sie mit einem Geschenk. Leider konnte kein neues Vorstandsteam gewählt werden. Die bisherigen Vorstandmitglieder kandidierten aus Krankheits- oder Altersgründen nicht mehr. Einige Vorstandsmitglieder übten ihr Amt über 30 Jahre aus. Mit Wehmut muss die Gruppe sich eingestehen: „Unsere Ostpreußengruppe löst sich auf." Dankbar schauen die Mitglieder auf ein abwechslungsreiches und harmonisches Miteinander zurück. Sie danken ihren Landsleuten und Freunden für ihre engagierte Mitgliedschaft in der Landsmannschaft Ostpreußen, ihren Förderern für die unterstützenden Geldzuwendungen und den Vorstandmitgliedern für eine einvernehmliche Mitarbeit und erbrachte Einsatzfreude. „Wir wünschen Ihnen und Ihren Familienangehörigen für die Zukunft Gesundheit und Gottes Segen. Bleiben Sie auch weiterhin unserer Geburtsheimat Ostpreußen und unserer ostdeutschen Kultur wohlwollend verbunden. Heimatliebe ist eine Herzenssache. "

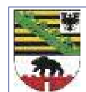
Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Mittwoch, 13. Februar, 10 Uhr, Treffpunkt Apotheke Zentralhaltestelle: Wandergruppe. – Freitag, 15. Februar, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen der Frauengruppe. – Freitag, 22. Februar, 14 Uhr, Claußstraße 27: Veranstaltung zum Thema: „Galeere lebenslänglich" von Dr. Bernhard Fisch.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Dessau – Montag, 11. Februar, 14 Uhr, Krötenhof: Die Gruppe trifft sich zum Kappenfest.

Gardelegen – Freitag, 22. Februar, 14 Uhr, Begegnungsstätte der VS Gardelegen: Faschingsveranstaltung mit Programm.

Magdeburg – Dienstag, 19. Februar, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 22. Februar, 15 Uhr, Sportgaststätte bei TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Flensburg – Donnerstag, 14. Februar, 15 Uhr, Treffpunkt Mürwik, Kielseng, 30: Kaffeerunde mit der Jahreshauptversammlung 2013. Anschließend Vortrag der Flensburger Polizei mit dem Thema: „Gezielte Verkaufsangebote für ältere Menschen vor der Haus-, Wohnungstür!"

Erfolgreich in allen Sparten

Ostpreußen-Filmer Dietrich Wawzyn feierte 85. Geburtstag

Der am 7. Februar 1928 in Willudden im Kreis Angerburg geborene Filmemacher Dietrich Wawzyn, der jetzt in der Schweiz lebt, hat sein 85. Lebensjahr vollendet. Er verbrachte seine Jugendjahre im Kreis Angerburg. Dort besuchte er von 1937 bis 1944 die Hindenburgschule. Anfang 1944 war der begeisterte Leichtathlet jüngster Kriegsabiturient Ostpreußens. Zur selben Zeit errang er als 16-Jähriger bei den Gaumeisterschaften in Königsberg im 400-Meterlauf den Meistertitel. Später folgten zwei deutsche Meisterschaften mit der 400-Meter-Staffel des Hamburger Sportvereins.



Drehte zahlreiche Filme über Ostpreußen: Dietrich Wawzyn — Bild: privat

Nach dem Krieg studierte Wawzyn an der Universität Hamburg Philologie und Sport. Er war zunächst als Journalist tätig und wurde dann sein eigener Filmproduzent. Zahlreiche Dokumentarfilme über ferne Länder und Völker entstanden. Ein Indienfilm wurde 1957 mit dem Silbernen Bären der Berliner Filmfestspiele ausgezeichnet, ab 1959 entstanden in eigener Produktion viele Filme über unsere ostpreußische Heimat. Intensive Recherchen und zahlreiche Reisen sowie Befragungen vieler Zeitzeugen waren dazu erforderlich. Bereits 1985 – also rund fünf Jahre vor der Wende im Osten – begann Dietrich Wawzyn mit der Produktion seines Filmes „Trakehnen lebt weiter – ostpreußische Warmblutpferde erobern die Welt“. Im Sommer 1986 erfolgte die Uraufführung dieses Films im Deutschen Pferdemuseum in Verden (Aller). Es folgten die Filme „Rominten – eine ostpreußische Jagdlegende“, „Paradies der Erinnerung – Masuren“, „Sie bauten ein Abbild des Himmels – Ermland – Oberland – Westpreußen“, „Heimkehr ins

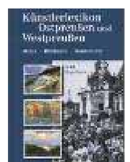
Dokumentarfilm von 1957 mit Silbernem Bären ausgezeichnet

verbotene Land – nördliches Ostpreußen“ und schließlich „Trakehner vom Rhein bis an die Wolga“. Bei seinen abendfüllenden Filmen zeichnete Dietrich Wawzyn als Drehbuchautor, Regisseur und Sprecher verantwortlich. In seinen Filmen kommt besonders die Liebe und Treue des Filmemachers zu seiner ostpreußischen Heimat und den Trakehnern zum Ausdruck. Diese leistungsstarken Pferde retteten Tausende Menschen vor der Roten Armee durch ihre Kraft, Ausdauer und Treue. Mit seinen Filmen hat Dietrich Wawzyn den Trakehnern ein Denkmal gesetzt. Schon früh fand Dietrich Wawzyn den Weg zur Kreisgemeinschaft Angerburg und gehörte 1961 zu den Gründungsmitgliedern der Arbeitsgemeinschaft der jüngeren Generation. Auch im Vorstand und in der Angerburger Kreisvertretung hat er seine vielfältigen Erfahrungen mit großem Engagement für seine Heimat Ostpreußen eingebracht. Der Rat von Dietrich Wawzyn war und ist für uns Angerburger sehr wichtig und hilfreich. Er hat sich wie kaum ein anderer um Angerburg und Ostpreußen verdient gemacht. In Würdigung seiner herausragenden Leistungen und seines Einsatzes für Ostpreußen wurde ihm am 17. März 2001 in Rotenburg (Wümme) durch den Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg, das Goldene Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen verliehen.

Kurt Werner Sadowski

Lexikon schließt Lücke

Königsberger veröffentlicht umfangreiche Dokumentation



Die allgemein bekannte „Altpreußische Biographie“ ist eine alphabetisch geordnete Sammlung von Kurzbiographien verstorbener Frauen und Männer, die in Ost- und Westpreußen geboren oder dort lange tätig gewesen sind und Herausragendes geleistet haben. Die jeweiligen Lebensläufe umfassen in gebotener Kürze, aber mit größter Genauigkeit, alle relevanten Angaben und Hinweise, die nicht nur für die Forschung notwendig sind.

In Analogie hierzu hat der 1934 in Königsberg geborene Architekt und Denkmalpfleger Rudolf Meyer-Bremen ein „Künstlerlexikon Ost- und Westpreußen“ vorgelegt, das seinesgleichen sucht. Erfasst sind rund 2500 Künstler für den Zeitraum von 1800 bis 1945. Sie sind alphabetisch aufgeführt und in ihrer Arbeit beschrieben. Das Lexikon beginnt mit „Abel-Waldheuer, Edeltraut“ und endet mit „Zuse, Konrad“.

Ein farbiger Bildteil führt anschließend in einer Auswahl von 40 Werken über die Kunstepoche der Romantik, des Impressionismus und Expressionismus zur modernen und abstrakten Kunst.

Der zweite Teil „Die Landschaften, ihre Geschichte und ihre Künstler“ widmet sich der kulturgeschichtlichen Entwicklung einzelner Landesteile. Hier sind neben Danzig und Königsberg zunächst die Weichsel mit Thorn,

Auf Text- folgt farbiger Bildteil

Graudenz und Kulmerland sowie die Tucheler Heide, Bromberg und Pommerellen zu nennen. Es folgen Elbing und das Oberland, Ermland und Masuren, die Samlandküste sowie Unterlauf und Quellgebiet des Pregels und schließlich Tilsit, Memel und die Kurische Nehrung mit Nidden. Am Ende dieses zweiten Teils stehen das Frische Haff, die Nehrung mit Seebad Kahlberg und die Fischerdörfer Patersort und Narmeln. Das Werk ist gleichsam ein Handbuch der Kulturgeschichte dieses Landes mit weiteren Kapiteln, wie „Frühe Künstlerinnen“, „Baumeister, Architekten, Ingenieure“, „Künstlervereinigungen“ oder „Bildwerke in Bernstein, Ton und Erz“.

Als letzten Teil bringt der Verfasser Tabellen unter anderem über die Kunstschulen, die Kunstakademie Königsberg, die Technische Hochschule Danzig, die Künstlervereinigungen und die Cadiner Majolika-Werkstätten. Der Nachweis der deutschen Bestände im Staatsarchiv Allenstein [Olsztyn] soll dem Auffinden von geschichtlichen Quellen dienen.

Die Angabe von Patenschaften und Partnerschaften kommunaler Körperschaften erleichtert die Förderung und Sicherung räumlich geordneter kulturgeschichtlicher Sammlungen, auch aus privatem Besitz.

Mit dem Erscheinen seines „Künstlerlexikons“ schließt Rudolf Meyer-Bremen eine empfindliche Lücke. Das Werk findet nicht nur in wissenschaftlichen Bibliotheken den ihm gebührenden Platz.

Prussia

***Rudolf Meyer-Bremen: „Künstlerlexikon Ostpreußen und Westpreußen. Maler – Bildhauer – Baumeister 1800 – 1945“**, Verlag der Kunst Dresden, Ingwert Paulsen jr., Husum, gebunden, 318 Seiten, 24,95 Euro*

Bundesrat stimmt Tierschutzgesetz zu – Schenkelbrand bleibt erhalten

Um die Entscheidung wurde lange gerungen: Mit der Billigung des Tierschutzgesetzes durch den Deutschen Bundesrat wurde der Weg zum Erhalt des Schenkel- oder sogenannten Heißbrandes geebnet. Die Länder haben in der Plenarsitzung das Dritte Gesetz zur Änderung des Tierschutzgesetzes gebilligt. Dieses sieht vor, dass der Heißbrand bis 2018 weiterhin zugelassen wird, danach ist die Kennzeichnung von Fohlen via Heißbrand nur noch unter örtlicher Betäubung gestattet.

Um das neue Tierschutzgesetz aus dem Ministerium der Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner hatte es monatelange, emotional geprägte Debatten gegeben. Die entscheidenden Änderungen des ursprünglichen Entwurfes, der ein Verbot des Heißbrandes zugunsten des elektronischen Chips vorsah, sind infolge einer Anhörung im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Oktober 2012 erfolgt. Der deutsche Bundestag stimmte dem überarbeiteten Gesetzentwurf im Dezember 2012 zu.

Die Diskussion um den Erhalt des Schenkelbrandes haben federführend der Trakehner Verband, der Holsteiner Verband und der Hannoveraner Verband geführt. *PAZ*

Informationen im Internet: http://www.trakehner-verband.de

scherzhaft für Spitzbube; technisches Gerät, Apparat; Erläuterung; ein Bild einfassen; Skilanglauf: Bahn, Spur; vergnüglich; Schmiedeblock; Fluss in den Finn. Meerbusen; gewaltsam wegnehmen; Zugbegleiter; Öl-, Faserpflanze; Papstname; Staat in Südamerika; Drama von Goethe; unbeweglich; bildender Künstler; Handwerker; Ostasiat; Neuheit, noch nie Dagewesenes; österreichisches Donautal; Verpackungsgewicht; Märchen-, Sagengestalt; erster Bartwuchs; Farbton; großer Andrang; Schulfestsaal; Verbrennungsrückstand; altröm. Politiker und Redner; ugs.: verblüfft; ein Erdteil; ausgezeichnet (französisch); Laubbaum; Nachtlokal; Fluss zum Rhein; Bodenfläche, Gelände; nordischer Hirsch, Elch; giftiges Halbmetall; Amtsbezirk eines Bischofs; Vorschlag, Ersuchen; geballte Hand; Horngebilde an Tierzehen; Gutachten; Begutachtung; Hautpflegemittel; ohne Inhalt; salopp: Zechtour; Feier; streifend umherziehen; leichter Schuh mit Riemen; Klettertrieb einer Pflanze; Abk. für Selbstbedienung; Titel arabischer Fürsten; spanische Anrede: Frau; schneller Autofahrer; durch die Nase sprechen; Einfriedung, Gatter; südosteurop. Kalkhochfläche; Unhold der nordischen Sage; magische Handlung; Sinnbild des Islams; entrüstet; sehr warm; sizilianischer Vulkan; franz. Stadt an der Maas; Rechtschreibübung; Ausbilder, Meister; Insel in der Ostsee; gemahlenes Getreide; Monatsname; ausgenommen, frei von; ein Europäer; Geheimgericht; frech, anmaßend; Oberteil aus Trikotstoff; blütenlose Wasserpflanze; Hauptstadt von Senegal; österr. Komponist (Nico); Schienenstrang; Hauptschlagader; Kalenderangabe; Böses, Unangenehmes; Stadt in der Pfalz; Musik: Tongeschlecht; Salatsoße; auf sich zu; Windschattenseite e. Schiffs; Firmenzeichen, Signet; Lebenshauch; anfänglich; Kfz-Zeichen Bochum; Beistand, Assistenz; Einsiedler, Klausner; Widersacher Gottes; gefüllter oder belegter Kuchen; eiweißhaltige Nutzpflanze; Verbandstoff aus Baumwolle

PAZ13_06

So ist's richtig:

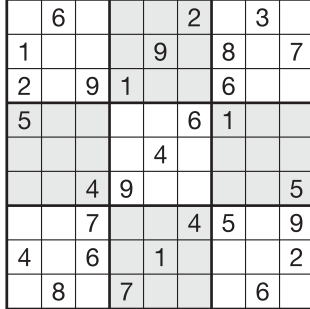
Diagonalrätsel: 1. Zipfel, 2. billig, 3. Burnus, 4. Kueken, 5. Fackel, 6. Labsal – Zirkel, Lineal

Kreiskette: 1. Karree, 2. Retina, 3. Ringer, 4. Emerit, 5. Patent – Arrangement

Sudoku:

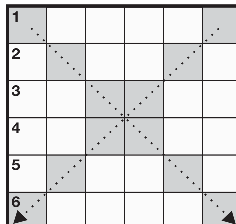
7	6	8	4	5	2	9	3	1
1	4	5	6	9	3	8	2	7
2	3	9	1	8	7	6	5	4
5	9	3	2	7	6	1	4	8
8	7	2	5	4	1	3	9	6
6	1	4	9	3	8	2	7	5
3	2	7	8	6	4	5	1	9
4	5	6	3	1	9	7	8	2
9	8	1	7	2	5	4	6	3

Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



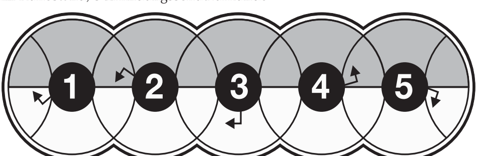
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Zeichengeräte.

1 Endstück
2 nicht teuer
3 Beduinenmantel
4 Junges der Henne
5 Pechleuchte
6 Erquickung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein Übereinkommen, eine Vereinbarung.

1 Viereck, **2** Netzhaut des Auges, **3** Schwerathlet, **4** katholischer Geistlicher im Ruhestand, **5** Erfindungsschutzurkunde



Optimismus prägt ihr Leben

PAZ-Autorin Ruth Geede schlägt Rekorde: Älteste aktive Jounalistin der Welt sitzt täglich am Schreibtisch

Ruth Geede ist eine lebende Legende. Welche Ehre, von der Doyenne des deutschen Journalismus zum Tee in ihr holzgetäfeltes Atelier im Hamburger Stadtteil Niendorf eingeladen zu werden!



Auf der Höhe der Zeit: Ruth Geede tippt ihre Manuskripte selbst in den Computer Bild: U.B.

Die dienstälteste noch schreibende Journalistin der Welt sitzt hoch konzentriert an ihrem Computer und bittet ihre Besucherin um etwas Geduld. Sie will nur noch ganz schnell einen Artikel zu Ende schreiben. Etwas später plaudert sie bei Tee und Gebäck ganz entspannt über ihr Leben, das am 13. Februar 1916 im ostpreußischen Königsberg begann. Ganze 2750 Gramm wog das Frühchen bei seiner Geburt. Doch das „Marjellchen“ entwickelte sich rasch, entdeckte bereits in jungen Jahren sein schriftstellerisches Talent und veröffentlichte mit gerade einmal 15 Jahren sein erstes Gedicht in der angesehenen „Königsberger Allgemeinen Zeitung“. Allein der Titel des Erstlings ist Programm: „Der Optimist und der Pessimist“. Optimismus prägt das Leben dieser ungewöhnlichen Frau bis auf den heutigen Tag. Ohne das zu ihrem Lebens- und Überlebensprinzip erhobene positive Denken hätte Ruth Geede wohl kaum die Strapazen der Flucht aus der geliebten „kalten Heimat“ und den Neuanfang im Westen meistern können.

Ruth Geede, mit bürgerlichem Namen Ruth Vollmer-Rupprecht, besitzt die Gabe, ihre Lebensgeschichte so plastisch zu schildern, dass die Bilder wie ein Film vor dem Auge des Zuhörers vorbeiziehen. Ihre Vita liest sich wie eine Zeitreise durch das letzte Jahrhundert. An Selbstbewusstsein hat es dieser Frau nie gemangelt. Denn bereits mit 16 Jahren ersuchte sie den deutschen Schriftstellerverband um Aufnahme. „Kinder nehmen wir nicht auf“, lautete die ablehnende Antwort. Doch Ruth ließ sich nicht entmutigen und startete 1934 mit 18 ihre Karriere als Journalistin und Autorin. Sie schrieb Reportagen und Geschichten, arbeitete für den Rundfunk und brachte ihr erstes Buch mit dem Titel „De Lävensstruuß“ heraus, dem im Laufe ihres langen Lebens noch weitere 49 Werke folgen sollten, darunter viele heitere und besinnliche Erzählungen wie „Kurische Legende“ und „Königsberger Impressionen“. Auch Hörspiele und Theaterstücke gehören zu Ruth Geedes umfangreichem Repertoire.

Ein wunderbares, schon in jungen Jahren erfülltes Leben nahm im Frühjahr 1945 eine dramatische Wende. Die Rote Armee stand vor Königsberg und Ruth Geede begab sich mit ihrer Mutter bei Temperaturen von unter minus 20 Grad Celsius auf die Flucht in den Westen, die schließlich in der Lüneburger Heide endete. Schnell fasste die junge Frau Fuß und übernahm eine Redakteurstellung im Lokalteil der „Landeszeitung für die Lüneburger Heide“. Sie berichtete über alles, was sich im Landkreis abspielte. „Vom Kaninchenzüchter in Klein-Kleckersdorf bis zur Hochzeit des Großbauern“, wie Ruth Geede schmunzelnd erzählt. Es versteht sich, dass ihr Fabuliertalent sich mit diesen Banalitäten, die dem reinen Broterwerb geschuldet waren, nicht zufrieden geben konnte. Sie fing wieder an, Bücher zu schreiben – unter anderem Kinderbücher – und das „Karussell“ herauszugeben, einen viel beachteten Kinderkalender, in dem Tante Ruth ihre kleinen Leser mit pfiffigen Geschichten und Versen unterhielt.

> Seit 1950 schreibt die begnadete Erzählerin für's *Ostpreußenblatt*

Im Jahre 1950 begann die Journalistin für das *Ostpreußenblatt* zu schreiben, dessen wichtigste Chronistin sie bis auf den heutigen Tag geblieben ist. Woche für Woche veröffentlicht sie in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* ihre beliebte Kolumne. „Lewe Landslied“, begrüßt Ruth Geede an jedem Sonnabend die „Ostpreußische Familie“ und unterrichtet ihre große Fangemeinde über das Schicksal ihrer in alle Winde verstreuten Landsleute. Kommen Anfragen aus dem Inund Ausland über den Verbleib einer Familie aus der Heimat, setzt sie alles da-ran, diese Menschen wieder zusammenzuführen. Sehr häufig mit Erfolg. Unlängst gelang es ihr, eine Verbindung zwischen einer Familie aus der Auvergne (Zentralfrankreich) und deren lange verschollenen Angehörigen in Polen herzustellen. Chapeau!

Ein zentrales Thema im Leben der Schriftstellerin und Journalistin war ihre Ehe mit Günther Vollmer-Rupprecht, einem in Chile geborenen Kapitänssohn. Der mehrsprachige Gatte gab seinen kaufmännischen Beruf auf, um an der Seite seiner bereits berühmten Frau als Reisejournalist Karriere zu machen. Eine glückliche Verbindung, die durch den Tod des Ehemannes ein viel zu frühes Ende fand. Doch Ruths Leben mit der Droge Literatur und Journalismus ging nahtlos weiter. Ihr rastloses Schreiben und das Engagement für andere Menschen brachten ihr 1985 das Bundesverdienstkreuz am Bande aus der Hand des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker ein. Mehr geht wirklich nicht.

Auch heute ist die Unermüdliche wieder seit den frühen Morgenstunden aktiv. Jetzt müsse sie noch den Schluss der Kolumne für ihre Zeitung schreiben, sagt sie und schaut auf die Uhr. „Aber für eine Tasse Tee haben wir noch Zeit.“

Auf dem Heimweg kommt mir der oft zitierte Satz in den Sinn, der besagt, jeder Mensch sei zu ersetzen. Das mag für die meisten von uns gelten.

Aber nicht für diese ungewöhnliche Frau. Sie ist eine unersetzliche Zeitzeugin, die nach wie vor viele Menschen mit ihren kostbaren Erinnerungen und ihrem profunden Wissen beglückt und fasziniert. *Uta Buhr*

Dem Volk aufs Maul geschaut

Felix Arndt, Pfarrer i. R. hat „Worte aus Ostpreußen“ in „3300 Wörter und Redensarten, damit nicht ganz vergessen wird, wie man in Ostpreußen schabbern konnte“, zusammengetragen. Die PAZ setzt die Vokabeln in loser Folge mit Teil 5 fort:

anzeudern = Vieh auf der Weide anbinden
Äppelkahn = kleines Boot oder Schiff
Aptek, Doktor Aptek = Apotheke
in einer Art, auf eine Art = einesteils
Artsohn = Namensträger
Assiette = flache, viereckige Schüssel mit runden Ekken
aubacke = Ausruf erschreckten Erstaunens
auf alle Fälle = bestimmte Zusage
aufangeln = zufälliges Treffen von Bekannten, unabsichtliches Auffangen
aufasten = eine Last auf die Schultern nehmen
aufbeerschen, beerschen, sich = sich künstlich aufregen/großtun
aufbraschen = schimpfen, zetern
aufleihen = schichten, häufen
aufführen, sich = sich schlecht benehmen
aufgabeln = etwas zufällig bekommen oder treffen, zum Beispiel Flöhe
aufgedonnert = auffallend, geschmacklos gekleidet
aufgeflirrt = mit Tand und Flitter behangen
aufgehuscht = wild durcheinander, zum Beispiel Haare
aufgekruschelt = sehr lebhaft, aufgedreht, etwas aufgeregt
aufruscheln = aufgeregt
aufgeschirrt sein = zu früh fertig sein (Kleidung oder auch Pferd)
aufgestrubbelt = unordentlich hochstehen (zum Beispiel Haare)
aufgetakelt = zu auffallend gekleidet
aufgetubbert, auftubbern = aufgelockert, auflockern (zum Beispiel Haare)

»Nee, wat is das schön«

Von rheinischen Karnevals-Jecken und Karnevals-Flüchtlingen, die in Möbelläden Asyl finden

Bis Aschermittwoch herrscht in Köln und im Rheinland die „Fünfte Jahreszeit“. Alle feiern Karneval. Na gut, fast alle, denn Ausnahmen bestätigen die Regel.

Der Laden ist gerammelt voll. Mitten in der Woche, an einem Donnerstag Ende Januar. Hunderte von Menschen drängen sich durch die Gänge, greifen in den prall gefüllten Regalen nach Hüten, Mützen, Perücken und Masken, schnappen sich aus den Warenständern Jacken, Hosen, Röcke oder komplette Kostüme und verschwinden in eine der 100 Umkleidekabinen. Von dort heraus kommen Flug- und Schiffskapitäne, Piraten, Indianer, Cowboys oder auch Mönche, Nonnen, Tempeltänzerinnen und Tiergestalten jeder Art. Immer beliebt: Bären-, Katzen- und Hasenverkleidungen und in diesem Jahr, so scheint es, auch Giraffen.

Wir sind hier im „größten Karnevalskaufhaus der Welt“ – so lautet jedenfalls die Eigenwerbung des Unternehmens – in Frechen, einer Stadt rund 15 Kilometer südwestlich vom Kölner Dom gelegen.

Der Karnevalsausstatter bietet in der 5000 Quadratmeter großen Verkaufshalle rund 17 000 Artikel an, die von aktiven Närrinnen und Narren gebraucht werden. Neben den Kostümen ist das vor allem Zubehörteile wie Brillen, Bärte, Ohrringe, Schminke, (Papp-)Nasen, Konfetti, Luftschlangen oder auch „Wurfmaterial“ – zum Beispiel „Kamelle“ (Bonbons und andere Süßwaren) oder „Strüssje“ (kleine Blumensträußchen) – für die Teilnehmer der zahlreichen Karnevalsumzüge in Köln und im Umland.

Der Rosenmontagszug in Köln ist das bekannteste und mit rund einer Million Besuchern wohl auch das größte Karnevalsereignis in Deutschland. Allein in der Domstadt mit ihren über 80 Stadtteilen laufen von Weiberfastnacht (7. Februar) bis Karnevalsdienstag (12. Februar) über 50 Umzüge durch die Straßen. Will heißen: Fast jeder Stadtteil hat „seinen“ eigenen Umzug. Und was den Kölnern recht ist, das ist den Nachbarn natürlich billig.

Auch die umliegenden Städte und Gemeinden wie Leverkusen, Bergisch Gladbach, Dormagen oder Bonn pflegen den Straßenkarneval mit eigenen Umzügen.

In der Kreisstadt Bergheim, 20 Kilometer westlich von Köln, findet der „Rosenmontagszug“ schon Sonntag statt. Für Judith Schmitz und Martina Bernhardt von der Bürgerfunkgruppe „Welle Rhein-Erft“ ist das ein besonderer Tag. Die beiden Frauen haben ihren Verein, eine Truppe mit einem Dutzend engagierter Radiomacher, als Zugteilnehmer angemeldet. Rund 15 Leute wollen als Fußgruppe mitziehen. Martina Bernhardt, die Leiterin der Redaktionsgruppe, sieht darin auch „ein Stück Öffentlichkeitsarbeit“, um die Gruppe, die monatlich auf dem Lokalsender „Radio Erft“ sendet, bekannter zu machen.

Lange im Voraus musste die Teilnahme am Karnevalszug angemeldet werden: Wie viele Personen machen mit? Gibt es Fahrzeuge? Wie viel Quadratmeter Stellfläche benötigt die Gruppe bei der Aufstellung am Sonntagmorgen? Für Martina und Judith ist der Januar für die Vorbereitungen ausgebucht. Neben der organisatorischen Arbeit, das heißt Termine absprechen, Treffen vorbereiten und, und, und ..., muss über die Kostümierung nachgedacht werden. Die Gruppe soll als Einheit wahrgenommen werden, alle Mitmarschierenden sollen das gleiche Kostüm tragen. Judith Schmitz: „Unsere Idee war, als wandelnde Aufnahme-Rekorder durch die Straßen zu ziehen.“ Gesagt, getan. 20 gelbe Mülltüten werden mit einer Folie beklebt, auf der die in der Radiowerkstatt genutzten digitalen Aufnahmegeräte mannsgroß abgebildet sind. Martina Bernhardt: „Außerdem haben wir zwei Bollerwagen als Bagagewagen angemeldet.“

Darin werden Lautsprecherboxen für die „Beschallung“ mit Karnevalsmusik und dazu das Wurfmaterial transportiert. Neben den üblichen „Kamelle und Strüssje“, die vom Organisationskomitee des Umzugs gegen einen Pauschalbetrag zur Verfügung gestellt werden, wollen die Bürgerfunker 300 selbstgebrannte CDs mit eigenen Rundfunkbeiträgen unters Volk bringen. Ein zeitaufwendiges Unterfangen, das die beiden Frauen, unterstützt von Freunden und Angehörigen, neben ihrer Berufstätigkeit erledigen. Einfach so, aus Spaß und Freude.

Für die „offiziellen“ Kölner Karnevalisten, allen voran das Dreigestirn (Prinz, Bauer und Jungfrau) ist der Karneval, der vom 11.11. des Vorjahres bis zum Aschermittwoch in diesem Jahr dauert, ein Vollzeit-Job. Rund 500 Veranstaltungen laden zum Mitfeiern ein: Prunksitzung, „Mädchen“-Sitzung, Herrensitzung (auch noch mit den inzwischen berühmt-berüchtigten Herrenwitzen), Kindersitzung, „Stunksitzung“ („alternative“, inzwischen etablierte Prunksitzung) – für jeden Geschmack ist etwas dabei.



Funkenmariechen Alaaf: In Köln veranstaltet fast jeder Stadtteil seinen eigenen Umzug Bild: pa

Tabubruch: Am Rosenmontag haben Warenhäuser geöffnet

112 Gesellschaften sind Mitglied im „Festkomitee Kölner Karneval von 1823“. Der Rosenmontagszug „ist ausschließlich den Mitgliedern der Karnevalsgesellschaften vorbehalten, die dem Festkomitee angeschlossen sind. Die dürfen allerdings Gäste einladen und im Zug mitnehmen. Rund 50 Gruppen werden mit einem geschmückten Wagen am Rosenmontag durch die Kölner Innenstadt mitmarschieren.

Der Wagenbau findet unter strengster Geheimhaltung in großen Hallen statt. „Vor Rosenmontag bekommt die Wagen niemand zu sehen“, heißt es lapidar auf eine Anfrage nach einem Fototermin.

Nach Ende der Karnevalssession werden dann aber vom Kölner Karnevalsmuseum Führungen angeboten, die hinter die Kulissen des Wagenbaus blicken und die Themen der Wagen erläutern.

Eine Million Menschen feiern am Kölner Rosenmontagszug mit. Die Zahl entspricht in etwa der Einwohnerzahl Kölns. Doch nicht alle Kölner sind Karnevals-„Jecken“, die das Treiben in der Stadt begeistert mitmachen. Nicht wenige nutzen den Rosenmontag, der nach einem ungeschriebenen Gesetz in Köln ein arbeitsfreier Feiertag ist, um dem Trubel zu entfliehen. Das war vor 20 Jahren gar nicht so einfach. Man musste schon nach Holland oder Belgien fahren, um „karnevalsfreie Zonen“ zu entdecken.

In den 1990-er Jahren wagte ein schwedisches Möbelhaus dann den Tabubruch und öffnete seine Pforten am Rosenmontag. Erst den halben Tag mit freiwillig arbeitenden Mitarbeitern. Später wurde daraus ein ganz „normaler“ Arbeitstag mit mehr oder weniger Freiwilligen. Die weniger Freiwilligen wurden daran erinnert, dass der Rosenmontag in Deutschland kein gesetzlicher Feiertag ist. Ein Frevel, eine Schandtat für eingefleischte Kölner Karnevalisten.

Doch für den Möbelladen muss der zusätzlich eingerichtete Verkaufstag ein voller Erfolg gewesen sein. Die Ausstellungs- und Verkaufsräume, die Parkplätze, das Restaurant – alles proppenvoll mit Menschen, die mit dem Karneval „nichts am Hut“ haben.

Mittlerweile haben auch einige andere große Waren- und Möbelhäuser nachgezogen und bieten den Kölner Karnevalsflüchtlingen Asyl am Rosenmontag. Ja, es gibt sie, die Karnevalsmuffel. Doch keiner kennt ihre genaue Zahl. In Köln sind sie wohl noch in der Minderheit. *Siegfried Schmidtke*

Neptuns genussreicher Gürtel

Grüne Meeresfrüchte sind stark im Kommen – Algen sind ein hochwertiges Nahrungsmittel der Zukunft

Essbare Algen gelten als eines der wichtigsten Nahrungsmittel der Zukunft. Sie sind in großem Umfang verfügbar, haben einen hohen Nährwert und sind reich an Vitaminen und Mineralstoffen. Etwa 160 Algenarten werden industriell genutzt, unter anderem als Nahrungsmittel, Viehfutter und für Kosmetika. Weltweit nimmt der Verbrauch von Algen als Nahrungsmittel an Umfang zu.

Am meisten werden speziell gezüchtete Algen in den Küstengegenden verzehrt, entweder frisch in Form von Salaten oder als Zutat für Suppen. Oftmals hat dies eine lange Tradition. In China ist die Verwendung von Algennahrung seit 2500 Jahren bezeugt. Meeres- und Süßwasseralgen werden in Ostasien, Kanada, Nordamerika, Irland, Schottland und Frankreich auch in Algenfarmen kultiviert. Die Kultivierung im Meer, in Aquakulturen oder in sogenannten Algenreaktoren gewinnt immer mehr an Bedeutung.

Sushi-Freunde stehen auf Rotalge »Nori«

In Deutschland ist der Verzehr von Algen bisher noch von nachrangiger Bedeutung, obwohl sich auch hier langsam die Erkenntnis durchsetzt, dass nahrhafte und schmackhafte Algen eine Bereicherung des Speiseplans sind. So ist marinierter Seegras-Salat aus asiatischen Wakame-Braunalgen in manchen Fisch- und Feinkostgeschäften erhältlich. Sushi-Liebhaber schätzen die Rotalge Nori, die für die Zubereitung der Sushi-Röllchen verwendet wird.

Auch aus Spanien und Frankreich gelangen Algenprodukte auf den deutschen Delikatessen-Markt. In Japan wissen stressgeplagte Menschen um den Wert der aus Asien stammenden Chlorella-Alge, die als Nahrungsergänzung bei einer vitalstoffarmen Ernährung Nutzen bringt. Bei fleischloser Kost tragen Algen insbesondere zur Versorgung mit Vitaminen des B-Komplexes bei. Wie die meisten zum Verzehr geeigneten Algenarten enthalten sie viel Eisen, Kalzium und Jod.

Im Mittelalter ernährten sich die Menschen auf Island in Notzeiten, wenn Nahrungsknappheit herrschte, hauptsächlich von Algen. Das berichten jedenfalls die alten Edda-Sagen. Vermutlich handelte es sich dabei um Dulse, eine Rotalge, die skandinavische



Na dann, Mahlzeit: Vitaminreicher Algen-Teller Bild: PAZ

Seeleute als Proviant auf ihre Reisen mitnahmen, um sich vor Skorbut, einer aufgrund von Vitamin-C-Mangel hervorgerufenen Erkrankung, und vor Seekrankheit zu schützen. Dulse enthält besonders viel Vitamin C und Jod. Wegen ihres Jodgehalts gebrauchten die Schotten diese Alge, die wegen ihrer Länge von bis zu 30 Zentimetern den Beinamen „Neptuns Gürtel“ hatte, als Heilmittel gegen Sodbrennen.

Algenart »Dulse« hilft bei Sodbrennen

Dulse oder Palmaria palmata, bei uns auch als Lappentang bekannt, wächst an den Küsten des Atlantischen und des Pazifischen Ozeans in den Gezeitenzonen. Man sammelt sie dort auf Felsen, Steinen und Muscheln, auch wird sie auf Farmen gezogen. Diese Alge hat einen angenehm würzigen und auch leicht nussigen Geschmack. Und in Nordirland genießt man Dulse auf vielfältige Weise, besonders gern in scharfer Marinade als Salat oder gekocht als Beilage zu Kartoffeln und Brot. Getrocknet wird sie seit jeher in den Pubs als Chips zum Bier genossen.

In der irischen Hauptstadt Dublin verwendete man Dulse auch als Kautabak. Im 18. Jahrhundert brachten irische Auswanderer ihre Ernährungsgewohnheiten in die Neue Welt mit. Seither gehört diese Algenart im kanadischen Neuschottland und entlang der nordostamerikanischen Küste zu den Grundnahrungsmitteln der dortigen Bevölkerung. Die Verwendung von Dulse als Nahrung ist äußerst vielfältig. In manchen Gegenden ist das Algensammeln bei Ebbe weit verbreitet. Doch wo immer der Tidenhub 15 bis 18 Meter beträgt, kann dies unter Umständen eine gefährliche Unternehmung werden, weil die Flut sehr schnell aufläuft.

In Deutschland gehört das Wissen um den Wert dieser Alge allerdings immer noch zu den am besten gehüteten Geheimnissen der Natur. Bei uns ist Dulse in getrockneter oder pulverisierter Form in Feinkost- und Naturkostläden erhältlich oder auch verarbeitet als Nahrungsergänzungsmittel. Frisch und gesalzen gelangt die „Rohkost des Meeres“ von Mai bis Oktober aus Frankreich nach Deutschland und kann bei Fischhändlern bestellt werden. *Dagmar Jestrzemski*

Interview

»Faslaaaaaam, Faslaaaaaam«

Ganz Norddeutschland ist karnevalsfreie Zone. Ganz Norddeutschland? Nein, ein 2000-Seelen-Dorf an der Elbe leistet seit 1949 erbitterten Widerstand und veranstaltet am 10. Februar wieder einen Fastnachts-, oder wie es hier heißt, „Faslams“-Umzug vom kleinen Stöckte aus ins benachbarte Winsen an der Luhe und zurück. Harald Tews sprach mit Jenny Sommer vom Verein Faslamsbrüder Stöckte über das rebellische Faschings-Treiben im Norden.

PAZ: *Was passiert am Sonntag bei Ihnen genau?*

Sommer: Beim Umzug werden auf einer neun Kilometer langen Strecke 21 Festwagen und Fußgruppen, fünf Gastwagen, vier Spielmannszüge, die Kutsche mit dem Faslamseltern und die Stöckter Faslamsgarde dabei sein.

PAZ: *Mit wie vielen Zuschauern rechnen sie?*

Sommer: Bei schönem Wetter rechnen wir mit 30 000 Zuschauern in Stöckte und Winsen.

PAZ: *Werfen Sie wie in Köln auch Kamelle in die Menge?*

Sommer: Nein, wir werfen Bonbons oder genauer: „Bonschen“.

PAZ: *Warum sind die Stöckter anders als die norddeutschen Nachbarn keine Faschingsmuffel?*

Sommer: Bisher konnte ich noch nicht feststellen, dass unsere Nachbarn „Faslamsmuffel“ sind. Wir sind sicher der größte Umzug der Region, jedoch finden in umliegenden Orten im Landkreis Harburg weitere Faslamsumzüge statt. Und sowohl nördlich von Hamburg als auch bis runter nach Braunschweig finden Faschingsfeste statt. Mit und ohne Umzüge.



„Bild“ kriegt auch in der niedersächsischen Provinz ihr Fett weg Bild: Faslamsbrüder Stöckte

PAZ: *Gibt es Tipps von rheinländischen „Immigranten“?*

Sommer: Nein, der Faslam hat seinen eigenen Kopf, seine eigenen ans Plattdeutsche angelehnten Begriffe und seine eigene Tradition. Auch die großen Festwagen – Satirethema dieses Jahr ist unter anderem der nicht stattgefundene Weltuntergang – werden bei einem Eigenanteil von 80 bis 120 Euro pro Person von uns selber gebaut. Von der Idee über die Organisation bis hin zur Ausführung: alles norddeutsch!

PAZ: *Der Umzug findet an einem Sonntag statt. Warum nicht am Rosenmontag?*

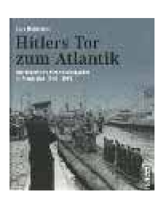
Sommer: Warum sollte er am Rosenmontag stattfinden?

PAZ: *Sind die Tage bis Aschermittwoch bei Ihnen ähnlich wie im Rheinland Feiertage oder wird gearbeitet?*

Sommer: Die Tage bis Aschermittwoch sind hier keine gesetzlichen Feiertage. Viele aktive Faslamsbrüder und -schwestern nehmen sich zwar drei oder auch fünf Tage frei, um an den stattfindenden Festivitäten teilzunehmen – sie müssen hierfür jedoch ihren Urlaub opfern.

PAZ: *Ruft man bei Ihnen Helau, oder Alaaf?*

Sommer: „Faslaaaaaaam!“



Im Visier der Briten

Deutsche U-Boote im Atlantik

Die britischen Geleitzüge sollten im Zweiten Weltkrieg von konzentrierten Marine-Einheiten abgefangen und angegriffen werden. Admiral Karl Dönitz, Befehlshaber der Unterseeboote, hatte vor dem Krieg die „Wolfsrudel-Taktik“ entwickelt. Allerdings standen erst ab April 1941 in ausreichender Anzahl U-Boote zur Verfügung, um die neue Taktik anzuwenden. Eine weitere wichtige Voraussetzung war der Besitz von U-Boot-Stützpunkten in möglichst geringer Nähe zu den Einsatzgebieten. Bereits im Juni 1940 konnte die Kriegsmarine die französischen Atlantikhäfen in Besitz nehmen und so die Anmarschwege ihrer U-Boote in die Operationsgebiete um durchschnittlich 500 Seemeilen verkürzen. Die Häfen von Lorient, Brest, Saint Nazaire, La Pallice und Bordeaux bildeten von nun an die Basis für die Atlantikoperationen der deutschen U-Boote. Die Briten reagierten und begannen mit Luftangriffen, unter denen vor allem die Zivilbevölkerung schwer zu leiden hatte. Als Konsequenz beschloss die Kriegsmarine den Bau massiver Bunkeranlagen, um Personal und Material vor der Luftgefahr zu schützen.

Es wurde schon viel geschrieben über die U-Boote im Zweiten Weltkrieg und ihre Häfen. Lars Hellwinkel hat in „Hitlers Tor zum Atlantik. Die deutschen Marinestützpunkte in Frankreich 1940–1945“ den Blickwinkel einer sozialhistorischen Betrachtung gewählt und stellt damit den alltäglichen Betrieb und das Leben auf den Stützpunkten in den Vordergrund. Schwierig ist dabei die Quellenlage, denn während die Kriegstagebücher im Bundesarchiv zur Verfügung stehen, gibt es nur noch wenig Zeitzeugen, und die Quellenlage bei den einfachen Soldaten und Werftarbeitern ist schlecht. Hellwinkel schildert das tägliche Leben zwischen den deutschen Besatzern und den Franzosen. Er bezieht auch die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit des französischen Staates mit dem Deutschen Reich ein. So war ein Teil der französischen Bauindustrie und der Arbeiter williger in der Zusammenarbeit mit den Deutschen als zum Beispiel die Norweger. Die Abwehr war gegen den Einsatz so vieler ausländischer Kräfte, aber wegen Personalproblemen arbeiteten neben den Franzosen auch Spanier, Portugiesen, Griechen und sogar einige emigrierte Russen auf den Werften. Gerade bei den Franzosen hat die Arbeit für die Besatzungsmacht als vermeintliche Kollaboration oft zu innerer Zerrissenheit geführt. Eine sehr ineffektive und tragische Episode in der Geschichte des Britischen Bomber Commands waren die Bombardierungen der französischen Hafenstädte, da sie hohe Verluste unter der Zivilbevölkerung brachten, aber die Einsatzfähigkeit der deutschen U-Boote nicht nachhaltig gestört wurde.

Es starben vor allem viele Franzosen

Angefangen vom „Aufbau – Der Traum vom Tor zum Atlantik“ schlägt Hellwinkel den Bogen über „Betrieb – Alltag zwischen Arbeit, Kollaboration und Widerstand“, „Ende – Ausharren auf verlorenem Posten“ bis zur Gegenwart „Heute – Bunker werden Kulturstätten“. Dabei ist ein sehr lesenswertes Buch, basierend auf seiner Doktorarbeit, herausgekommen. Es ist der menschliche Faktor, der dieses Buch zu etwas Besonderem macht. Viele historische Aufnahmen runden die Publikation ab. *Britta Heitmann*

Lars Hellwinkel: „Hitlers Tor zum Atlantik. Die deutschen Marinestützpunkte in Frankreich 1940–1945“, Ch. Links, Berlin 2012, gebunden, 224 Seiten, 34,90 Euro

Warten auf den Tod

Wenn die Pflege der Eltern die Liebe zu ihnen auf die Probe stellt

Der Titel „Mutter, wann stirbst du endlich?“ klingt hart und herzlos. Aber vermutlich hat gerade er dafür gesorgt, dass viele das Buch gekauft haben und es zu einem Bestseller wurde. Das Thema, um das es im Buch geht, ist nämlich ansonsten keines, was massenhaft Leser anzieht. „Wenn die Pflege der kranken Eltern zur Zerreißprobe wird“ lautet der unscheinbar gedruckte Untertitel und deutet darauf hin, dass es hier um ein ernstes Thema geht.

Martina Rosenberg schildert in dem Buch ihre Erfahrungen mit der Pflege ihrer Eltern. Erst fand sie es toll, mit ihrem Mann und ihrer Tochter ins Haus der Eltern zu ziehen. Zwar war sie sich bewusst, dass diese irgendwann ihrer Unterstützung bedürfen, nur machte sich die 1963 Geborene dabei keine Gedanken über die Art der Unterstützung. Sie dachte eher an so was wie Einkäufe erledigen und zum Arzt fahren, doch als ihre Mutter an Alzheimer erkrankte, wurde klar, dass es um mehr gehen würde.

Die Lektüre des Buches ist keine Freude. Manchmal legt man selbst das Buch erschöpft zur Seite, weil die dargestellten Szenen zermürbend sind und sich kein Ausweg abzeichnet. Denn nicht genug, dass Rosenbergs Mutter an Alzheimer erkrankt und innerhalb kürzester Zeit ihre Persönlichkeit verliert, auch der erblindende Vater spielt verrückt. Stand er zuvor immer im Zentrum der Aufmerksamkeit seiner Frau, steht diese plötzlich im Zentrum der Aufmerksamkeit aller. Sein Frust endet in Depression und Aggression, so dass die Tochter stets das Gefühl hat, sie kann es niemandem recht machen. Allerdings kann man auch den Vater verstehen, wenn er beispielsweise irgendwann seiner Frau, die immer wiederholt, sie wolle nach Hause, obwohl sie doch daheim ist, Hut und Mantel anzieht und sie vor die Tür schickt.

Lungenentzündung wurde zum ersehnten Ausweg

Trotzdem könnte so mancher, der seine Eltern selbst gepflegt hat oder pflegt, der Meinung sein, dass es der Autorin noch relativ gut geht. Denn Rosenberg hat offenbar nie ihrer Mutter den Hintern abputzen müssen oder Ähnliches, für so etwas lässt sie sich Pflegerinnen kommen. Zwar koordiniert sie die Pflege, doch sie selbst geht noch zur Arbeit außer Haus. Viele andere, die ihre Eltern pflegen, haben diesen Luxus nicht, sie kümmern sich 24 Stunden durchgehend um ihre Eltern, haben nie Pause.

Trotzdem ist nachvollziehbar, dass Rosenberg mit Mann und Tochter aus dem Haus der Eltern auszieht, um nicht ständig mit dem Elend konfrontiert zu sein. Ihre eigene ständige Gereiztheit und Abgeschlagenheit schadet schließlich auch der Ehe.

Absolut kaltherzig erscheint es, wenn Rosenberg und ihre beiden Brüder nahezu erfreut reagieren, als sie erfahren, dass ihre Mutter eine Lungenentzündung hat. Sie entscheiden sich gegen Antibiotikum und somit für den baldigen Erstickungstod der Mutter. Diese hätte es bestimmt auch so gewollt, sagen sie. Nun gut, als die Mutter noch wusste, wer sie war, verschenkte sie ihre Sachen und bat, endlich sterben zu dürfen, demzufolge spricht einiges für die These der Kinder, allerdings ist ein langsamer Erstickungstod ein sehr grausames Ende.

„Dann plötzlich, um sechs Uhr morgens“, so Rosenberg am Ende des Buches, „hört sie auf zu atmen. Einen Augenblick später stöhnt sie noch einmal laut auf, und für eine Sekunde steht die Welt für mich still. Ich halte die Luft an. Ein letzter, hörbarer Hauch entweicht ihrem Körper. Es ist vorbei. Sie hat es geschafft! Als ich wieder einatmen will, schluchze ich auf, und dann beginne ich, haltlos zu weinen. Ich kann nicht mehr aufhören. Ich weine um sie und um mich und um all die sinnlosen, grausamen Jahre, die nun endlich hinter uns liegen.“ *Rebecca Bellano*

***Martina Rosenberg: „Mutter, wann stirbst du endlich? Wenn die Pflege der kranken Eltern zur Zerreißprobe wird“**, Blanvalet, München 2013, geb., 253 Seiten, 19,99 Euro*



Halbe Wahrheit ist ganze Lüge

Alfred M. de Zayas erweitert »Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle«

Obwohl „Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts. Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg“ bereits 1979 erschienen ist, ist die achte, erweiterte Auflage keineswegs eine „olle Kamelle!“ Jeder, dem keine der früheren Ausgaben gegenwärtig ist, wird das Buch auch heute noch, mit Gewinn in die Hand nehmen.

Vom April 1995 bis Oktober 1999 wurde die Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ gezeigt. Die Wehrmacht wurde als verbrecherische Organisation dargestellt, also negativer als sie die Siegermächte in Nürnberg beurteilt hatten. Vor allem dem polnischen Historiker Bogdan Musial ist es zu verdanken, dass die Ausstellung ihr abruptes Ende fand.

Wieder ist es ein Ausländer – Alfred M. de Zayas ist ein US-Amerikaner –, der uns mit einer Wirklichkeit vertraut macht, über die jeder politisch aufgeschlossene Deutsche Bescheid wissen sollte. De Zayas ist über jeden Zweifel erhaben, die Geschichte zu Gunsten Deutschlands umschreiben zu wollen. Dementsprechend waren die Rezensionen der ersten Auflagen fast überschwänglich. „Eine der wichtigsten Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte“, schrieb damals „Die Welt“. Bis heute gab es keine Anregungen, die Fakten oder die Sichtweise des Autors zu korrigieren. Aber ob es heute noch verbreiteten Beifall gibt?

Ja, Wehrmachtsangehörige haben schwere Verbrechen an Zivilisten und Gefangenen begangen, und derlei war nicht die seltene Ausnahme. Doch zweierlei gilt es zu berücksichtigen: Auch die Alliierten haben sich insofern versündigt, und Wehrmachtsangehörige mussten mit harten Strafen rechnen, wenn sie ohne Weisung von ganz oben ihre Pflichten schwer verletzten. Nicht wenige wurden, weil sie sich an Fremden vergangen hatten, von deutschen Militärgerichten hingerichtet.

De Zayas betont nachdrücklich, dass ihm jedes Aufrechnen fernliegt. Aber halbe Wahrheit ist ganze Lüge. Kein Verbrechen wird durch vorausgegangene Verbrechen der anderen Seite gerechtfertigt.

De Zayas' Resümee lautet: „In Tausenden von richterlichen Ermittlungen stellte die Wehrmacht-Untersuchungsstelle fest, dass Wehrmachtssoldaten nicht nur Täter, sondern auch Opfer waren. Deutsche Soldaten beziehungsweise Kriegsgefangene sind völkerrechtswidrig auf allen Kriegsschauplätzen erschossen worden, vor allem in der Sowjetunion ...“ Wichtig ist auch zu wissen, dass, wie Zayas betont, „die Wehrmacht-Untersuchungsstelle eine gewissenhafte und justizkonforme Dokumentation betrieben hat“. *Konrad Löw*

***Alfred M. de Zayas: „Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts. Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg“**, Lindenbaum Beltheim-Schnellbach 2012, geb., 540 Seiten, 29,80 Euro*

Idealisten unter sich

Befürworter des „Bedingungslosen Grundeinkommenes“ werben für ihre Idee

Nach Ansicht einiger Wissenschaftler und Politiker sprechen gute Gründe für die Einführung eines „Bedingungslosen Grundeinkommens“ (BGE) in einer Höhe über dem Existenzminimum für alle Bürger. Das BGE soll demnach ohne Bedürftigkeitsprüfung ausgezahlt werden und ohne Verpflichtung zur Arbeit oder zu einer anderen Gegenleistung. Diese Vorstellungen vertritt auch eine europäische Bürgerinitiative. Bereits Ralf Dahrendorf plädierte 1986 für ein BGE und lange vor ihm unter anderem Albert Einstein. Mit dem Konzept einer sozialen Basissicherung beschäftigt sich derzeit ein Gremium der UN. Doch in Deutschland hat das Thema keinen festen Platz in der Agenda der Debatten über unser Sozialsystem.

Ein Sammelband mit 25 Beiträgen von 29 namhaften deutschen Wissenschaftlern verschiedener Fachdisziplinen soll das jetzt ändern. Die Herausgeber des Buches mit dem Titel „Das Grundeinkommen. Würdigung – Wertungen – Wege“ sind Götz W. Werner, Gründer des Unternehmens dm-drogerie markt, Unternehmensberater und seit 2005 mit seiner Initiative „Unternimm die Zukunft“ Verfechter des freien Bürgereinkommens, Wolfgang Eichhorn, der ehemalige Leiter des Instituts für Wirtschaftstheorie und Operations Research an der Universität Karlsruhe, sowie Lothar Friedrich, Professor für Wirtschaftsmathematik an der IH Wismar.

Im Vorwort kennzeichnen die Herausgeber das BGE als einen Meilenstein in der Menschheitsgeschichte und vergleichen ziemlich unbescheiden dessen Einführung, die sie für unvermeidbar halten, mit der Bismarckschen Sozialgesetzgebung Ende des 19. Jahrhunderts. Von den Buchautoren ergeht eine Mahnung an die Vermögenden und Politiker, die Wohlfahrt der Gesellschaft nachhaltig zu verbessern, da sich die Schere zwischen Arm und Reich in den meisten entwickelten Ländern zunehmend weiter öffnet. Ausgrenzung durch Armut, oftmals trotz Erwerbsarbeit, sei sozialer Sprengstoff, weil sie mit dem Gefühl der Entwürdigung einherginge, hervorgerufen auch durch die Prozeduren und Auflagen, die mit der Grundsicherung durch Hartz IV verbunden sind.

Die Folgen sind jedoch sehr ungewiss

Lothar Friedrich schlägt einen Auszahlungsbetrag von 600 Euro pro Monat für Bürger von 19 bis 67 Jahren vor und 300 Euro pro Monat für Kinder, Rentner und Pensionäre. Entscheidend sei, dass im Sinne von Götz W. Werner unterschiedliche Auszahlungsbeiträge festgelegt und Arbeitsanreize geschaffen werden: „Dadurch erhöht sich trotz Transferentzug das verfügbare Einkommen der meisten Bürger beträchtlich; nur bei Höchstverdienern tritt eine Einkommensminderung ein.“

Das häufig vorgebrachte Argument, die Einführung eines BGE sei zu kostspielig für unsere Volkswirtschaft, versuchen Wolfgang Eichhorn und André Presse in der Rubrik „Wertungen mit aussagekräftigen Zahlen“ anhand von Materialien des Statistischen Bundesamts zu widerlegen. Ohnehin würde diese finanzielle Zuwendung in den weitaus meisten Fällen nicht als Geldbetrag ausgezahlt, sondern es handelt sich ab einer bestimmten Einkommenshöhe um einen Freibetrag bei der Einkommensteuer. Die Autoren haben errechnet, dass die Verbannung der Armut aus Deutschland durch das BGE pro Jahr zunächst weniger als 20 Milliarden Euro kosten würde.

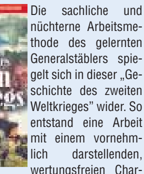
Weniger deutlich absehbar sei, so Wolfgang Eichhorn, die Reaktion des Arbeitsmarktes nach Einführung des BGE. Hier müssten Anreize nach einer bestimmten Formel gesetzt werden. Umfrageergebnisse, die Hermann Binkert vorlegt, deuten darauf hin, dass nur eine winzige Minderheit der Befragten im Falle der Auszahlung des BGE keiner regulären Erwerbstätigkeit nachgehen würde.

Das nachdenkliche Schlusswort liefert der Künstler Johannes Stüttgen, der erklärt, warum in unserer Gesellschaft für viele Aufgaben nicht genug Geld zur Verfügung steht, so im sozialen Bereich. Unser Begriff von Arbeit, der nur Einkommensarbeit meint, sei einseitig und falsch, so Stüttgen. Ein solcher Arbeitsbegriff klammere jede andere Arbeit von Menschen aus, zum Beispiel Hausfrauentätigkeit oder alles, was Kranke zu leisten vermögen. *D. Jestrzemski*

***Götz W. Werner, Wolfgang Eichhorn, Lothar Friedrich (Hrsg.): „Das Grundeinkommen. Würdigung – Wertungen – Wege“**, KIT Scientific Publishing, Karlsruhe 2012, broschiert, 371 Seiten, 29,90 Euro*

Kurt von Tippelskirch

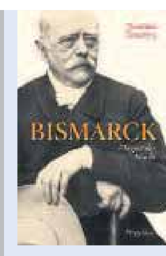
Geschichte des Zweiten Weltkriegs



General der Infanterie Kurt von Tippelskirch verfaßte diese grundlegende Darstellung des gesamten Kriegsverlaufs des Zweiten Weltkrieges in den Jahren 1950 bis 1951. Es war dies das erste Werk eines deutschen Generals, das die dramatischen Ereignisse in den verschiedenen Phasen des Krieges und an den unterschiedlichen Kriegsschauplätzen in einer gut lesbaren, allgemein verständlichen Form im Zusammenhang schildert. Die sachliche und nüchterne Arbeitsmethode des gelernten Generalstäblers spiegelt sich in dieser „Geschichte des zweiten Weltkrieges" wider. So entstand eine Arbeit mit einem vornehmlich darstellenden, wertungsfreien Charakter, die das Kriegsgeschehen dennoch ganz bewußt von einem deutschen Standpunkt aus beschreibt.

Geb., 896 Seiten, 10 Karten und 55 militärische Skizzen im Textteil, 10 beigelegte militärische Lagekarten

Best.-Nr.: 7210, € 49,80



Jonathan Steinberg

Bismarck

Magier der Macht

Geb., 752 Seiten

Best.-Nr.: 7213, € 29,99

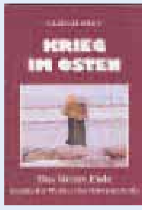
Ulrich Saft

Krieg im Osten

Das bittere Ende jenseits der Weichsel bis Oder und Neiße

Diese Dokumentation behandelt einen Ausschnitt des Ostfeldzuges von 1944/45, der mit dem Anlass für beide Weltkriege eingeleitet und von Beurteilungen der Wehrmacht nach dem Krieg abgeschlossen wird. Die Genauigkeit der beschriebenen Operationen beider Seiten war durch die Auswertung der neuesten Quellen möglich. Detaillierte Lagekarten veranschaulichen die häufig schwer durchschaubaren Gefechtsentwicklungen in einmaliger Weise.

Geb., 600 Seiten



Best.-Nr.: 3242

€ 39,95

Beide CD's für nur je € 12,95

Zogen einst fünf wilde Schwäne

24 Lieder aus Ostpreußen



Die vorliegende CD mit einer Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder schließt eine schon lange vorhandene Lücke. Kunstlied- bzw. sinfoniegewohnte Berufsmusiker, stellten ihre künstlerische Konzerterfahrung in den anspruchsvollen Dienst der Darstellung des vorliegenden Liedgutes, und zwar mit einer Hingabe, die in diesem Ausmaß überraschend und für den Wert der Musik wohl bezeichnend war.

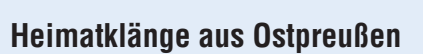
Lieder: 1. Ännchen von Tharau, 2. Die Erde braucht Regen, 3. Sag, wohin fährst du, 4. Hab' ein Gärtlein, 5. Reiter, schmuck und fein, 6. Das Feld ist weiß, 7. Wir kommen herein, 8. Leute, steht auf, 9. Ach, Voader, leewste Voader, 10. Ging ein Weiblein Nüsse schütteln, 11. Es dunkelt schon in der Heide, 12. all nach Hause gehen, 14, Zeit zu gehen ist's, 15. Zogen einst fünf wilde Schwäne, 16. An des Haffes anderem Strand, 17. O käm das Morgenrot heraus, 18. Et wär emoal twee Schwestre jung, 19. Es stand am Ran ein Hirtenkind, u.v.m.

CD

Best.-Nr.: 6934

Hörproben finden Sie auf meiner Internetseite

€ 12,95



Heimatklänge aus Ostpreußen

Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau

Mit dem Ostpreußenlied

Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen. Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen" erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land" gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen" den wohl schönsten lyrischen Ton.

Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m

CD

Gesamtlaufzeit: 1:17:25

Best.-Nr.: 6770

€ 12,95



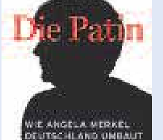
Heinz Buschkowsky

Neukölln ist überall

Deutschlands bekanntester Bürgermeister redet Klartext.

Geb., 400 Seiten

Best.-Nr.: 7201, € 19,99



Gertrud Höhler

Die Patin

Wie Angela Merkel Deutschland umbaut

Geb., 296 Seiten

Best.-Nr.: 7198, € 21,95

Ulrich Saft

Das bittere Ende der Luftwaffe

„Wilde Sau" - Sturmjäger - Rammjäger - Todesflieger - „Bienenstock" gehörten zu den spektakulärsten Sonderkommandos der Luftwaffe. Sie bestanden nicht aus ordensgeschmückten Fliegerassen, sondern aus ganz jungen Offizieren, Unteroffizieren und Mannschaften, deren heldenhafter und opfermütiger Einsatz in diesem Buch beschrieben ist.

Geb., 208 Seiten, mit etlichen Fotos, Anhang

Best.-Nr.: 4881



€ 24,95

Jan T. Gross

Angst

Antisemitismus nach Auschwitz in Polen

Geb., 453 Seiten

Best.-Nr.: 7211, € 26,95

PMD Preußischer Mediendienst

lesensWERT!

Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...

Reinhold Busch (Hrsg.)

Stalingrad

Der Untergang der 6. Armee. Überlebende berichten Der Name dieser Stadt steht für eine der blutigsten und fatalsten Schlachten des Zweiten Weltkrieges und für dessen Wende. Der Autor hat sich in den letzten Jahrzehnten der Erforschung dieses Themas gewidmet. Bei seiner bislang auf die Geschichte der Ärzte, des sonstigen medizinischen Personals sowie der Rolle der internationalen Hilfsorganisationen, vor allem des Roten Kreuzes, gerichteten Arbeit hat er im Laufe der Zeit auch eine größere Anzahl von Augenzeugenberichten aus Stalingrad sammeln können. Diese Berichte deutscher Soldaten aller Waffengattungen, die an der Schlacht um diese Stadt beteiligt waren, werden nun erstmals einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Sie spiegeln die Härte der Kämpfe wider, aber auch die langsam verebbende Hoffnung, aus dem Kessel befreit zu werden. Die meisten dieser Berichte waren bislang unveröffentlicht oder wurden nur an entlegener Stelle für einen kleinen Kreis publiziert. Busch hat sich damit nicht nur um die Publikation von Primärquellen eines militärisch zentralen Ereignisses des 20. Jahrhunderts verdient gemacht, sondern auch um die Darstellung eines menschlich zutiefst bewegenden Kapitels einer der größten Tragödien des Krieges.

Geb., 464 Seiten, ca. 50 ganzseitige S/W-Bilder

Best.-Nr.: 7214

€ 24,90

Die schönsten Volkslieder

Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler



CD

1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

Gesamtspielzeit: 50:16 Min

Mit allen Liedertexten im Beiheft

Best.-Nr.: 6893

€ 14,95



Preußische Pickelhaube, Repro

Originalgetreue Replik einer preußischen Pickelhaube. Leder mit Metallbeschlägen. Einheitsgröße mit verstellbarem Kinnriemen.

Best.-Nr.: 7059, € 139,95

Christel Wels

Wir hatten immer Angst

Die Kriegsschicksalsjahre der Zwillinge Christel und Alice Faust

Kart., 180 Seiten

Best.-Nr.: 7099, € 12,90

Alfred M. de Zayas

Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts



Dokumentation alliierter Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts wurde 1939 mit der Aufgabe eingerichtet, völkerrechtswidrige Handlungen der Kriegsgegner Deutschlands zu dokumentieren. Die Unterlagen dienten juristischen und diplomatischen Stellen des NS-Staates zur Erstellung von Weißbüchern, Protestschreiben und Anklagen gegen Kriegsgefangene. Professor Alfred M. de Zayas hat als erster die 226 erhaltenen Aktenbände ausgewertet. Diese Akten befinden sich im Bundesarchiv – Militärarchiv – Freiburg im Breisgau. Ausländische Archive wurden auch konsultiert, um die Zuverlässigkeit der deutschen Akten zu verifizieren. Mehr als 300 ehemalige Militärrichter und Zeugen wurden persönlich aufgesucht und ihre damaligen Ermittlungen und Aussagen konfrontiert. Dieses Buch legt zugleich eine behördengeschichtliche und völkerrechtliche Studie vor: Im ersten Teil untersucht de Zayas die Glaubwürdigkeit der Institution und des Aktenkorpus, im zweiten Teil schildert er anhand ausgewählter Fälle die Vorgehensweise und die Ergebnisse der Untersuchungsstelle: Schwere Kriegsverbrechen der alliierten Kriegsgegner werden dokumentiert.

Geb., 508 Seiten + 32 Seiten mit Fotos und Dokumenten, 8. erweiterte Neuauflage

Best.-Nr.: 2335

€ 29,80



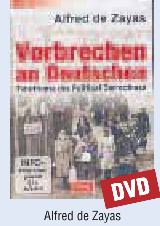
statt € 19,00 nur noch € 12,95

Siegfried Henning

Krieg frisst Heimat auf

Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 Seiten mit schwarz-weiß Abbildungen

Best.-Nr.: 3372



DVD

Alfred de Zayas

Verbrechen an Deutschen

Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung

Laufzeit: ca. 92 Min.

Best.-Nr.: 7129, € 9,95



DVD

Das war Königsberg

Erleben Sie das unzerstörte Königsberg

Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs

Best.-Nr.: 4470, € 19,00



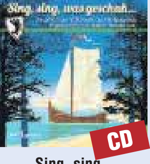
DVD

Sommer in Ostpreußen 1942

In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.

Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,

Best.-Nr.: 6981, € 14,95



CD

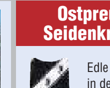
Sing, sing, was geschah

Die schönsten Volkslieder aus Ostpreußen, Gesamt: 66 min, 29 Lieder

Eine Produktion des Westdeutschen Rundfunks Köln, 1969 bis 1987

Best.-Nr: 7203, € 12,95

Ostpreußen-Seidenkrawatte



Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel

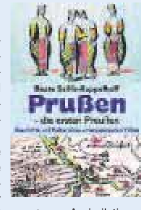
Best.-Nr.: 7091



€ 19,95

Beate Szillis-Kappelhoff

Prußen - die ersten Preußen



Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes. Beate Szillis-Kappelhoff widmet sich in dieser ersten umfassenden Darstellung der Geschichte und Kultur der Prußen, jenem geheimnisvollen Volk, das dem späteren Staat Preußen seinen Namen gab. Über viele Jahrhunderte verteidigten die Prußen, die zur baltischen Sprachfamilie gehörten, tapfer und zäh ihr Siedlungsgebiet zwischen der Weichsel und der Minge, also dem späteren West- und Ostpreußen. Schon zu Beginn des 11. Jahrhunderts hatten sich die Prußen stetig zunehmender Übergriffe der Polen zu erwehren, die eine Verbindung zur Ostsee suchten. Als sie zu Beginn des 13. Jahrhunderts aus der reinen Verteidigung zu Vergeltungsschlägen gegen das nordpolnische, masowische Gebiet übergingen, rief der polnische Herzog Konrad von Masowien den Deutschen Orden um Hilfe. Im Laufe des 13. Jahrhunderts gelang es den Rittern des Deutschen Ordens in einem besonders brutal geführten Eroberungskrieg, die Prußen zu besiegen und schließlich zu christianisieren. Aber es dauerte noch Jahrhunderte, bis die Sprache und Kultur der Prußen durch Unterdrückung, Missionierung und Assimilation verloren gingen.

Geb., 395 Seiten, 123 Abbildungen

Best.-Nr.: 7209

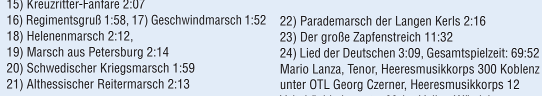
€ 19,80

Pro Patria, Märsche und Lieder

CD

€ 17,95

1) Gaudeamus igitur 2:18 2) Kein schöner Land 1:26
3) Die Wacht am Rhein 4:16
4) Fehrbelliner Reitermarsch 2:29
5) Lied der Franken 2:09
6) Alte Kameraden 3:03
7) Siebenbürgenmarsch 3:19
8) Der Coburger 3:24
9) Des Großen Kurfürsten Reitermarsch 3:31
10) Fanfare und Marsch der Pappenheimer Reiter 2:44
11) Präsentiermarsch Friedrich Wilhelm III. 1:48
12) Freiheit, die ich meine 2:17
13) Ich hab mich ergeben 1:19
14) Ich hatt einen Kameraden 4:02
15) Kreuzritter-Fanfare 2:07
16) Regimentsgruß 1:58, 17) Geschwindmarsch 1:52
18) Helenenmarsch 2:12,
19) Marsch aus Petersburg 2:14
20) Schwedischer Kriegsmarsch 1:59
21) Althessischer Reitermarsch 2:13



22) Parademarsch der Langen Kerls 2:16
23) Der große Zapfenstreich 11:32
24) Lied der Deutschen 3:09, Gesamtspielzeit: 69:52
Mario Lanza, Tenor, Heeresmusikkorps 300 Koblenz unter OTL Georg Czerner, Heeresmusikkorps 12 Veitshöchheim unter Major Volker Wörrlein, Deutsche Chorgemeinschaften, Best.-Nr.: 7206

Königsberg-Schirmmütze

Königsberg-Schirmmütze dunkelblau

Dunkelblaue Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Wappen in Farbe der Stadt Königsberg

Best.-Nr.: 7192, € 14,95

Preußen-Schirmmütze







Preußen-Schirmmütze

schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß

Best.-Nr.: 7124, € 14,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 06/13

Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12

Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.-Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:

Straße/Nr.: Telefon:

PLZ/Ort:

Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Ausbeuterei bei den Grünen

Oberhausen – Grünen-Politikerin Bärbel Höhn wird derzeit mit Kritik überschüttet. Während sich ihre Partei für einen Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro einsetzt, sucht sie einen Praktikanten für 400 Euro im Monat. Dieser soll einem PR-Manager gleich weitgehend eigenverantwortlich ihren Wahlkampf im Wahlkreis Oberhausen koordinieren. Bei den 25 Arbeitsstunden, die Höhn vorgibt, entspräche dies einem Stundenlohn von vier Euro. *Bel*

Nach Bayern rübermachen

Erfurt – Aus Unmut über eine Gebietsreform, die die Existenz der Landkreise Hildburghausen und Sonneberg gefährdet, da die thüringische Landesregierung in Erfurt sie mit anderen Kreisen zusammenlegen will, drohen die Landräte der Kreise nun, von Thüringen nach Bayern zu wechseln. Während man in München die Wechselwilligen begrüßte, wies man in Erfurt darauf hin, dass Derartiges nur mit Volksentscheid machbar wäre. *Bel*

ZUR PERSON

Tradition verpflichtet

Er hat lange gezögert, sich ins politische Wespennest zu setzen. Aber sanfter Druck seiner ehrgeizigen Mutter Sonia Gandhi dürfte wohl der Grund gewesen sein, dass ihr Sohn **Rahul Gandhi** jetzt den Schritt in die Politik wagt. Zukünftig agiert er als Vizechef der regierenden Kongresspartei Indiens, bei der seine Mutter noch den Vorsitz führt.

Familientradition verpflichtet eben, und Rahul konnte sich nicht daraus hinwegstehlen. Denn seit sein Ururgroßvater Jawaharlal Nehru als erster Premierminister nach der Unabhängigkeit vom britischen Kolonialreich das Land führte, ist der Nehru/Gandhi-Clan in der Staatsführung verstrickt. Rahuls Großmutter Indira Gandhi, die insgesamt 15 Jahre lang Premierministerin war, wird von vielen Indern bis heute wie eine Ikone verehrt. 1984 wurde die Hinduistin von einem ihrer Leibwächter, einem Angehörigen der Sikh-Religion, erschossen.



Ein ähnliches Schicksal widerfuhr Rahuls Vater Rajiv Gandhi, der auch Staatschef war und der 1991 einem Sprengstoffattentat der tamilischen Befreiungsfront zum Opfer fiel. Ähnlich wie bei den Kennedys scheint ein Fluch über der Gandhi-Dynastie zu liegen. Ist das ein Grund, weshalb sich Rahul politisch so lange versteckt hielt und als Finanzberater in London und Bombay sein Geld verdiente?

Selbstkritisch fragte er jetzt bei seinem späten politischen Debüt mit 42 Jahren: „Egal in welchem Bundesstaat, egal in welcher Partei – warum verfügen eine Handvoll Personen über die gesamte politische Macht im Land?" Antwort: Weil dann Korruption blüht, aber wer sie bekämpft, macht sich als möglicher künftiger Premier zwar beliebt – aber auch angreifbar. Vor allem wenn man in einem Wespennest wie Indien den Namen Gandhi trägt. *Harald Tews*



Zeichnung: Mohr

Blattschuss

Wie Rotgrün die deutsche Übermacht erledigt, wie gut unsere Konzerne die EU beraten, und wo man noch richtig Geld verdienen kann / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Die wirtschaftliche Kluft zwischen Deutschland und Frankreich wird immer tiefer. Während die Deutschen sich so einigermaßen durchwursteln, lief die Konjunktur der Franzosen im Januar sogar noch schlechter als in den Krisenländern Spanien und Italien.

Jeder weiß: Dieser wachsende Abstand gefährdet das Gleichgewicht in Europa, am Ende gar die ganze EU. SPD und Grüne, die schon immer darunter gelitten haben, dass nicht sie, sondern die Union als die eigentliche „Europa-Partei" angesehen wird, schlagen ein ganzes Bündel weitgreifender Maßnahmen zur Angleichung der Wirtschaftsstärke der beiden größten Euro-Länder vor.

Jeder weiß, dass die mittelständischen Unternehmen das Rückgrat teutonischer Stärke sind, da tummeln sich zahllose kleine Weltmarktführer. Daher will Rotgrün genau dort den härtesten Schlag führen. Die Vermögensteuer wird vor allem sie treffen: Ein Mittelständler rechnet in der „Wirtschaftswoche" vor, dass ihn die Steuer nach Sozen-Muster 20 Prozent des Gewinns koste, die er dann nicht mehr investieren könne. Na also!

Doch wenn er trotzdem überlebt? Kein Problem, dann packen wir ihn mit der Einkommensteuer. Die meisten Mittelständler sind erfreulicherweise Personengesellschaften, deshalb Einkommensteuer zahlen müssen. Eine Anhebung der Spitzensteuer fiele denen direkt auf die Füße. Bei 100 Millionen Euro Jahresgewinn stiege die Steuerlast von 47,5 auf mehr als 66 Prozent.

Blattschuss! Zusammen mit der Vermögensteuer müssten wir den Betrieb eigentlich zur Strecke bringen, denken sich die Sozialdemokraten und lächeln zuversichtlich.

Doch was ist mit den Großkonzernen? Da haben sie auch schon was im Arsenal: Der Rabatt solle fallen, mit dem man die Fabriken bislang vor dem Raketenflug der Strompreise geschützt hat. Dieser Rabatt sei sozial ungerecht, haben Rote wie Grüne festgestellt. Weg mit der Ermäßigung. Wenn die Energiekosten für die deutsche Industrie durch die Decke gehen, dürften viele Betriebe auf die Idee kommen, sich in andere EU-Ländern zu verziehen, wo ihnen der Zangenangriff aus Energiewende und „Sozialer Gerechtigkeit" erspart bleibt. Dadurch würde das deutsche Übergewicht in Europa massiv gemildert. Und da dachten wir noch, man müsse die deutschen Fertigungsstätten demontieren wie von 1945 bis 1951! Blödsinn: Es reichen ein paar kleine Eingriffe an den empfindlichsten Stellen, und schon bricht alles von selbst zusammen! Fabelhaft.

Andererseits entgeht dem deutschen Fiskus allerhand Steuergeld, wenn die Firmen abschmieren. Aber auch dafür haben SPD und Grüne eine Lösung: Im Dezember haben sie im Bundesrat einen schwarzgelben Gesetzentwurf gestoppt, mit dem die „kalte Progression" ein wenig abgemildert werden sollte. Nunmehr bleibt sichergestellt, dass die Deutschen jedes Jahr ein bisschen mehr Steuern zahlen, selbst wenn ihr Gehalt nach Abzug der Inflation gesunken ist. Da kommt was zusammen.

> EU-Kommissar Barnier: »Wir brauchen die Regel, weil wir Regeln brauchen!«

Aber benötigen wir sie denn nicht trotzdem, unsere Industrie? Unsinn, Unternehmen können auch mit anderen Sachen Geld verdienen als mit der Herstellung weltmarktbeherrschender Industrieprodukte. Mit Wasser zum Beispiel: Hier allerdings hakt es noch, weil viele Kommunen ihre Wasserversorgung selber regeln und die Konzerne aussperren.

Doch da schreitet endlich die EU ein. Binnenmarkt-Kommissar Michel Barnier will die Gemeinden dazu zwingen, ihre Wasserversorgung europaweit auszuschreiben. Dann kommen endlich die großen Konzerne dran. Natürlich alles im Interesse der Verbraucher. Indes: Wie sich gezeigt hat, steigen nach einer solchen Privatisierung die Preise rasant, derweil die Qualität sinkt. Außerdem haben destruktive Journalisten aufgedeckt, dass in Barniers Beratergremium, welches den Beschluss zur Wasserprivatisierung ausgearbeitet hat, ausgerechnet die Lobbyisten jener Konzerne das Sagen haben, welche sich den großen Reibach versprechen. Das war für den EU-begeisterten Zuschauer denn doch etwas irritierend.

Die frechen Kerle haben den armen Kommissar direkt darauf angesprochen. Herr Barnier war sichtlich überfordert: Seit wann muss ein EU-Kommissar seine Beschlüsse vor der Öffentlichkeit begründen? Frechheit! Also versprach er hoch und heilig, dass sich mit der neuen Richtlinie eigentlich gar nichts ändere. Und wozu benötigen wir sie dann, die neue Regel, wollten die Journalisten wissen. Darauf Barnier wörtlich in die Kamera: „Wir brauchen die Regel, weil wir Regeln brauchen."

Ach, auf diese Weise kam die allerseits bestaunte EU-Richtlinie zum Krümmungsgrad der Salatgurke auf die Welt: Ein Brüsseler Beamter hat auf dem Wochenmarkt die Existenz von Salatgurken entdeckt und im Büro herausgefunden, dass es keine EU-Richtlinie dazu gibt. Da es aber nichts unter der Sonne geben darf ohne eine EU-Regel dazu, entwarf er das mit dem Krümmungsgrad und konnte wieder ruhig schlafen.

Und wie begründen wir das mit den höheren Preisen? Auch nicht schwierig: Die Leute sollen ja mehr bezahlen fürs Wasser, damit sie sparsamer damit umgehen, wegen der Umwelt. So werden die EU-Bürger demnächst dazu gezwungen, nur noch wassersparende Duschköpfe einzubauen.

Blöd ist nur, dass in vielen Ecken Deutschlands, dort wo die Bevölkerung abnimmt, nicht zuviel, sondern viel zu wenig Wasser verbraucht wird. Resultat: Die Rohre drohen zu verrotten, die Wasserwerke müssen selbst Wasser durch die Leitungen pumpen, damit sie nicht kaputtgehen. Teuer, teuer. Und noch teurer, wenn die Leute alle die neuen EU-Duschköpfe haben.

Da stellt sich doch die Frage: Welcher Konzern, der sie noch alle hat, bewirbt sich denn um so einen Markt? Nun, zunächst einmal werden sich die „global players" nur jene Wassernetze greifen, auf denen es was zu verdienen gibt. Die anderen dürfen die Kommunen sowieso behalten.

Und wenn es dann doch mal eng wird, kann man die Rohre ruhig ein paar Jahre vergammeln lassen. Wenn der Vertrag nach Jahren ausläuft, bewirbt man sich einfach nicht nochmal. Dann muss die Stadt (also die Bürger) den verlotterten Kram wieder zurücknehmen und auf eigene Kosten renovieren, derweil die wunderbaren Gewinne der fetten Jahre in der Konzernkasse klimpern.

Ja, die multinationalen Unternehmen wissen schon, warum sie sich so aufopferungsvoll für Europa engagieren in den Beratergremien der EU-Kommissare. Ohne ihren fachmännischen Rat wäre es auch nie zum epochemachenden Wechsel von der Glühbirne zur Energiesparleuchte gekommen, mit der die europäischen Bürger viel ökologische Erfahrung und die Leuchtmittelkonzerne viel Geld gemacht haben.

Allerdings noch nicht genug, denn so viel teurer als die Glühbirnen sind die Halogenleuchten, auf die jetzt viele umgestiegen sind, leider nicht. Also haben die Leuchtmittelhersteller, ich wollte sagen, die unparteiischen, nur dem Gemeinwohl verpflichteten Experten der EU beschlossen, ab 2016 auch die Halogenleuchten zu verbieten. Für den Klimaschutz, für den man ja bereits die mit Quecksilber verseuchten Energiespardinger durchgesetzt hat. Übrigens in etwa zur gleichen Zeit, als die EU Quecksilberthermometer verboten hat – wegen der Gesundheit. Und weil sich mit elektronischen Temperaturmessern mehr verdienen lässt.

Wenn die Halogenleuchten weg sind und die Energiesparbirnen wegen des Quecksilbers ebenfalls verboten sein werden, dann müssen die Verbraucher endgültig die sündteuren LED-Viecher kaufen, in welche die Hersteller bereits kleine Fehlerchen eingebaut haben, damit sie nicht so lange halten und häufig ersetzt werden müssen. Wo bloß wären wir und unser Wohlstand, wenn wir diese EU nicht hätten, unser „Europa der Bürgerinnen und Bürger"?

MEINUNGEN

Der Schriftsteller ***Richard Wagner*** *nimmt sich im Internet-Portal „Achse des Guten" jener* ***Lebenslüge der Tschechischen Republik*** *an, welche auch die jüngste Präsidentschaftswahl entschieden haben dürfte:*

„Der erzwungene Auszug der Sudetendeutschen wird bis heute mit deren kollektiver Kollaboration mit dem Dritten Reich erklärt. Als ob sie allesamt in Henleins NS-Ablegerpartei aktiv gewesen wären. Bis heute ist kaum ein Wort der Anerkennung für die sudetendeutsche Sozialdemokratie ausgesprochen worden. Ihren prominentesten Sprecher, Wenzel Jaksch, ließ man bei seiner Rückkehr aus dem Londoner Exil nicht mehr einreisen. Er ging erst danach in die Bundesrepublik."

Die CDU-Europaabgeordnete ***Inge Gräßle****, Mitglied des Haushaltskontrollausschusses im* ***EU****-Parlament, beklagt sich über die* ***Verschwendung von Steuergeldern*** *in Europa:*

„Welchen Stein man auch umdreht, es wuselt darunter."

Die künstliche ***„Sexismus"****-Debatte um Rainer Brüderle (FDP) ist nach Auffassung von* ***Roland Tichy*** *ein neuerlicher Ausfluss der* ***„Politischen Korrektheit"****, welche wie ein Dämon die Freiheit bedrohe. Der Chef der „Wirtschaftswoche" empfiehlt:*

„Verweigern Sie sich der Wortdiktatur, lassen Sie uns wieder offen und unverkrampft reden; Fragen zuspitzen, statt nur noch lauwarme, risikofreie Formulierungen zu suchen. Das ist das einzige Rezept gegen Unfreiheit. Nichts ist gefährlicher für eine offene Gesellschaft als Einschüchterung und Rückzug aus Furcht."

Der niederländische Politiker und Islamkritiker ***Geert Wilders*** *redete am 2. Februar in Bonn auf Einladung der „Bürgerbewegung Pax Europa". Dort malte er, an seinem eigenen Beispiel aufgehängt, ein bedenkliches Bild vom Zustand der* ***Meinungsfreiheit in Europa****:*

„Die Meinungsfreiheit ist das wichtigste politische Bürgerrecht. Ohne die Meinungsfreiheit werden alle anderen Freiheiten bedeutungslos. Die Meinungsfreiheit ist nicht mehr gewährleistet. Ich selbst zahle einen hohen Preis für meine Ansichten. Seit neun Jahren lebe ich 24 Stunden am Tag unter Polizeischutz. Ich musste mein Haus verlassen. Ich musste sogar in Kasernen und in Gefängniszellen leben, weil das die sichersten Orte waren, in denen mich die Polizei vor Attentätern schützen konnte."

Der Chefredakteur des sicherheitspolitischen Magazins „Loyal" (Februar-Ausgabe), ***Marco Seliger****, sieht* ***bedenkliche Parallelen*** *zwischen dem* ***Afghanistankrieg*** *und dem gerade angelaufenen Einsatz in* ***Mali****. Er mahnt, den Einsatz nicht auf die leichte Schulter zu nehmen:*

„Zwei Lehren aus dem Afghanistaneinsatz sind auf Mali anwendbar. Erstens: Das Militär kann nur ein Zeitfenster öffnen, in dem die Politik handeln muss … Zweitens: Die Stabilisierung eines von Terror, Gewalt, Kriminalität, Armut und Arbeitslosigkeit zerfressenen Landes braucht Geduld und Zeit. Die Politiker sollten ehrlich sagen, dass wir von Jahren sprechen."